REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 446 · 18.1.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Gewalt und Gegengewalt. Fischers Putzgruppe und die Abrechnung mit der 68er Revolte - mb.
2. Ein Kronzeuge, der sein Geld wert ist. Vorspiel zum Berliner RZ-Prozess: Tarek Mousli erfüllt die Erwartungen - mb., Berlin
3. Eine Szene wird ausspioniert. ZeugInnenvorladungen wegen §129 in Erfurt - Thüringer Antirepressionsgruppe (TARG)
4. Verfahren bleibt Verfahren. Anmerkungen zum Diskussionspapier in ak 445 - mb.
5. Bürgerrechtsgruppen zum Mousli-Prozess: Das Verfahren um den Kronzeugen Mousli. Ein unwürdiges Schauspiel
6. Die Chance wird genutzt. Innenminister beschließen neue Datensammlungen gegen "politisch motivierte Gewalttäter" - Timo Nagel
7. Grenzen der "juristischen Politik". Aktuelles von der Kampagne gegen die Residenzpflicht - Anke Schwarzer
8. Wider die Mythen im deutschen Asylrecht. Dokumentation eines Berichts der Bundesausländerbeauftragten
9. Refugees back to the roots. EU koppelt Entwicklungshilfe an Rückübernahmeabkommen - Heiko Möhle
10. Inszenierung einer Debatte. Zur Kontinuität lügnerischer Asylpolitik - Harald Glöde
11. "Jugendgewalt" und "Szenekrieg". Die rechte Szene in Magdeburg hat sich weiter gefestigt - Christian Grünert
12. Risse in den Festungsmauern. EU-Kommission will Asyl- und Migrationspolitik modernisieren - Mark Holzberger
13. "Durchlauferhitzer für die gewalttätige Neonaziszene." Auszüge aus der Bundestagsrede von Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen)
14. "Legaler Arm"der braunen Gewalt. Die NPD und das Konzept der "national befreiten Zonen" - Helmut Schröder, Simon Yehudi
15. Operation "Zurück zum Leben". Bericht über die Erstürmung der Gefängnisse in der Türkei - Marianne Roth
16. "Ein netter und lieber Junge!" Nach dem Tod eines Neonazis inszeniert sich die rechte Szene als verfolgte Unschuld - Joachim Kolb
17. Was heißt hier Frieden? Israel/Palästina: Ein historischer Kompromiss ist nicht in Sicht - Achim Rohde
18. Auf nach Davos! Internationale Mobilisierung gegen das Weltwirtschaftsforum - Anti-WTO-Koordination, Schweiz
19. Uranmunition löst Scharping-Syndrom aus. Verteidigungsminister wiegelt ab - Boris Kanzleiter
20. Wenig Wandel, viel Kontinuität. Der Sieg von George W. Bush bedeutet keinen Politikwechsel - Michael Hahn
21. Bad guys mit neuem Namen. US-Militärakademie "School of Americas" macht als "Institute" weiter - Dario Azzellini
22. Ein vergessener Gefangener. Rezension der Biografie Ruchell Magees - Oliver Demny
23. Zapatistas testen Fox. Mexiko: EZLN- Comandantes wollen mit neuer Regierung verhandeln - Dario Azzellini
24. Eine faschistische Strafexpedition. Nach der Bombe gegen "Il Manifesto": Neue "Strategie der Spannung?" - Js.
25. Der rechte Terror in Italien - Js.
26. Castor marsch. Transport nach Ahaus für Anfang März geplant - Tom Binger
27. Neckarwestheim verstopfen - Herbert Würth
28. Konzept 20 + 50. Castoren kommen Ende März nach Gorleben - Jochen Stay
29. Ahaus '98 -Verfahren laufen noch - Wilhelm Achelpöhler
30. Einheitsfront gegen Temelin. Temelin ist eine tschechische, Heimatschutz eine österreichische Angelegenheit - Thomas Schmidinger
31. Plutonium und Leukämie in der Elbmarsch. Neuer Verdacht gegen Krümmel - Thomas Dersee
32. "Kulturloser Rockerhaufen". Aus dem Innenleben der New Economy. Interview mit Tom Deutzmann

33. http://www.bruchlandung.com. Die Dotcom-Branche erlebt ihren Schwarzen Freitag - dk
34. Von der Verteilungs- zur Aneignungsgerechigkeit. Soziale Grundrechte gegen den aktivierenden Sozialstaat - Martin Dieckmann
35. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der entlohnten und nicht entlohnten Arbeit
36. Existenzgeld ist keine "Trockenübung". Replik auf die Rezension "Geld oder Leben. Das Buch zur Existenzgeld-Diskussion" (ak 444) - Harald Rein
37. Für ein soziales Europa. Europäische Versammlung von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten in Paris - Phylax, Hamburg
38. Visionär und Pragmatiker. Lenin lebt - leider vor allem in den Schriften seiner Gegner - Js.
39. Der Nachwelt zur Mahnung. Zwei neue Biografien des "noch nicht ganz toten" Lenin - Js.
40. Existenzialismus und Sozialismus. Neue Bücher aus dem Rotbuch-Verlag - ef.
41. AUFGEBLÄTTERT
42. KALENDER
43. Quelldatei 42.htm
44. Dankeschön für 32.000!
45. Außenpolitik im Dienste der Flüchtlingsabwehr
46. Schnell gelebt, jung gestorben

1. Gewalt und Gegengewalt. Fischers Putzgruppe und die Abrechnung mit der 68er Revolte

Autor: mb. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Kommentare zu aktuellen Geschehen; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:44

Es war als Entlastungsangriff gedacht. Zwei Wochen vor seiner Aussage im Klein-Prozess und eine Woche vor der siebzehnseitigen Enthüllungsstory des Spiegel nutzte Joschka Fischer ein Interview mit dem Stern, um als erster in der aktuellen Diskussion um seine militante Vergangenheit zu Wort zu kommen. Auch wenn sich die Debatte immer noch auf die Person Fischer kapriziert, so hat sich längst die Stoßrichtung der Auseinandersetzung geändert: Allgemeines 68er-Bashing ist angesagt.

Mit dem Regierungsantritt der Grünen im Bund ist die (Re-)Integration des größten Teils der Milieus abgeschlossen, die vor drei Jahrzehnten den BRD-Staat mit antikapitalistischer Zielsetzung und radikaldemokratischem Impetus in Frage stellten. Nun soll das Ganze ideologisch abgesichert und verfestigt werden. Und wie so oft sind es ehemalige Linke, die sich dabei am meisten hervortun.

Damit ist nicht an erster Stelle Joschka Fischer gemeint. Der hat einiges zu verlieren (der Weg in Auswärtige Amt war hart und beschwerlich), und dem entsprechend fallen auch seine Äußerungen zu seiner Vergangenheit im Revolutionären Kampf und der Frankfurter Sponti-Linken aus. Seine Rolle und seinen Einfluss im Frankfurt der 70er Jahre redet er augenscheinlich klein. Doch immerhin benennt er noch die Beweggründe und Motive der radikalen Linken der 70er Jahre. "Sie müssen den Gesamtzusammenhang sehen. Es war eine Zeit, in der auf Rudi Dutschke geschossen wurde, eine Zeit der härtesten Konfrontation, des öffentlich gepredigten Hasses gegen die Studenten, wo für uns die deutsche Demokratie ein Gesicht zeigte, das die Kontinuität des Nationalsozialismus wieder aufscheinen ließ", entgegnete Fischer den Stern-Reportern auf ihre Vorhaltungen.

Götz Aly fällt dazu in der Berliner Zeitung nichts anderes ein, als dass Fischer eben den "Gestus der heroischen Verniedlichung" beherrsche, deren "historiografischer Wert in der Summe nicht höher" sei "als die Anekdoten und selbstmitleidigen Berichte ehemaliger deutscher Soldaten von der Ostfront". (Berliner Zeitung, 8.1.2001) Und weil er schon mal dabei ist, vergleicht er die 68er mit den nationalistischen Studenten der "Kampfzeit zwischen 1930 und 1933": "Auch sie suchten das Neue, das Andere. Auch sie kämpften gegen den Muff von tausend Jahren." Weder macht sich der Historiker Götz Aly die Mühe, die Ereignisse von 1968ff. zu historisieren (so diffamiert er den Antizionismus der Neuen Linken pauschal als antisemitisch), noch nimmt er zur Kenntnis, dass seitdem viele der damaligen Protagonisten und die Reste der radikalen Linken eine öffentliche Debatte um die damalige Zeit geführt haben. Nicht um historische Wahrheit geht es dem Historiker, sondern allein darum, die damalige Bewegung mit den Nazifaschisten in Verbindung zu bringen.

Aly/Schmid: Roter Aufbruch gleich braune Kampfzeit

Ein alter Kampfgefährte Fischers aus gemeinsamen Frankfurter Tagen, Thomas Schmid, blies in das gleiche Horn, den Ton leicht variierend: "Zu Teilen ist die Radikalität von 1968 - bis hinein in eine antisemitische Tönung - gar nicht so weit vom Geist der Väter entfernt. ‚1968` war eine oppositionelle und zeitgleich eine anschmiegsame Antwort auf das, was die Väter taten, leugneten, schwiegen, beschwichtigten. Im Lob der Gewalt waren sich Väter und Söhne auf untergründige Weise einig." (FAZ, 5.1.2001) Schmids Kommentar, der auf Seite 1 der FAZ erschien, gipfelt in der These: "In den Jahren der Revolte wurde die westdeutsche Demokratie erstmals nachhaltig auf ihre Fähigkeit erprobt, mit inneren Konflikten umzugehen, ohne nach autoritären Lösungen zu greifen." Dass der bundesdeutsche Staat mit Polizeigewalt und einem repressiven Klima auf die Bewegung der Studenten, Schüler und Lehrlinge reagierte - schon vergessen, Herr Schmid? Der erste Tote war Benno Ohnesorg, erschossen nach der Anti-Schah-Demo in Berlin am 2. Juni 1967; der Täter ein Polizist, der ihn durch einen Schuss in den Hinterkopf tötete. Joschka Fischer bemüht sich immerhin noch, den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang aufzuzeigen: "Vietnam, Notstandsgesetze, der Mordanschlag auf Rudi Dutschke, der Kontinuitätsverdacht zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. ... Wir sind auf viel Hass gestoßen, als wir gewaltfrei demonstriert hatten. Wenn Sie heute demonstrieren gehen, stoßen Sie nicht mehr auf das Argument: ‚Geh nach drüben!` Das war nur die harmloseste Variante. ‚Ab ins Arbeitslager!` oder ‚Ihr gehört vergast!`, das bekamen wir oft zu hören."

Die Reaktionen des bundesdeutschen Staates waren alles andere als demokratisch: Aus- und Aufbau der Polizei, Berufsverbote, Sympathisantenhetze, Sondergesetze, die innerhalb weniger Tage durch das Gesetzgebungsverfahren gepeitscht wurden und erst nachträglich gesetzeswidriges Verhalten rechtsstaatlich absicherten, Abbau der Verteidigerrechte, Todesschussfahndung gegen "Terroristen", unerklärter Ausnahmezustand im Deutschen Herbst 1977, in dem die Macht faktisch bei den Krisenstäben lag, die das Grundgesetz nicht kennt, Selbst-Gleichschaltung der Presse, die Toten in Köln und Stammheim.

Aly und Schmid müssten dies eigentlich auch wissen. Doch wer seinen Frieden mit diesem System gemacht hat, muss dafür sorgen, dass die Erinnerung an Widerstand getilgt wird. Die FAZ immerhin verzeiht angesichts der Leistungen die "Jugendsünden" Joschka Fischers: "Fischer hat maßgeblich dazu beigetragen, einen Teil der militanten Linken, ja seine Generation, aus feindseliger Isolation herauszuführen und mit dem Rechtsstaat auszusöhnen. Wäre das ohne seine Vorgeschichte möglich gewesen?" (15.1.2001) Fischer hat seine Lektion gelernt: "Ich habe daraus für mich eine Lehre gezogen. Für Gewaltausübung braucht es institutionelle Barrieren, demokratische Kontrolle, sie muss begrenzt sein auf ein staatliches Gewaltmonopol. Und Sie brauchen in sich auch eine moralische Barriere. Sonst kommt es zu den Verbrechen des linksradikalen Terrorismus, der die Politik ‚Der Zweck heiligt die Mittel` verfolgte." Dass die "moralische Barriere" Staatsverbrechen nicht verhindert, sondern geradezu herausfordert, zeigt der Kosovo-Krieg, als Fischer maßgeblich daran beteiligt war, die Bundesrepublik zum ersten Mal seit 1945 in einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu führen.

mb.

Zitate, falls nicht anders ausgewiesen, aus Stern, 1/2001

2. Ein Kronzeuge, der sein Geld wert ist. Vorspiel zum Berliner RZ-Prozess: Tarek Mousli erfüllt die Erwartungen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:11

"Er arbeitet mit derselben Einsatzbereitschaft und Lockerheit mit dem Gericht zusammen, mit der er sich früher in der Szene eingebracht hat", so kommentierte ein Prozessbesucher das Verhalten Tarek Mouslis vor dem 2. Senat des Berliner Kammergerichts. Dort wurde im Dezember gegen ihn verhandelt wegen "Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung (§129a) ‚Revolutionären Zellen (RZ)`, des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion und wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz". Der Deal mit der Bundesanwaltschaft (BAW) hat sich für Mousli ausgezahlt: Zwei Jahre Haft auf Bewährung lautet das Urteil.

Der Prozess gegen Mousli war reine Formsache. Vier Verhandlungstage dauerte die Vorstellung, deren Ergebnis von vorneherein feststand. Die Beweisaufnahme beschränkte sich auf das Geständnis des Angeklagten und das Verlesen von Bekennerschreiben und Texten der RZ. Als einzige ZeugInnen wurden eine ehemalige Freundin von Mousli und zwei BKA-Beamte vernommen. Keiner der Prozessbeteiligten stellte dem Angeklagten unangenehme Fragen. Vielmehr war mit dem Vorsitzenden Richter Eckhart Dietrich die richtige Besetzung für diese Show gefunden. Fast väterlich, immer wieder wohlwollend ermunternd, ging er mit Mousli um. Der befindet sich seit Ende April im Zeugenschutzprogramm des Bundeskriminalamtes (BKA) und erhält monatlich 2.400 Mark plus Krankenversicherung, Miete, Telefonkosten und Leihwagen.

Detailliert, ausführlich, unbeteiligt erzählte Mousli über seinen Werdegang in der autonomen Szene im Westberlin der 80er und frühen 90er Jahre. Dabei korrigierte er an manchen Punkten seine Aussagen, die er gegenüber den Vernehmungsbeamten des BKA und der BAW gemacht hatte. An anderen Stellen holte er weit aus, und erzählte detailliert, was er über die linke Berliner Szene weiß bzw. zu wissen vorgab. Widersprüchen und Ungereimtheiten, die dabei zu Tage traten, wurde nicht nachgegangen - kein Nachfragen, kein Insistieren. Wie auch - wurde Mousli doch von gleich drei Anwälten verteidigt: den beiden Bundesanwälten, die formal eigentlich die Anklagevertreter waren, und seinem Verteidiger. Von ihm selbst war während der vier Verhandlungstage fast nichts zu vernehmen. Bei seinem Plädoyer beschränkte er sich auf einen einzigen Satz: "Ich schließe mich den Anträgen der Bundesanwaltschaft an."

Kaufe Aussage, gebe Strafrabatt

Mehr war von seiner Seite an Einsatz auch nicht notwendig. Schon am ersten Verhandlungstag hatte der Vorsitzende Richter Eckhart Dietrich das zu erwartende Strafmaß angekündigt: Das Gericht pflege "nicht ohne zwingende Gründe über die Strafanträge der Staatsanwaltschaft hinauszugehen". Die Bundesanwaltschaft hatte zuvor klar gemacht, dass sie eine Bewährungsstrafe beantragen würde, falls Mousli seiner Rolle als Kronzeuge gerecht werde. Den Erwartungen seitens der BAW entsprach Tarek Mousli in jeder Weise. Bundesanwalt Rainer Griesbaum war vollauf zufrieden: "Er hat uns Verbindungen gezeigt, von denen wie bislang überhaupt nichts wussten." (SZ, 7.12.2000) Kein Wunder, dass Bundesanwalt Christian Monka in seinem Plädoyer zu dem Schluss kam, an der Zuverlässigkeit der Aussagen von Tarek Mousli bestehe kein Zweifel. Sie seien "klar widerspruchsfrei, differenziert, das Wissen eines Insiders". Das Geständnis des Angeklagten sei von "Schuldeinsicht und Reue geprägt".

Tarek Mousli redet über alles und jeden, selbst Erlebtes und - vor allem wenn es um die RZ geht - Zugetragenes. Mousli kam Anfang der 80er Jahre nach Berlin. Über die Hausbesetzerbewegung fand er Anschluss an die autonomen Zusammenhänge. Dort engagierte er sich in einer sogenannten Funkgruppe, die eine Art Gegen-Aufklärung betrieb, in dem sie den Funkverkehr von Polizei, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz abhörte. Über Mittelsmänner sei man an moderne Polizei-Funkgeräte gekommen. Ein Kontaktmann bei der Alternativen Liste habe über den Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses Einsatzpläne der Polizei und andere interne Unterlagen beschafft. "Ich würde es so formulieren: Wir waren recht gut informiert", so Mousli. Finanziert wurde die "Funkgruppe" von einem Gremium, er nennt es "Koordinierungsausschuss", das beachtliche Geldmengen an legale und illegale Projekte der Kreuzberger

Szene verteilt habe. 10.000 Mark habe jährlich die "Funkgruppe" erhalten, 100.000 bis 150.000 Mark sollen pro Jahr an die RZ geflossen sein.

In der detaillierten Schilderung der autonomen Szene in Berlin kommt offensichtlich das "Insider-Wissen" zum Tragen, von dem Bundesanwalt Monka in seinem Plädoyer sprach. Und Mousli nennt auch Namen. So z.B. von denjenigen, die im "Koordinierungsausschuss" saßen, oder von denen, die am Brandanschlag auf die Berliner Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) der "RZ-Jugendorganisation Revolutionäre Viren" im Juli 1987 beteiligt waren, bei dem 6.000 Asylakten vernichtet wurden. "Wir hören alles mit großen Ohren", erklärte Bundesanwalt Griesbaum und deutete damit an, dass es weitere Ermittlungen in dieser Sache geben könnte.

Nach eigenen Angaben will Tarek Mousli von 1985 bis 1995 Mitglied der RZ gewesen sein. Während seiner aktiven Zeit bis 1990 habe es drei RZ-Regionen gegeben: die Struktur "Pott" im Ruhrgebiet, den "Norden" mit Zellen in Hamburg und Bremen sowie die "Insel" Berlin mit zwei Zellen. Die Frankfurter Gruppe habe sich im Zuge der Proteste gegen die Startbahn West Anfang der 80er Jahre aufgelöst.

Tarek Mousli - Allzweckwaffe der BAW

Über Gerd Albartus, der im November 1987 im Nahen Osten von Palästinensern liquidiert wurde, sei er zu den RZ gekommen, erzählt Mousli. Dessen Ermordung, aber auch die Schusswaffenattentate auf Harald Hollenberg und Günther Korbmacher, die er nicht befürwortete - weswegen er als "bürgerlicher Moralist" kritisiert wurde -, hätten ihn zum Ausstieg bewogen. Erschreckt habe ihn, wie man sich persönlich in der Stadtguerilla verändere: "Wir wurden kalt und hart." Offensichtlich bemüht sich Mousli, seine Rolle bei den RZ als unbedeutend und zweitrangig darzustellen. Hauptsächlich habe er als Technikexperte gewirkt. Bei den Knieschussattentaten auf den damaligen Leiter der Berliner Ausländerbehörde Harald Hollenberg am 28.10.86 und den ehemaligen für Asylfragen zuständigen Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Günter Korbmacher am 1.9.87 sowie bei dem Sprengstoffanschlag auf die ZSA am 6.2.87 habe er jeweils nur logistische Zuarbeit geleistet, nämlich Tatorte und Fluchtwege ausgekundschaftet, Autos beschafft oder den Funkverkehr überwacht. Zwar sagte seine frühere Lebensgefährtin vor Gericht aus, ihrer Erinnerung nach habe Mousli ihr erzählt, selbst beim Attentat auf Günter Korbmacher geschossen zu haben, doch das Gericht folgte der Aussage Mouslis, der sich im Gegensatz zu früher heute als kleines Licht darstellt.

Unumwunden gab der mittlerweile pensionierte RZ-Spezialist des BKA während der Verhandlung zu, dass Mousli während der Vernehmungen massiv unter Druck gesetzt wurde: "Wir hatten den Eindruck, dass Mousli zu der einen oder anderen Person noch mehr sagen könnte, und ihm deutlich gemacht, dass die Kronzeugenregelung nur greift, wenn er rückhaltlos Angaben zur Sache macht." Das Ergebnis ist bekannt. Gegen sechs Personen - unter ihnen auch sein "bester Freund" Lothar Ebke, gegen den zurzeit in Kanada ein Auslieferungsverfahren läuft - wurde Haftbefehl erlassen. Fünf Leute sitzen in Untersuchungshaft, vier von ihnen seit über einem Jahr.

Was Mousli über die sechs während seines Prozesses zu berichten wusste, war nicht sehr konkret. Nach seinen Angaben sei Rudolf Schindler, der zusammen mit Hans-Joachim Klein bislang in Frankfurt am Main beim sogenannten OPEC-Verfahren auf der Anklagebank saß, der Schütze der RZ gewesen. Er habe bei den beiden Berliner Knieschussattentaten geschossen, ebenso wie bei der Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz Karry im Mai 1981. Beweisen bzw. mit eigenen Beobachtung untermauern kann Mousli diese Anschuldigungen nicht. Das sei ihm so berichtet worden, bzw. habe er bei Erzählungen und Diskussionen den Eindruck gewonnen, dass dies so gewesen sei, erzählt Mousli. Vieles was er berichtet, weiß er nur vom Hörensagen. Für die BAW reicht das aus, um ihn als Zeugen der Anklage in das Frankfurter OPEC-Verfahren, so geschehen am 30. November, oder in den anstehenden Berliner RZ-Prozess zu schicken.

Die Ermittlungsbehörden halten wacker an Mousli fest. Ohne ihn, so der BKA-Spezialist, wäre es nicht möglich gewesen, in Berlin "irgendeine Person der Mitgliedschaft in den RZ zu bezichtigen". Angeblich würden sich die Aussagen Mouslis mit Unterlagen der Stasi über Struktur und Decknamen der RZ in Berlin decken. Auch habe das BKA erst durch Mouslis Angaben erkannt, dass hinter einer Urkundenfälschung, für die Harald Glöde Ende der 80er Jahre verurteilt wurde, eine RZ-Aktion stand. Mit gefälschten Postsparbüchern hätten die RZ 1987 über 300.000 Mark erbeutet.

Anscheinend ist sich die BAW mit ihrem Kronzeugen sehr sicher. Doch so richtig hat sie nichts gegen Axel Haug, Harald Glöde, Matthias Borgmann und Sabine Eckle in der Hand, gegen die im Frühjahr der Prozess in Berlin eröffnet werden soll. Das angebliche Sprengstoff- und Waffendepot im Berliner MehringHof, nach dem bei der zweiten MehringHof-Durchsuchung im Mai letzten Jahres sogar per Videostandleitung unter direkter Anleitung von Mousli gesucht wurde, gibt es z.B. nicht. Nun meint die BAW die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen dadurch retten zu können, dass im Sommer 1999 4,8 kg Sprengstoff in einem Wassergraben, zu dem Mousli sie geführt hat, gefunden wurde. Aber ist das ein Beweis, der die Anschuldigungen gegen die anderen Beschuldigten erhärten könnte, hat doch Mousli - nach eigenen Angaben - den Sprengstoff selbst dort versenkt?

Wo nichts ist, da muss man wenigsten versuchen, den Eindruck zu erwecken, als hätte man viel in der Hand. Und so ist sich Bundesanwalt Monka auch nicht zu schade, selbst die Hilfe der Berliner Szene in Anspruch zu nehmen: "Es ist die Berliner Szene selbst, die wertvolle Hinweise auf Mouslis Glaubwürdigkeit liefert." Er werde ja nicht als Lügner bezeichnet, sondern als Verräter. (Berliner Zeitung, 19.12.2000) Sein Kollege Griesbaum argumentiert mit der gleichen seltsamen Logik: "Wenn nur Lügen erzählt worden wären", wäre es wohl nicht zu Anfeindungen aus dem Publikum während des Prozesses gekommen. (FR, 7.12.2000)

Alles in allem ist die BAW wohl mit dem Prozessverlauf zufrieden. Wolfgang Kaleck, der Anwalt von Matthias Bergmann, hatte schon im Vorfeld des Prozesses darauf hingewiesen, um was es der BAW dabei ging. Dadurch, dass Mousli nun abgeurteilt ist, sollen Fakten gegen die anderen Beschuldigten geschaffen werden. "Mouslis Aussagen können ungeprüft in ein erstes Urteil einfließen, weil niemand da ist, der kritische Fragen stellt." Zwar hatten sich die Anwälte der anderen Beschuldigten bemüht, ein Befragungsrecht auch im Prozess gegen Mousli zu erhalten, doch dies wurde vom 2. Senat des Kammergerichts abgelehnt. So ist es der BAW auch gelungen, ohne kritisches Nachfragen ein Konstrukt vor Gericht durchzusetzen, das ihr im anstehenden Berliner RZ-Prozess sehr nützlich sein wird. Tarek Mousli war nach eigenen Angaben bis 1990 in den RZ aktiv, danach soll er bis 1995 ein so genannter "Schläfer" gewesen sein, der für unterstützende Tätigkeiten zur Verfügung stand. Seine aktive Mitgliedschaft endete also nach seinen eigenen Angaben 1990, gleichwohl wurde er für die Mitgliedschaft bis 1995 verurteilt.

Was nicht ist, muss man erfinden

Damit hat das Gericht ein Konstrukt sanktioniert, das es beim anstehenden RZ-Prozess unter Umständen nicht mehr notwendig macht, konkret nachzuweisen, was die anderen Beschuldigten getan haben, um den Vorwurf der Mitgliedschaft nach §129a zu erhärten. Letztendlich ist damit auch der erklärte Ausstieg kein Hinderungsgrund mehr für eine Verurteilung nach §129a, denn es reicht aus, dass irgendjemand behauptet, der Ausgestiegene habe sich auch danach für Unterstützungsaktionen bereit gehalten. Die BAW führt jetzt also auch noch die Mitgliedslisten, aus denen sie nach Gutdünken Mitglieder streicht oder hinzufügt - ganz so, wie es ihr passt.

mb., Berlin

3. Eine Szene wird ausspioniert. ZeugInnenvorladungen wegen §129 in Erfurt

Autor: Thüringer Antirepressionsgruppe (TARG) · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:16

Ab Mitte Oktober 2000 erhielten fünf Personen aus Erfurt, die alle Mitglieder des Fachschaftsrates Sozialwesen der Fachhochschule Erfurt sind oder waren, ZeugInnenvorladungen zum Landeskriminalamt Thüringen (LKA). Sie wurden als ZeugInnen in einem Ermittlungsverfahren nach §129 (Bildung, Mitgliedschaft oder Unterstützung krimineller Vereinigungen) gegen Unbekannt geladen. Auf den Vorladungen ist der Beginn der Ermittlungen auf den 14.1.2000 festgelegt. Das heißt, dass schon seit fast einem Jahr Ermittlungsbehörden mit den erweiterten Befugnissen, die der §129 bietet (Kontrolle der Post, Abhören von Telefonen, verdeckte oder offenen Observationen, anwerben von V-Leuten, ...) in Erfurt "Unbekannten" hinterherschnüffeln. Keine der fünf Personen ist bisher den Vorladungen zum LKA gefolgt, jedoch ist bei einer der fünf Personen schon eine zweite Vorladung eingegangen. Da die Staatsanwaltschaft scheinbar fest entschlossen ist, die Leute zu verhören (so stand es in einem Brief an den Rechtsanwalt einer Zeugin), drohen den Vorgeladenen Ordnungsgelder oder gar Beugehaft bis zu sechs Monaten.

Der Anwalt einer Zeugin beantragte Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft Erfurt, die ihm jedoch verwehrt wurde. Ebenso wurde bei mehreren telefonischen Anfragen zum Grund der Ermittlungen keinerlei Auskunft gegeben.

Im Moment bleiben daher nur Spekulationen über den Ermittlungsgrund. Fest steht aber, dass der Fachschaftsrat Sozialwesen dem linken monatlichen Erfurt-Info SPUNK, das von einer anonymen Redaktionsgruppe hergestellt wird, ein Postfach zur Verfügung stellt. Fest steht auch, dass im Oktober ein Kriminalbeamter die Dekanin des Fachbereiches Sozialwesen aufsuchte, um sie darüber in Kenntnis zu setzen, dass es möglicherweise zu polizeilichen Ermittlungen wegen eines "Aufrufes" in einer Ausgabe dieser Zeitung kommen könnte. Er kündigte weiterhin an, dass er sich in diesem Zusammenhang schriftlich mit dem Fachschaftsrat in Verbindung setzen werde, was aber bisher nicht geschehen ist.

All das zeigt, dass - wie schon so oft in der bundesrepublikanischen Geschichte - die Staatsschutzbehörden den Paragrafen 129 (wie auch §129a) vor allem als Ermittlungsparagrafen nutzen. Politisch missliebige "Szenen" können damit erstens diskreditiert werden (ein Ermittlungsverfahren - an "unserer" Fachhochschule ...), zum anderen können deren (Kommunikations-)Strukturen mit unüberschaubaren Mitteln ausgeforscht werden und nicht zuletzt wird damit Menschen quasi "vorgeschrieben", womit sie sich beschäftigen müssen, d.h. die "selbstbestimmte" politische Arbeit wird geschwächt.

Für uns ist das alles Grund genug, mit den Tatsachen an die Öffentlichkeit zu gehen. Damit thematisieren wir einerseits die scheinheilige Geheimniskrämerei der Ermittlungsbehörden und rufen andererseits Euch zur Solidarität auf.

Thüringer Antirepressionsgruppe (TARG)

Um kommende Kosten für eventuell anfallende Anwaltskosten, Ordnungsgelder und Soliarbeit tragen zu können, sind wir auf Spenden angewiesen. Spenden unter: LAG Antifa/Antira A.L.F., Kto.- Nr.: 237 124 3701, BLZ: 820 101 11 (BfG - Bank Erfurt), Stichwort: "Repression 129", Kontakt: targ00@gmx.net

4. Verfahren bleibt Verfahren. Anmerkungen zum Diskussionspapier in ak 445

Autor: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:41

Mit der Veröffentlichung eines "Diskussionspapiers anlässlich der Gerichtsprozesse gegen die Revolutionären Zellen/Rote Zora", das wir in der letzten ak-Ausgabe gekürzt dokumentiert haben, hat es den (erneuten) Versuch gegeben, aus autonomer Sicht eine Diskussion über die RZ-Prozesse in Berlin und Frankfurt am Main anzustoßen. Auch wenn die Autoren behaupten, sie wollten "keine Handlungsanweisung" für den anstehenden RZ-Prozess in Berlin geben, es gehe ihnen vielmehr um "eine politische Auseinandersetzung, jenseits von Unschuldskampagne und dem Versuch, die linke, militante Politik der RZ auf die ‚Flüchtlingsfrage` zu reduzieren", so zielt das Papier im weiteren dennoch auf einen anderen Umgang mit den Prozessen. Denn Tarek Mousli habe "die Auseinandersetzung um die Geschichte der RZ in den Gerichtssaal verlegt", so die Berliner und Frankfurter Autonomen. Da man angesichts der eigenen Schwäche "nicht in der Lage sei, andere Orte für eine solche Auseinandersetzung zu wählen", müsse man dem Kronzeugen folgen und vor Gericht die Auseinandersetzung führen. Sei es doch Ziel des anstehenden Berliner RZ-Prozesses "über die individuelle Tatzuweisung, unbehelligt und unwidersprochen RZ-Geschichte zu reimen".

Abgesehen von der öffentlichen Wirkung, die dieser Prozess hinsichtlich der Delegitimierung linker Politik haben könnte , stellt sich die Frage, inwieweit es in diesem Prozess um Geschichte und Geschichtsaufarbeitung geht. Die bürgerliche Justiz jedenfalls wird nicht das historische Urteil über die RZ fällen (können). Vollkommen zu Recht schrieben die Autonomen: "Wir sind der Ansicht, dass eine militante Politik, die sich in die Zukunft hinein formulieren will, nicht umhin kann, sich mit der Theorie und Praxis der RZ/Roten Zora und ihren Erfahrungen auseinander zu setzen." Eine solche Diskussion kann aber ernsthaft und Gewinn bringend nicht vor Gericht geführt werden. Auch würde der Urteilsspruch im Berliner Prozess keine Rolle für eine solche Auseinandersetzung spielen. Welche Fakten sollten dadurch gesetzt werden, die für eine Reformulierung linker Politik eine Rolle spielt? Ob die RZ "als Teil militanter Geschichte präsent bleibt", hängt nicht vom Verlauf des Berliner Prozesses ab, sondern davon, dass es Menschen gibt, die meinen, es lohne sich für ihre politischen Praxis, sich mit dieser Geschichte auseinander zu setzen und darin Anknüpfungspunkte zu suchen.

Eine (selbst-)kritische Diskussion über die Politik der RZ, die Bedingungen, Möglichkeiten und Voraussetzungen militanter Politik, wird nicht Gegenstand des Prozesses sein. Gerade angesichts der eigenen Schwäche - so die Autoren - solle man aber genau hier die Auseinandersetzung suchen. Ganz abgesehen vom Sinn und Zweck eines solchen Vorgehens, gibt es überhaupt eine Möglichkeit dazu? Das Beispiel Gerd Schnepel ist nicht überzeugend. Seine Aussage im Frankfurter OPEC-Prozess war ein glücklicher Sonderfall. Mit der Zusicherung freien Geleits lässt es sich leicht über die eigene Geschichte reden.

Im kommenden Berliner RZ-Prozess werden die Beschuldigten wegen einer Politik vor Gericht stehen, die ihren Trägern angesichts der politischen Verhältnisse der 90er Jahre nicht mehr angemessen erschien. Schon 1992 erklärte die RZ das "Scheitern ihrer Politik". Das wirft die Frage auf, mit welchen Themen man in diesen Prozess eingreifen will, wo man die Auseinandersetzung sucht und welche Rolle die Gefangenen dabei spielen? Bislang haben sich die Gefangenen dazu nicht geäußert.

Festzuhalten bleibt auch, das sich alle bisherigen Versuche, die Soliarbeit an Überlegungen, wie sie die Autoren entwickeln, auszurichten, als nicht tragfähig erwiesen haben. Was vielleicht fataler ist, weil bezeichnend für die Situation der autonomen Linken: über das Stadium der Kritik an der Soliarbeit ist dieser Ansatz nie hinausgekommen. Sollte deshalb nicht zuallererst Thema des Prozesses sein, die Angeklagten möglichst ungeschoren rauszubekommen und den weiteren Schaden möglichst zu begrenzen?

mb.

5. Bürgerrechtsgruppen zum Mousli-Prozess: Das Verfahren um den Kronzeugen Mousli. Ein unwürdiges Schauspiel

Erklärung von Bürgerrechtsgruppen zum Mousli-Prozess

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:04

Heute wird in dem Prozess um den Kronzeugen Tarek Mousli das Urteil gesprochen. Wir, die Vertreterinnen und Vertreter der unterzeichnenden Bürgerrechtsorganisationen, meinen, dass der Verlauf dieser Hauptverhandlung eines Rechtsstaates unwürdig war.

Tarek Mousli wurde im Herbst vergangenen Jahres wegen Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen" (RZ) verhaftet. Verhandelt wurde gegen ihn jetzt aber nur noch wegen Mitgliedschaft in der RZ.

Tarek Mousli ist der zentrale Belastungszeuge gegen sechs weitere Personen, die überwiegend im Zuge der Durchsuchung des Berliner MehringHofes Ende letzten Jahres festgenommen worden waren. Sie werden von ihm beschuldigt, Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre als angebliche RZ-Mitglieder Anschläge verübt zu haben, die sich gegen die immer inhumanere Flüchtlingspolitik hier zu Lande richteten.

Die gegen diese sechs Personen erhobene - erst vor wenigen Tagen zugelassene - Anklage basiert ausschließlich auf den Aussagen des Tarek Mousli.

Die langjährige Erfahrung mit Kronzeugen zeigt, dass diese allzu oft die Unwahrheit erzählen.

So auch im Fall von Tarek Mousli. Obwohl seine Aussagen über Monate hinweg vom Bundeskriminalamt sorgsam aufgenommen worden sind, erwiesen sie sich bereits im Ermittlungsverfahren als unzutreffend: Mousli hatte ausgesagt, im MehringHof würden Waffen und Sprengstoff lagern. Im Dezember letzten Jahres durchsuchten daraufhin nicht weniger als 1.000 Polizistinnen und Polizisten das Kreuzberger Politik- und Kulturzentrum. Beim zweiten Mal Mitte diesen Jahres wies der angehende Kronzeuge den Ermittlern sogar per Videoschaltung den Weg - beide Male ohne Erfolg. Noch nicht mal ein Mikrogramm von Sprengstoffspuren konnte im MehringHof gefunden werden.

Dem Mousli-Prozess kommt u. a. deswegen Bedeutung zu, weil er erhebliche Auswirkungen für den für Frühjahr 2001 geplanten Prozess gegen die übrigen Mitbeschuldigten haben wird.

Das Mousli-Verfahren belegt die Erfahrung, dass Kronzeugen-Prozesse nichts, aber auch gar nichts mit einer ordentlichen Gerichtsverhandlung zu tun haben. Der angehende Kronzeuge kann in einer separaten Hauptverhandlung seine Beschuldigungen ungestört ausbreiten - ohne dass die Anwältinnen und Anwälte der übrigen Beschuldigten die Möglichkeit zur Befragung erhalten. Die Bundesanwaltschaft und die Verteidigung von Tarek Mousli zogen derweil munter an einem Strang und warfen sich gegenseitig die Bälle zu - nur um für "ihren Mandanten" bzw. "ihren Kronzeugen" das Bestmögliche herauszuholen. Auch das Gericht zeigte sich an einer Wahrheitsfindung nicht interessiert. So wurden an Tarek Mousli während seiner Vernehmungen zum eigentlichen Tatgeschehen nur wenige kurze Nachfragen gerichtet.

Der zwielichtige Handel mit der Wahrheit hat sich zumindest für den Kronzeugen gelohnt: Bereits zur Prozesseröffnung erklärte der Vorsitzende Richter, dass der Angeklagte trotz der schwerwiegenden Straftaten, derer er verurteilt werden solle, auf Grund seiner umfassenden Aussagebereitschaft mit einer bloßen Bewährungsstrafe davonkommen und das Gericht als freier Mann verlassen könne.

Die Hauptverhandlung gegen Tarek Mousli verkam so zu einer Scharade - zum Schaden für die rechtsstaatliche Demokratie.

Dr. Till Müller-Heidelberg (Humanistische Union), Redaktion Bürgerrechte & Polizei/CILIP, Prof. Wolf Dieter Narr (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Prof. Fanny Michaela Reisin (Internationale Liga für

Menschenrechte), Manfred Such, Thomas Wüppesahl (Bundesarbeitsgemeinschaft kritische Polizistinnen und Polizisten)

6. Die Chance wird genutzt. Innenminister beschließen neue Datensammlungen gegen "politisch motivierte Gewalttäter"

Autor: Timo Nagel · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:28

Auf der letzten Konferenz der Innenministerien (IMK) in Bonn am 24.11.2000 wurde die "konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus" beschlossen. Im Windschatten dieser öffentlichkeitswirksamen Übereinkunft der IMK kam man allerdings auch überein, die Dateien "Linksorientierte politisch motivierte Straftäter" und "Straftäter politisch motivierte Ausländerkriminalität" einzuführen.

Die ständige Konferenz der Innenminister verwies bei ihrer Entscheidung auf die "hervorragende Bewährung" der Hooligan-Datei "Gewalttäter Sport", die bei der Europameisterschaft 2000 in den Niederlanden und Belgien in großem Umfang genutzt wurde. Bundesweit wurden anlässlich der Europameisterschaften 280 pass- und personalausweisbeschränkende Maßnahmen und 222 Meldeauflagen ausgesprochen. Auf diesen Erfahrungen aufbauend soll nun dem Rechtsextremismus begegnet werden. Dabei sollen die Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen intensiviert und die Gefährderansprachen ("Hausbesuche") genutzt werden. Zur besseren Durchführung dieser Maßnahmen ist geplant, beim Bundeskriminalamt (BKA) eine Datei "Gewalttäter Rechts" einzurichten. Darin sollen die Daten von Beschuldigten oder Verdächtigen erfasst werden, bei denen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie rechtsextremistische, antisemitische oder fremdenfeindliche Straftaten begangen haben oder begehen werden. Neben der Erfassung "Rechter Gewalttäter" sollen nach dem Willen der IMK aber auch "Linksorientierte politisch motivierte Straftäter", sowie "Straftäter politisch motivierter Ausländerkriminalität" in eigens zu schaffenden Dateien gespeichert werden.

Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums (BMI) sind die entsprechenden Dateien bislang noch nicht eingerichtet. Bezüglich der Ausrichtung der Dateien gibt das BMI unumwunden zu, dass es sich weniger um ermittlungsbezogene Dateien als um Dateien präventiven und repressiven Charakters handeln werde. Im Gegensatz zu der bereits bestehenden Verbunddatei APIS im System PIOS (Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) sollen die neu zu errichtenden Dateien die Arbeit der Polizei vor Ort erleichtern. Die Datei APIS (Arbeitsdatei PIOS Innere Sicherheit) sei diesbezüglich von der IMK für unzureichend befunden worden.

Die 1986 in Betrieb genommene Arbeitsdatei "PIOS Innere Sicherheit" ist eine Fortentwicklung und Zusammenlegung der Datei "PIOS-Terrorismus" und der Datensammlungen der Staatsschutzdateien bei BKA und den Landeskriminalämtern (LKÄ). In ihr sind Daten aus strafrechtlichen Verurteilungen, eingeleiteten Ermittlungsverfahren, Verdachtsfällen und Personendaten gespeichert, deren verbindende Klammer der Staatsschutzbezug ist. Vor allem hinsichtlich der Speicherungsdauer und der nicht klar erkennbaren Voraussetzungen, in einer Datei erfasst zu werden, wurde in der Vergangenheit mehrfach Kritik geäußert.

Im Gegensatz zu anderen Polizeiinformationssystemen, die zum Beispiel Fahndungen oder das Auffinden von Kriminalakten erleichtern sollen, enthalten die PIOS-Dateien auch "sensible" Daten, also Vermutungen, Beobachtungen, ungeprüfte Hinweise. Der Zugriff auf diese Dateien ist nur den Staatsschutzdienststellen der LKÄ und des BKA, sowie unter bestimmten Umständen Polizeidienststellen erlaubt. Ähnlich verhält es sich bei der PIOS-Datei Landfriedensbruch (APLF), auf die nach Antrag beim BKA befristet bei Kontrollstellen zugegriffen werden kann.

Den bisherigen Dateien gemeinsam sei, so das BMI, dass die Polizei vor Ort, z.B. bei Kontrollstellen oder sonstigen Überprüfungen, keinen Zugriff hätte und so nur bedingt eine Einschätzung der Gefahrenlage vornehmen könne. Die neuen Dateien hingegen ermöglichen der Polizei vor Ort, sofort Informationen über die angetroffenen Personen abzufragen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Die Nutzung der Dateien kann sich erheblich auf den politischen und sonstigen Alltag der Menschen auswirken. Im Zusammenspiel mit den mittlerweile bundes- und landespolizeilich verankerten Schleierfahndungen, sowie dem verlängerten Unterbindungsgewahrsam, der Platzverweisungsregelung oder Verhängung von Aufenthaltsverboten kann jetzt schon so mancher Ausflug von politisch Aktiven oder ehemals Aktiven im Polizeigewahrsam enden - auch wenn das Fahrtziel nicht die Demonstration sein sollte. Wichtig

bleibt die Beobachtung der weiteren Entwicklung dieser Dateien auch hinsichtlich der Datei "Straftäter politisch motivierter Ausländerkriminalität". Schon jetzt werden Menschen ohne deutschen Pass wesentlich häufiger von den diversen Sicherheitsbehörden erfasst als Deutsche.

Timo Nagel

7. Grenzen der "juristischen Politik". Aktuelles von der Kampagne gegen die Residenzpflicht

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:37

Die Kampagne gegen die Residenzpflicht ist auf dem Karawane-Kongress in Jena im April 2000 entstanden. Seitdem gab es in verschiedenen Städten Demonstrationen zum Thema. Den AktivistInnen ist es gelungen, die in der Öffentlichkeit meist unbekannte Praxis der Residenzpflicht in die Medien und in die Politik zu tragen. Insbesondere der Gerichtsprozess gegen Cornelius Yufanyi in Worbis im Oktober 2000 (vgl. ak 442, ak 443) trug dazu bei. Jetzt zeigt sich aber, dass der Versuch der Kampagne, die Residenzpflicht über den juristischen Weg abschaffen zu wollen, an seine Grenzen stößt.

Seit 1982 unterliegen Asylsuchende, deren Anträge noch bearbeitet werden, einer Aufenthaltsbeschränkung nach dem Asylverfahrensgesetz - der sogenannten Residenzpflicht. Es ist Flüchtlingen verboten, die Kreisgrenze bzw. die Grenze des Verwaltungsbezirks, in dem sie gemeldet sind, zu überschreiten. Reisen müssen von den Behörden genehmigt werden. Da sich ein Asylverfahren unter Umständen über einen sehr langen Zeitraum erstrecken kann, führt diese Regelung im Extremfall dazu, dass ein Flüchtling bis zu zehn Jahren an dieses Gesetz gebunden bleibt. Bei mehrmaligen Verstößen gegen die Residenzpflicht, wie im Falle Yufanyis, droht eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr, eine Geldstrafe bis zu 5.000 Mark oder der Ausweisungsbescheid.

Yufanyi weigert sich, auch nur einen Pfennig für seine Bewegungsfreiheit zu zahlen. Geplant war, seinen Fall bis vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen und dort die Praxis der deutschen Residenzpflicht gerichtlich überprüfen zu lassen - mit der begründeten Hoffnung, dass sie dort zu Fall gebracht würde. Nach Einschätzung seiner Anwälte ist aber Yufanyis Prozess dazu nicht geeignet. Um bis vor den Europäischen Gerichtshof zu gehen, wäre ein Fall nötig, der von Anfang an über den Rechtsweg verfolgt wurde. Sobald aber Flüchtlinge eine Reiseverweigerung der Behörden gerichtlich überprüfen lassen, erhalten sie in der Regel auch die Genehmigung. In diesem Zusammenhang weist der Asylrechtsreferent der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Michael Meier-Borst, darauf hin, dass das Gesetz von den Behörden nur "unnötig restriktiv gehandhabt" werde. Doch auch wenn Flüchtlinge jederzeit die Möglichkeit haben, eine Reiseverweigerung gerichtlich überprüfen zu lassen - es ändert nichts an der demütigenden Praxis, die Flüchtlingen einen nervenaufreibenden Alltag beschert. Die Kampagne ruft deshalb weiterhin zu weniger schikanösen und teuren Maßnahmen auf, damit Asylsuchende ihren Freund in einer anderen Stadt besuchen oder an einem politischen Treffen teilnehmen können: Sie sollen sich weigern, nach einer Reiseerlaubnis zu fragen und Bußgelder zu bezahlen. Die Gesetzesverletzungen sollen offensiv in die Öffentlichkeit - beispielsweise durch Selbstanzeigen bei der Polizei - getragen werden.

Mittlerweile hat Yufanyi vom Amtsgericht Worbis Post bekommen: Die Richterin will das Verfahren gegen ihn wegen geringer Schuld einstellen. Die Kosten hätte er in diesem Falle selbst zu tragen. Die Einstellung erfordert Yufanyis Zustimmung, die er aber verweigert, da das Ziel nicht ein individueller Freispruch gewesen ist, sondern die Abschaffung der Residenzpflicht. Wenn das Verfahren weitergeführt wird, drohen dem Asylsuchenden aus Kamerun 30 Tage Gefängnis.

Neben Yufanyi sind auch andere Flüchtlinge bereit, ihren Protest gegen die Residenzpflicht vor Gericht zu bringen: Am 26. Januar steht Sunny Omwenyke, einer der Organisatoren des Flüchtlingskongresses in Jena und Aktivist von The Voice, wegen der Verletzung der Residenzpflicht vor Gericht. Auch er weigert sich, eine Strafe oder Bußgelder für das Recht auf Bewegungsfreiheit zu akzeptieren. Die anstehenden Prozesse werden nicht allein deshalb offensiv geführt, um Öffentlichkeit herzustellen. Auch andere Flüchtlinge sollen darin bestärkt werden, sich gegen dieses diskriminierende Gesetz zu wehren. Die Streichung des § 58 des Asylverfahrensgesetzes über den Rechtsweg bleibt allerdings ausgeschlossen.

Auch auf politischer Ebene tut sich wenig. Eine Abschaffung der Residenzpflicht wird in der Regierungskoalition offensichtlich nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Die Residenzpflicht sei zwar ein Bundesgesetz, dennoch hätten die Länder und die einzelnen Behörden einen großen "Ermessensspielraum", der es ermögliche, die derzeitige enge Auslegung durch die Behörden zu lockern - so ließe sich der Tenor

zusammenfassen. Einzig der niedersächsische Landesverband von Bündnis90/Die Grünen wendet sich gegen diese aufenthaltsbeschränkenden Maßnahmen: Die Delegierten beschlossen auf dem Landesparteitag in Wolfsburg am 19. Dezember letzten Jahres, einen Antrag zur Abschaffung der Residenzpflicht auf der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz, die vom 9. bis 11. März in Stuttgart stattfinden wird, einzubringen.

Im Rahmen einer Anhörung der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen zum Thema "Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus" konnte Yufanyi ganze acht Minuten über die Residenzpflicht und das Gebaren der Ausländerbehörden berichten. Er erläuterte, dass derartige Gesetze die Flüchtlinge schwach machten und damit Nazis in ihrem Hass bestärkt würden. Seine Forderung, dass auch der Gesetzgeber in dieser Frage handeln müsse und nicht nur nach zivilgesellschaftlichem Engagement rufen könne, sei aber nach Yufanyis Eindruck bei den Abgeordneten nicht so richtig angekommen.

Anke Schwarzer

Prozess gegen Sunny Omwenyke: 26. Januar, um 9.30 Uhr im Amtsgericht Wolfsburg, Saal F, Rothenfelderstr. 43. Info: The Voice e.V. Afrika Forum, Tel.: 03641/665214

8. Wider die Mythen im deutschen Asylrecht. Dokumentation eines Berichts der Bundesausländerbeauftragten

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:05

Ende letzten Jahres legte die Bundesausländerbeauftragte Marie Luise Beck folgende Untersuchung vor, in der sie mit "unaufgeregtem Blick" die Asylpraxis in der BRD bilanziert. Wir dokumentieren den Text gekürzt, der gesamte Text ist unter www.bundesauslaenderbeauftragte.de/aktuell abrufbar.

Mythos Nr. 1: Deutschland als Asylland Nr. 1 in Europa

Längst ist Deutschland nicht mehr das Land mit den meisten Flüchtlingen in Europa. Setzt man im Jahr 1999 die Asylbewerberzahl in Relation zur Bevölkerungszahl der Aufnahmestaaten, rangiert Deutschland in Europa auf Platz zehn hinter der Schweiz, den Niederlanden, Österreich und Schweden. Kumuliert man den Zugang von Asylbewerbern von 1990 bis 1998, so nimmt Deutschland hinter der Schweiz und Schweden den dritten Platz ein. Aktuell kommen pro Jahr weniger als 100.000 Asylsuchende nach Deutschland. In diesem Jahr ist eine Antragszahl von unter 80.000 zu erwarten. Dies sind die niedrigsten Zugangszahlen seit 1987. Demgegenüber lagen die Antragszahlen in den Jahren 1990-1993 noch bei mindestens 200.000 Personen pro Jahr.

Mythos Nr. 2: Das Gros sind Wirtschaftsflüchtlinge

Leider hält sich auch unter denen, die es besser wissen sollten, die Mär von der Anerkennungsquote von 3%. Im Umkehrschluss wird argumentiert: 97% abgelehnte Asylsuchende bedeute, dass 97% der Asylsuchenden aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, ergo das Asylrecht missbrauchen würden. Tatsache aber ist: Weder werden 97% als Schutz Suchende "abgelehnt", noch haben alle abgelehnten Asylsuchenden aus missbräuchlichen Gründen einen Asylantrag gestellt.

Die Folgen des verbreiteten Mythos vom Wirtschaftsflüchtling sind fatal. Er mindert die durchaus vorhandene Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung und fördert ausländerfeindliche Einstellungen. Die Rede von hohen Ablehnungsquoten produziert zudem einen ungerechtfertigten "Missbrauchsverdacht" gegenüber schutzwürdigen Asylsuchenden. Schließlich wirft sie auch ein völlig falsches Licht auf die deutsche Flüchtlingspolitik.

Ein Blick in die offiziellen Statistiken zeigt: Die jährliche Anerkennungsquote beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lag zwischen 1995 und 1999 zwischen 9% und 13,5%. Die Anerkennungsquote beinhaltet die Anerkennung von zwingenden Abschiebungshindernissen nach dem Grundgesetz (Art. 16 a, 1, 2) oder nach internationalen völkerrechtlichen Abkommen (Genfer Flüchtlingskonvention, Europäische Menschenrechtskonvention, UN-Folterkonvention). Das Bundesamt berechnet die Anerkennungsquote nach der jährlichen Gesamtzahl der Entscheidungen. Dies bedeutet, dass auch die hohe Zahl der Ablehnungen aus formalen Gründen (durchschnittlich mehr als 25% aller Entscheidungen) in die statistische Bewertung einbezogen wird. (1) Bei einer Einbeziehung nur der materiellen Entscheidungen bewegt sich die jährliche Anerkennungsquote beim Bundesamt zwischen 15% und 22%.

Die Anerkennungsquote erhöht sich durch Verwaltungsgerichtsentscheidungen um mehr als 7%. Dies ergibt sich aus folgender Überlegung: Ca. 70% aller Entscheidungen des Bundesamtes werden von Asylsuchenden, deren Antrag abgelehnt wurde, gerichtlich angefochten. Die Erfolgsquote liegt nach Schätzungen bei mindestens 10%.

Unter Einbeziehung der Gerichtsentscheidungen liegt danach die geschätzte jährliche Anerkennungsquote zwischen 22% und 29%.

Insgesamt wird schon die Anerkennungsquote im Asylverfahren in Deutschland - vollkommen unnötig - erheblich verringert,

- weil die hohe Zahl der Ablehnungen aus formalen Gründen in die statistische Bewertung einbezogen wird,

- weil die Schutzbedürftigkeit nur bei staatlicher Verfolgung zuerkannt wird oder

- weil bei bestimmten Ländern aussichtsreiche Anträge über Jahre nicht entschieden werden.

Aber auch die Anerkennungsquote spiegelt nicht den Umfang der Schutzgewährung wieder. Denn die Schutzquote ist erheblich höher als die Anerkennungsquote. Die Schutzquote beziffert den Anteil von Asylsuchenden, die innerhalb oder außerhalb des Asylverfahrens Schutz vor Abschiebung in Deutschland wegen einer erheblichen Gefährdung oder einer desolaten Situation im Heimatland erhält, in Relation zu der Gesamtzahl der Asylsuchenden. In Deutschland haben nach überschlägigen Berechnungen in den letzten 5 1/2 Jahren mehr als 48,4% aller Asylsuchenden Abschiebungsschutz erhalten. In vielen Fällen wurde der Schutz aus zwingenden rechtlichen Gründen gewährt, obwohl der Asylantrag abgelehnt wurde.

Die Anerkennungsquote alleine ist also kein hinreichender Indikator für den Umfang der Schutzgewährung und sollte in der Diskussion durch den Begriff der Schutzquote ersetzt werden.

In anderen europäischen Ländern sind die Anerkennungsquoten wesentlich höher. Nach Statistiken des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen hatten Italien und Großbritannien im Jahr 1999 eine Anerkennungsquote von über 70%. Auch Österreich mit 56,6% und die Schweiz mit 47,8% liegen noch wesentlich über der offiziellen deutschen Anerkennungsquote. In diesen Ländern werden Personen mit einem humanitären Schutzstatus zu Recht in die Anerkennungsquote (2) einbezogen. Eine Identität von Schutzquote und Anerkennungsquote würde nicht nur eine realitätsgerechtere Betrachtung ermöglichen, sondern auch das Ausmaß der Schutzgewährung in Deutschland im internationalen Vergleich angemessen widerspiegeln.

Wenn fast die Hälfte aller Gesuche am Ende zu einer Form der Schutzgewährung führen, kann weder von einer hohen Zahl von Wirtschaftsflüchtlingen noch von überbordendem Missbrauch die Rede sein. Vielmehr wirft dies ein Licht auf die Praxis der Schutzgewährung, die asylrechtliche Anerkennungen vermeidet und faktischen "Schutz auf niedrigem Niveau" gewährt. Diese Form der Entwertung des Asylverfahrens als Schutzinstrument ist nach meiner Ansicht sehr problematisch.

Mythos Nr. 3: Die Einzigartigkeit des deutschen Asylrechts

Immer wieder wird in der Diskussion um das Asylrecht in Deutschland die Einzigartigkeit des deutschen Asylrechts hervorgehoben. Sie sei nicht nur die Ursache für eine besondere Attraktivität des Asyllandes, sondern auch Ursache für vermeintlich aufwendige Verfahren. Richtig ist, dass das Asylrecht in unserem Land Verfassungsrang genießt. Maßgebend aber ist die Genfer Flüchtlingskonvention. Insoweit unterscheidet sich Deutschland nicht wesentlich von unseren europäischen Nachbarländern. Deutschland hat - wie 138 andere Staaten dieser Welt - die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Die zu Recht als Magna Charta des Flüchtlingsschutzes bezeichnete Konvention findet in Deutschland unmittelbar im Verhältnis Flüchtling-Staat Anwendung. Deshalb gewährt sie - unabhängig vom Grundrecht auf Asyl - Menschen einen individuellen Anspruch auf Abschiebungsschutz, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischen Überzeugung fliehen mussten. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht schon Anfang der neunziger Jahre deutlich klargestellt.

Als Annex des Schutzanspruches sichert die Rechtsweggarantie des Grundgesetzes in Artikel 19 Absatz 4 als Kernelement des Rechtsstaatsprinzips die volle gerichtliche Überprüfung der behördlichen Entscheidung über das Vorliegen der Flüchtlingseigenschaft.

Zugespitzt formuliert: Selbst durch die Herabstufung des Artikel 16a Grundgesetz hin zu einer "Institutsgarantie" werden keine weiteren substanziellen Beschneidungen des Asylverfahrens oder gar des Ausschlusses des Rechtsweges gegen ablehnende Asylentscheidungen ermöglicht. Eine Debatte in diese Richtung ist sinnlos.

Tatsächlich zielt die Debatte daher auch nicht auf die Beseitigung der vermeintlichen Einzigartigkeit des deutschen Asylrecht, das nur angeblich der europäischen Harmonisierung widerspricht. Vielmehr verhält sich das Grundrecht gegenüber den Harmonisierungsbestrebungen "neutral". Die Debatte zielt vielmehr auf den Ausstieg aus dem Flüchtlingsschutz als individuell verankertem Recht. Dies bedeutet aber: Wer den Ausstieg aus dem rechtlich verbindlichen Flüchtlingsschutz will, muss die Axt an die Genfer Flüchtlingskonvention und an die Rechtswegegarantie des Grundgesetzes anlegen. Dies würde die deutsche Praxis auch von den übrigen EU-Mitgliedstaaten entfernen, die im Wesentlichen nicht anders verfahren als wir.

Mythos Nr. 4: Das liberalste Asylrecht der Welt

Verbunden mit dem Mythos von der Einzigartigkeit des deutschen Asylrechtes ist der Mythos vom liberalsten Asylrecht der Welt. Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren eine eher restriktive Asylentscheidungspraxis und Rechtsprechung entwickelt, die zu erheblichen Schutzlücken führt. In den Bereichen nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung erzeugt das deutsche Asylverfahren mit seinen restriktiven Anerkennungskriterien unerträgliche Entscheidungen. Schutzbedürftige verbleiben nach dem Asylverfahren teilweise nur noch in Deutschland, weil die Abschiebungswege in das Herkunftsland versperrt sind. Afghanische Staatsangehörige, die Opfer von Repression der Taliban geworden sind, erhielten in der Vergangenheit kein Asyl in Deutschland. Gleiches gilt für Roma aus dem Kosovo, obwohl ihre Schutzbedürftigkeit sogar vom UN-Sicherheitsrat anerkannt wurde. In beiden Fällen droht "lediglich" Verfolgung von nichtstaatlichen Akteuren, die in Deutschland im Widerspruch zur internationalen Praxis "asylirrelevant" ist. Ebenso erging es bosnischen Vertreibungsopfern, die keinen Flüchtlingsstatus in Deutschland erhielten, obwohl sie geradezu klassische Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention waren. Ein weiteres Beispiel sind Frauen, die wegen ihres unislamischen Auftretens von Mitgliedern bewaffneter Gruppen in Algerien schwer misshandelt wurden und in Deutschland trotzdem kein Asyl erhielten. Die Begründung: der algerische Staat sei trotz Tausender von Übergriffen und Morden grundsätzlich "schutzbereit" und "schutzfähig". Ein lückenloses und überzeugendes Gefährdungsvorbringen nützte in solchen Fällen nichts. Die Asylanträge wurden abgelehnt. Dennoch erhielten viele dieser Menschen Schutz auf niedrigem Niveau mit unsicherem Aufenthaltsstatus und fehlenden sozialen Rechten.

Mythos Nr. 5: Die unendliche Dauer der Verfahren

Ein effizientes Verfahren bedeutet regelmäßig auch ein zügiges Verfahren. Nichts ist wünschenswerter, als dass in einem fairen Verfahren innerhalb kurzer Zeit richtig über die Schutzbedürftigkeit entschieden wird. Kein Verfahren ist allerdings in den letzten 15 Jahren so heftig diskutiert worden wie das Asylverfahren. Die verfassungsrechtlichen Grenzen zur Verfahrensverkürzung wurden in den letzten Jahren annähernd ausgereizt. Das Resultat scheint beeindruckend: Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge entscheidet 75% aller Anträge in den ersten 6 Monaten. Die Gerichte benötigen im Durchschnitt nur noch ein Jahr. (3) In einfach gelagerten Fällen beläuft sich die Gesamtverfahrensdauer auf weniger als 6 Monate.

Die Möglichkeiten für eine weitere Verfahrensverkürzung sind weitgehend ausgereizt. Das Widerspruchsverfahren wurde schon vor langer Zeit abgeschafft, beim Verwaltungsgericht entscheidet regelmäßig nur ein Einzelrichter; die Berufung beim Oberverwaltungsgericht ist nur in wenigen Fällen zulässig und die aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln wurde auf wenige Konstellationen beschränkt. Folgeanträge werden ebenfalls in einem Eilverfahren bearbeitet. Kein anderes Verwaltungsverfahren in Deutschland wird nach meiner Kenntnis so beschleunigt durchgeführt wie das Asylverfahren. Diese Straffung hat im übrigen ihren Preis: Die Entscheidungsqualität leidet und der beschränkte Zugang zu den Obergerichten führt - wie von richterlicher Seite wiederholt kritisiert - zu einer uneinheitlichen Spruchpraxis.

Anmerkungen:

1) Eine Ablehnung aus formalen Gründen bedeutet eine Ablehnung ohne inhaltliche Prüfung des Schutzbegehrens. Dazu zählt die Einstellung des Verfahrens wegen Nichtbetreiben des Verfahrens oder wegen einer Antragsrücknahme. Der überwiegende Teil betrifft Ablehnungen, ein Folgeantragsverfahren durchzuführen.

2) Von den größeren europäischen Staaten liegt nur Spanien mit einer Anerkennungsquote von 11,7% unter der deutschen Anerkennungsquote von 13,3% (Quelle UNHCR, alle Angaben für 1999).

3) So die Einschätzung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in der lesenswerten Broschüre "Asyl in Zahlen".

9. Refugees back to the roots. EU koppelt Entwicklungshilfe an Rückübernahmeabkommen

Autor: Heiko Möhle · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:13

Die Abwehrpolitik der EU-Innenminister verfolgt Flüchtlinge bis in ihre Herkunftsländer. Das neue "Partnerschaftsabkommen" zwischen EU und AKP-Staaten setzt Zeichen: Entwicklungshilfe soll bekommen, wer Flüchtlinge zurücknimmt.

Am 23. Juni 2000 wurde in Benins Hauptstadt Cotonou das neue "Partnerschaftsabkommen" zwischen der Europäischen Union und den so genannten AKP-Staaten unterzeichnet. Für eine Dauer von 20 Jahren soll das Folgeabkommen des bisherigen Lomé-Prozesses die Beziehungen zwischen der EU und den ehemaligen Kolonien in Afrika, in der Karibik und im Pazifik vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen regeln.

Die Verhandlungen hatten sich zuletzt durch den Streit über eine Klausel verzögert, deren Durchsetzung die europäischen Innenminister ihren KollegInnen aus den Außen- und Entwicklungsressorts mit auf den Weg gegeben hatten. Nach den Beschlüssen des EU-Sondergipfels von Tampere im Oktober 1999 war es "erklärtes Ziel, die Rückübernahme illegaler Zuwanderer auszuhandeln". (1) Eine allgemeine Rückübernahmeklausel sollte nicht nur die Grundlage dafür schaffen, "illegale Zuwanderer" und abgelehnte Asylbewerber in ihr Herkunftsland abzuschieben, sondern sah ausdrücklich auch die Rückschiebung von Angehörigen aus Drittländern vor, wenn diese über einen AKP-Staat in die EU eingereist sind. Nach energischen Protesten der AKP-Verhandlungskommission kam schließlich ein "Kompromiss" zu Stande: Eine generelle Rückübernahmeklausel wurde nicht vereinbart, dafür sollen aber Rückübernahmeregelungen in bilateralen Gesprächen zwischen den EU- und AKP-Staaten getroffen werden.

Cotonou steht für die zunehmende Verknüpfung europäischer Entwicklungspolitik mit migrationspolitischen Zielen. Seit 1990 haben die westeuropäischen Staaten über 200 Rücknahmeabkommen mit verschiedenen Mittelmeer-Anrainerstaaten und mit fast allen osteuropäischen Staaten abgeschlossen, die Kettenabschiebungen bis zurück in die Herkunftsstaaten von Flüchtlingen und MigrantInnen zu ermöglichen. In der Regel werden diese Abkommen durch die Zusage von Entwicklungsleistungen, zinsgünstigen Krediten etc. erkauft. In Assoziierungsvereinbarungen oder gar Beitrittsverhandlungen von Drittstaaten mit der EU gehören Rücknahmeabkommen mittlerweile zu den Grundvoraussetzungen. Im Dezember 1999 beschloss der Rat der Innen- und Justizminister, Rücknahmeklauseln als Standard-Formulierung in alle Vereinbarungen der EU mit Drittstaaten aufzunehmen.

Eine noch härtere Gangart, nämlich Sperrung oder Entzug von bereits zugesagten Entwicklungshilfeleistungen, probierte die BRD erstmalig im Verhältnis zu Vietnam. Die Weigerung der vietnamesischen Regierung, 40.000 Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR zurückzunehmen, quittierte die Bundesregierung im Frühjahr 1994 mit dem Abbruch der entwicklungspolitischen Beziehungen.

Entwicklungshilfe gegen Rückübernahme

Unter Schröders Führung hat sich die Position der Bundesregierung in dieser Frage nicht grundlegend geändert. Wortführer in der Diskussion sind die Innenminister des Bundes und der Länder. Eine Arbeitsgruppe "Rückführung" hat der Innenministerkonferenz Anfang Mai 2000 einen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, mit dessen Hilfe in Zukunft Abschiebungen erleichtert bzw. so genannter Rückführungsschwierigkeiten beseitigt werden sollen. Es sollen - so beschreibt der Spiegel vom 15.5.2000 die "drastischen Vorschläge" - "gegenüber jenen Staaten, die ihre Bürger widerwillig oder gar nicht zurücknehmen, jede diplomatische Zurückhaltung aufgegeben werden. Die Kooperation bei der Abschiebung müsse zum Maßstab der außenpolitischen Beziehungen gemacht werden. Die vorgeschlagenen Sanktionen reichen von großen Demarchen der Botschafter bis zum Entzug der Entwicklungshilfe." Die geplanten Maßnahmen sollen 29 Länder betreffen, davon sieben "Hauptproblemländer" (Ägypten, Äthiopien, China, Ghana, Libanon, Nigeria und Vietnam).

Parallel zu den Überlegungen, Herkunftsländer zur Aufnahme eigener Staatsbürger zu zwingen, gibt es Bemühungen, westafrikanische Regierungen dazu zu bewegen, auch Abgeschobene aus Drittländern

aufzunehmen. Im Innenausschuss des Bundestags hält sich das Gerücht, es habe bereits Gespräche der Bundesregierung mit verschiedenen afrikanischen Staaten gegeben mit dem Ziel, dass ein Staat alle abzuschiebenden Afrikaner gegen Geld aufnehmen soll. Diese Gespräche seien allerdings bislang zu keinem Ergebnis gekommen.

Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten wissen trotz aller wohlklingender Rhetorik ihrer entwicklungspolitischen Grundsatzpapiere, dass sie kein Konzept für eine Entwicklungspolitik haben, die zur Bekämpfung der komplexen Ursachen von Flucht und Migration beitragen würde. Vorrangiges Ziel der europäischen Außenpolitik ist es deshalb, Flüchtlinge von den europäischen Grenzen fern zu halten.

Bereits heute werden Maßnahmen zur Verhinderung einer Süd-Nord-Migration immer mehr in die Herkunftsländer verlagert. Für die Bundesrepublik bedeutet dies beispielsweise immer restriktivere Beschränkungen der Visaerteilung in den deutschen Botschaften. Ohnehin wird das Auswärtige Amt in den nächsten Jahren diverse Auslandsvertretungen in Afrika schließen, so dass für viele Menschen schon aus Gründen der Nichterreichbarkeit die Möglichkeit entfällt, überhaupt einen Einreiseantrag zu stellen.

Wo zivile Maßnahmen nicht greifen, kommt dem polizeilichen und militärischen Repressionsapparat eine wachsende Rolle zu. Seit Jahren "unterstützt" die EU wichtige Transitstaaten in Osteuropa und im Mittelmeerraum bei der Sicherung ihrer Außengrenzen durch die Finanzierung aufwendiger Grenzüberwachungssysteme und in der Ausbildung von Grenztruppen. Auf den Flughäfen von Accra, Lagos und Nairobi werden BGS-Beamte als "Dokumentenberater" eingesetzt, deren Aufgabe es ist, im Rahmen so genannter Vorfeldkontrollen die Papiere von Deutschlandreisenden auf den Flughäfen zu überprüfen. Kern einer von der alten Bundesregierung am 25. September 1990 beschlossenen Flüchtlingskonzeption bildet das System der "Regionalisierung der Flüchtlingsaufnahme". Es geht davon aus, "dass, solange die Ursachen für das Entstehen von Fluchtbewegungen nicht beseitigt werden können, die beste Lösung für ein Flüchtlingsproblem in der Aufnahme der Flüchtlinge in der Weltregion liegt, aus der sie stammen." (2)

Von der defensiven zur aktiven Abwehr

Als Argument für eine regionale Aufnahme werden vor allem ethnische, religiöse, kulturelle und politische Bindungen angeführt, die eine "Solidaritätsverpflichtung zur Aufnahme der Flüchtlinge" in den betroffenen Nachbarstaaten begründe. "Länder in anderen Weltregionen (damit sind wohl v.a. die Mitgliedstaaten der EU gemeint) sollten erst in letzter Linie in Anspruch genommen werden; für ihre Hilfe hätte die umgekehrte Reihenfolge zu gelten: Geldleistung, Sachleistung, Aufnahme von Menschen." Man ist also durchaus bereit, es sich etwas kosten zu lassen, sich unerwünschte Flüchtlinge vom Leib zu halten. In diesem Zusammenhang kommt der Katastrophen- oder humanitären Hilfe eine wachsende Bedeutung zu, deren Anteil im EU-Entwicklungsetat in den vergangenen Jahren überproportional erhöht wurde. In der Bundesregierung ist traditionell das Auswärtige Amt für "Humanitäre Hilfe" zuständig, aber seit 1995 verfügt auch das Entwicklungsministerium über einen Haushaltstitel "Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe" (1998: 159,6 Mio. DM, davon 47,4% in Afrika): Zelte und Nahrungsmittel zur "heimatnahen" Unterbringung und Versorgung der Menschen, die man nicht im eigenen Land haben will.

Die Aufnahme von Flüchtlingen in der Herkunftsregion soll als Regel festgeschrieben, die Weiterflucht ins reiche Europa nur ausnahmsweise geduldet werden. In der unvermeidbaren Ausnahmesituation, so will es beispielsweise Bundesinnenminister Schily, soll dann das Konzept der "Temporary Protection" (TPS) greifen, das Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge nur noch eine vorübergehende Aufnahme nach politischen Erwägungen und ohne einklagbares Recht auf Schutz gewährt. (3)

Steuerung von Flucht und Migration

Das Bestreben, nicht länger nur defensive Flüchtlingsabwehr zu betreiben, sondern durch den Einsatz einer breiten Maßnahmenpalette unterschiedlicher Politikbereiche zu einer offensiven Steuerung von Flüchtlingsbewegungen zu gelangen, führte auf dem EU-Sondergipfel im finnischen Tampere 1999 zur Verabschiedung so genannter Aktionspläne zu verschiedenen Herkunftsländern (Irak, Afghanistan, Marokko, Somalia, Sri Lanka, Albanien/Kosovo). Die offiziell als "Partnerschaften mit den Herkunftsländern" bezeichneten Aktionspläne sollen die vielbeschworene Kohärenz von Innen- und Außenpolitik zum Ausdruck bringen. Viel Neues enthalten sie jedoch nicht: Gegenüber allgemein gehaltenen Anregungen zur Wirtschaftsentwicklung, um die Bevölkerung zu "stabilisieren", dominieren Vorschläge zur Regionalisierung der

Flüchtlingsaufnahme und zur Erleichterung der Abschiebung: Rückübernahmeabkommen mit den Nachbarstaaten, Verbesserung der Aufnahmekapazitäten im Inland, Ausbau der Grenzinfrastruktur, Entsendung von Verbindungsbeamten an Flughäfen.

Besonderes Augenmerk verdient der Aktionsplan Irak, dem eine gewisse Vorreiterrolle zugeschrieben wird. Der Irak gehört zu den wenigen Ländern, in die Flüchtlinge auf Grund der politischen und Menschenrechtssituation nicht zurückgeschoben werden können. Versuche, irakische Flüchtlinge in den kurdischen Nordirak zurückzuschieben, scheiterten bisher an der Weigerung der Türkei, ein Transitabkommen zu unterzeichnen. Die Autoren des Aktionplans erfanden deshalb die "inländische Fluchtalternative" Nordirak. Das Konstrukt behauptet, im kurdischen Nordirak bestünde keine Gefahr der Verfolgung durch das Regime in Bagdad. Völkerrechtlich und faktisch ist der Nordirak jedoch nach wie vor integraler Teil des irakischen Staates und somit beständig der Gefahr ausgesetzt, auch wieder militärisch unter die Kontrolle von Bagdad gebracht zu werden. Die kurdische Selbstverwaltung wurde bis heute international nicht anerkannt, das gegen den Gesamtirak verhängte Wirtschaftsembargo ist auch gegenüber dem Nordirak gültig, und noch immer ist die Region fast vollständig abhängig von externen Hilfslieferungen. Humanitäre Hilfe und zaghafte Demokratisierungsprogramme in Verbindung mit grenzpolizeilicher Repression sind denn auch die Grundelemente, mit denen Flüchtlinge in der Region gehalten werden sollen - der Aktionsplan schreibt lediglich den Status quo im Nordirak fort.

Die Definition, welche Orte als "inländische Fluchtalternative" sicher sind, unterliegt keinerlei internationalen und überprüfbaren Normen, sondern wird durch nationale Behörden oder Gerichte (in der Bundesrepublik das Bundesverwaltungsgericht) festgelegt. Der Aktionsplan für Somalia geht denn auch gleich von einer ganzen Reihe inländischer Fluchtalternativen aus - abhängig von der Clanmitgliedschaft des Flüchtlings.

Das flüchtlingspolitische Zukunftsszenario der EU für Krisenregionen sieht wohl so aus, wie es im Kosovo vorexerziert wurde: Regionalisierung der Flüchtlingsaufnahme im Herkunftsland oder in den Nachbarländern durch den konzertierten Einsatz humanitärer Sofort- und langfristiger Entwicklungshilfe, Verhinderung der Weiterwanderung durch Verstärkung der Außengrenzen, nötigenfalls in Verbindung mit Militärinterventionen, die für den Schutz der Flüchtlinge sorgen, gleichzeitig aber ihre Weiterwanderung verhindern und konsequente Rückschiebung derjenigen, die es doch "geschafft" haben, nach Westeuropa zu gelangen. Das Beispiel Kosovo zeigt, dass die EU dabei die völlige Destabilisierung der Nachbarregionen in Kauf nimmt.

In Cotonou ist es den AKP-Staaten noch gelungen, die Forderung der EU nach einem generellen Rückübernahmeabkommen abzuwehren. Tatsächlich jedoch kann die EU-Kommission mit dem erzielten "Kompromiss", dass Rückübernahmeregelungen in bilateralen Gesprächen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und den AKP-Staaten ausgehandelt werden, mehr als zufrieden sein. Das letztlich zu Stande gekommene Rahmenabkommen verpflichtet die AKP-Staaten zur Verhandlungsbereitschaft, erlaubt es aber jedem EU-Mitgliedsstaat, maßgeschneiderte Rückübernahmeabkommen durchzusetzen, die seinen spezifischen Interessen viel genauer entsprechen als es ein Generalabkommen je könnte.

Heiko Möhle

(BUKO Arbeitsschwerpunkt

Rassismus und Flüchtlingspolitik)

Anmerkungen:

1) BT-Drucksache 14/4058

2) BMI, Ausländer- und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1998

3) Nach massiver Kritik von NGOs an entsprechenden Plänen der EU-Kommission hat diese inzwischen einen Entwurf vorgelegt, nach der eine Aufnahme als Flüchtling mit dem Instrument TPS nicht das Stellen eines Asylantrags ausschließen soll.

10. Inszenierung einer Debatte. Zur Kontinuität lügnerischer Asylpolitik

Zur Kontinuität lügnerischer Ausländerpolitik - Von Harald Glöde

Autor: Harald Glöde · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:06

Zur Eröffnung der Computer-Messe CeBIT am 23. Februar 2000 in Hannover propagierte Bundeskanzler Schröder medienwirksam die Idee einer Green Card für hoch qualifizierte Computerspezialisten. Zuvor war in der Informationstechnologiebranche ein hoher Arbeitskräftemangel öffentlich diskutiert worden. Er erhielt für seinen Vorschlag eine selten gekannte einmütige Unterstützung - insbesondere von Seiten der Unternehmerverbände. Diese kritisierten allenfalls, dass die Initiative nicht weit genug gehe und forderten, sie auf andere Branchen auszuweiten. Als hätten alle nur auf dieses Signal gewartet, meldeten sich innerhalb kürzester Zeit VertreterInnen aller Parteien, der Wirtschaft, der Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Gruppen zu diesem Thema zu Wort. Daraus entstand eine bis heute anhaltende öffentliche Debatte um die gesetzliche Regelung der Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland.

Auffällig an dieser Debatte ist der hohe Symbolgehalt, der der angekündigten und zum 1. August 2000 in Kraft tretenden Green-Card-Regelung anhaftet. Dabei sieht sie lediglich vor, dass in den nächsten drei Jahren bis zu 20.000 Computer-Fachkräften eine auf fünf Jahre befristete Arbeitserlaubnis erteilt werden kann, sofern sie die Gehaltskriterien und Qualifikationsanforderungen erfüllen. Zunächst aber wird die Green-Card-Regelung auf 10.000 Fachkräfte beschränkt. Danach soll erst einmal ein weiterer Arbeitskräftebedarf ermittelt werden.

Der geringe Umfang der Arbeitskräfteanwerbung unterstreicht den vorwiegend symbolischen Charakter der Regierungsinitiative, zumal die vorhandenen Möglichkeiten nach den Bestimmungen der Arbeitsaufenthaltsverordnung und der Anwerbestoppausnahmeverordnung es schon bisher erlaubten, bestimmte ausländische Fachkräfte in Deutschland die Arbeit aufnehmen konnten. Allein im Jahr 1999 sind mit Hilfe dieser Regelungen immerhin 37.700 ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland gekommen. Eine Vereinfachung dieser Verordnungen hätte sicherlich viel schneller zur Anwerbung der gewünschten Arbeitskräfte geführt. Öffentlich wird ein dringender Bedarf an mindestens 70.000 - 80.000 Computer-Fachkräften konstatiert - der Vorsitzende von IBM Deutschland geht sogar von 200.000 fehlenden Informationstechnologie-Experten aus. Insofern deutet die jetzt beschlossene, über drei Jahre verteilte Anwerbung von maximal 20.000 Computerspezialisten, Softwareexperten, Programmierern und Informatikern einmal mehr darauf hin, dass mit der Green-Card-Debatte andere, weitergehende Ziele verfolgt werden.

Meines Erachtens ist die Green-Card-Idee, die von der Bundesregierung geschickt lanciert wurde, nur ein erster Schritt hin auf einen von ihr längerfristig angelegten Diskurs, wie Zuwanderung nach Deutschland zukünftig zu regeln sei. Die damit angestrebten gesetzlichen Grundlagen, wie in diesem Zusammenhang üblich euphemistisch Einwanderungsgesetz genannt, werden von Bundeskanzler Schröder folgerichtig auf die nächste Legislaturperiode verschoben.

Die Notwendigkeit einer Zuwanderung wird in Studien und Prognosen von Bevölkerungs- und Migrationswissenschaftlern schon seit längerem behauptet. Die Bevölkerungszahl in Deutschland wird auf Grund der erwarteten demographischen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten deutlich abnehmen.

Anfang dieses Jahres wurde eine Studie der UNO mit dem Titel "Migration als Ersatz: Eine Lösung für zurückgehende und alternde Gesellschaften?" veröffentlicht. Danach wird die Bevölkerung in Deutschland von derzeit ca. 80 Millionen auf ca. 60 Millionen Menschen im Jahre 2050 zurückgehen - mit einschneidenden Konsequenzen für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt und für die Finanzierung der Alterssicherungssysteme. Für die Entwicklung der benachbarten westeuropäischen Länder werden ähnliche Prognosen aufgestellt. Um allein die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland auf dem Niveau von 1995 zu halten, werden nach dieser Untersuchung jährlich 500.000 Zuwanderer gebraucht.

Da die deutschen Wirtschaftsverbände einen zukünftigen Arbeitskräftemangel und dadurch allgemein den Verlust der eigenen Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit im Rahmen der globalen ökonomischen Umstrukturierungsprozesse befürchten, plädieren sie für eine geregelte Zuwanderung. Diese Befürchtungen

haben letztendlich die Politik dazu gezwungen, in Fragen der Zuwanderung entsprechend umzudenken und einen öffentlichen Positionswandel vorzubereiten.

Green-Card-Debatteals Testballon

Zwei Momente machen diese politische Kehrtwende aus der Perspektive der Regierungsparteien so schwer kalkulierbar und steuerbar:

Zum einen wurden in Deutschland jahrelang die Fragen von Flucht und Migration vor allem unter den Aspekten der Bedrohung der inneren Sicherheit und der untragbaren sozialen und finanziellen Belastung thematisiert. Seit Anfang der 90er Jahre wird die vorgebliche Gefährdung der inneren Sicherheit durch unkontrollierte, illegale Einwanderung dazu missbraucht, die Grenzabschottung kontinuierlich auszubauen, Polizeigesetze zu verschärfen (z.B. Einführung verdachtsunabhängiger Kontrollen, Schleierfahndung) und Flüchtlinge und Asylsuchende gesetzlich auszugrenzen (z.B. durch die verschiedenen Novellierungen des Asylbewerberleistungsgesetzes). Noch bis in die jüngste Zeit wurde von einzelnen Politikern mit einer "Die Grenze der Belastbarkeit ist erreicht"- oder "Das Boot ist voll"-Rhetorik das Bedrohungsszenario weiterer Zuwanderung beschworen. Diese die Ausländerfeindlichkeit schürenden und die soziale Ausgrenzung vorantreibenden Äußerungen sind hingegen ohne jegliche materielle Grundlage. Denn die Zahlen der Asylsuchenden sind in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Auch der Wanderungssaldo für die BRD ist negativ. Das heißt, mehr Menschen wandern aus der Bundesrepublik Deutschland ab, als neue hinzukommen.

Zum anderen bildet das seit Jahrzehnten krampfhaft und hartnäckig gepflegte Bild, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, den dominanten Hintergrund, vor dem die aktuellen Auseinandersetzungen geführt werden. Dieses hat zur Verfestigung latenter Ausländerfeindlichkeit beigetragen, die sich mittlerweile bis weit in die Mitte der Gesellschaft eingefressen hat. Wie gut sich diese fremdenfeindliche Grundstimmung parteipolitisch und wahltaktisch funktionalisieren lässt, hat nicht zuletzt die Unterschriftenkampagne der CDU in Hessen gegen die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts eindrucksvoll bewiesen. Der Versuch des CDU-Spitzenkandidaten in Nordrhein-Westfalen, mit seiner "Kinder-statt-Inder"-Kampagne an diese wahltaktisch erfolgreiche Aktion anzuknüpfen, fand allerdings in der Wirtschaft keine Zustimmung. Dementsprechend überlebte die rassistisch plakative Formel die Landtagswahl in Nordrheinwestfalen nicht. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass derartige partei- und wahltaktisch funktionalisierte Kampagnen in Zukunft wieder betrieben werden.

Dieser Umstand produzierter Vorurteile lässt die Bundesregierung entsprechend vorsichtig agieren und ist eine mögliche Erklärung dafür, warum sie sich weigert, noch in dieser Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen. Die Pläne des Bundesinnenministers, eine überparteiliche Expertenkommission unter Vorsitz der ehemaligen Bundestagspräsidentin Süssmuth einzurichten, die Vorschläge für europataugliche Einwanderungsregeln erarbeiten soll, können ebenso als Hinweis gewertet werden, dass die Bundesregierung ihr Vorgehen langfristig anlegt, um Legitimation, Konsens und Zustimmung zu beschaffen.

Die bisher zur Einwanderungsproblematik bezogenen Positionen lassen befürchten, dass sich dennoch keine grundsätzliche Debatte um das Selbstverständnis Deutschlands als Einwanderungsland entwickeln wird. Weitgehende Übereinstimmung zwischen den Parteien besteht darin, dass Deutschland, d.h. die deutsche Wirtschaft, kurz- und längerfristig qualifizierte, ausländische Fachkräfte benötigt. Die CDU hat in fast schon revolutionär zu bezeichnendem Tempo einen Teilrückzug angetreten und ihren ideologischen Ballast ("Deutschland ist kein Einwanderungsland") abgeworfen. Dafür werden jetzt Flüchtlingsschutz und Asylfragen mit der Zuwanderungsdebatte verknüpft und die Abschaffung der kümmerlichen Reste des Art. 16 GG gefordert. Die Bedrohungsszenarien werden weiterhin aufrechterhalten und auf die "unnützen Flüchtlinge" umgeschrieben. Bei den Vertretern der Unternehmerverbände stehen eindeutig die Nützlichkeits- und Effektivitätserwartungen im Vordergrund. Gewerkschaftsvertreter warnen vor Lohndumping und weisen auf die selbstverschuldete Ausbildungsmisere hin. Flüchtlingshilfeorganisationen wie Pro Asyl und amnesty international wehren sich dagegen, Arbeitskräfteanwerbung mit dem Flüchtlingsrecht zu vermischen, und fordern in diesem Zusammenhang, das Arbeitsverbot für Asylsuchende aufzuheben.

Kein Ende der Ausgrenzung

Grundsätzliche Fragestellungen, in denen Flucht und Migration als globale Erscheinungen thematisiert und in denen Ursachen und Hintergründe untersucht werden, tauchen in dieser Debatte überhaupt nicht auf.

Migrationspolitische Ansätze, in denen das sich ständig vergrößernde, für den Norden so vorteilhafte Reichtumsgefälle und die schuldhafte Verstrickung der mächtigen NATO-Staaten in ökologische und kriegerische Zerstörungen in den Blick geraten, finden kein Gehör. Die Diskussion um politische Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten wird systematisch ausgeblendet. Regieren wird einmal mehr reduziert auf die Verwaltung dem Anschein nach unabänderlicher ökonomischer "Sachzwänge". Parteipolitische Differenzen erschöpfen sich im Streit um die effizientere Bewältigung derselben. Die Macht, zu bestimmen, wer denn nun nach Deutschland kommen darf, wer angeworben werden soll, liegt allein beim aufnehmenden Staat und den Wirtschaftsverbänden. Die Interessen der potenziellen Herkunftsländer werden in der Debatte nicht berücksichtigt. Dies betrifft beispielsweise die erheblichen Ausbildungskosten bei den aktuell zur Diskussion stehenden IT-Spezialisten, die in den zumeist wirtschaftlich armen Herkunftsländern anfallen, während Arbeitskraft und Wissen der ArbeitsmigrantInnen in den reichen Ländern verwertet werden.

Zuwanderung wird also fast ausschließlich unter Gesichtspunkten des Nutzens und der Wirksamkeit für die deutsche Wirtschaft thematisiert. In diesem Zusammenhang scheint es selbstverständlich zu sein, dass Menschen ausschließlich zu Gunsten und zur Verfügung der Wirtschaft und deren Entwicklung da zu sein und dementsprechend zu funktionieren haben. Selbst die Erkenntnis aus der Zeit der Anwerbung von ArbeitsmigrantInnen in den 60ern und frühen 70ern, auch heute immer noch euphemistisch "Gastarbeiter" genannt, die sich in dem Satz ausdrückte: "Es wurden Arbeitskräfte gerufen, es kamen - Menschen", scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Die ArbeitsmigrantInnen selbst, d.h. die angeworbenen Menschen mit ihren sozialen und kulturellen Bedürfnissen tauchen in dieser Debatte nicht auf. Sie werden reduziert auf eine von der ökonomischen Entwicklung in Deutschland abhängige Variable, zyklisch angeheuert und gefeuert, reduziert auf eine disponible Verfügungsmasse zum Nutzen der deutschen Wirtschaft oder, was neoliberal auf dasselbe hinausläuft, zum Nutzen der gemeinwohligen nationalen Interessen.

An den einseitigen nationalen Wirtschaftsinteressen orientieren sich die rechtlichen Bedingungen, unter denen Arbeitskräfte angeworben werden und unter denen sie in Deutschland zu arbeiten haben. Die nach Herkunftskriterien erfolgende, weitere Ausdifferenzierung arbeits- und sozialrechtlicher Standards am gleichen Arbeitsplatz erhöht den Druck auf gewerkschaftlich erkämpfte Rechte, auf kulturell verfestigte Arbeitsmuster und erleichtert deren Aushöhlung. Die rechtliche Unsicherheit, in der sich die angeworbenen ArbeitsmigrantInnen bewegen, setzt sich fort in der Rechtlosigkeit illegalisierter MigrantInnen, die feudalen Abhängigkeits- und frühkapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen unterworfen sind. Diese Rechtlosigkeit der Illegalisierten und die Aufweichung rechtlicher Standards fördern institutionelle Diskriminierung und alltäglichen Rassismus und untergraben langfristig auch die Bedingungen eines humanen Zusammenlebens und die Rechte aller BürgerInnen. Mit der rechtlichen und sozialen Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Minderheiten (ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge, Illegale) werden Projektionsflächen geschaffen, die eine aggressive, den Minderheiten feindlich und argwöhnisch gegenüberstehende "Identitätsbildung" bei den Mehrheitsbürgern ermöglichen.

Die Intentionen der aktuellen Debatte um die Green Card stehen offensichtlich nicht im Gegensatz zu der in den letzten Jahren vorangetriebenen flüchtlings- und asylpolitischen Ausgrenzungs- und Abschottungspraxis. Die angestrebte Einwanderungsgesetzgebung ergänzt diese Politik komplementär. Mit der Grenzabschottung wird beabsichtigt, die "selbstbestimmte", unkontrollierte sogenannte Armuts- und Elendsmigration von der Festung Europa fern zu halten. Diejenigen, die die todbringenden Grenzkontrollen dennoch unter Einsatz ihres Lebens überwinden, werden in den informellen oder illegalisierten Sektor des Arbeitsmarktes gedrängt. Sie übernehmen dort die gesellschaftlich unattraktiven Arbeiten im untersten Segment der nationalen beziehungsweise europäischen Lohnhierarchie. Mit den in der Diskussion befindlichen Einwanderungsregelungen, die mit der Green Card erprobt werden, könnten entsprechend den Anforderungen der deutschen Wirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte ausgewählt und angeworben werden. Insofern gleicht ein derart gestaltetes Einwanderungsgesetz die Mängel der "totalen" Abschottung aus und ergänzt sie um ein Instrumentarium, das eine Steuerung der Arbeitskräftemigration ermöglichen soll. Die scheinbar "großzügige" Aufnahme derjenigen, "die uns nützen", legitimiert politisch gleichzeitig, gegen die weniger "nützlichen", d.h. gegen Flüchtlinge und illegale EinwanderInnen schärfer vorzugehen. Hier, in der Inszenierung der Debatte, findet die allseits hochgelobte Rede des Bundespräsidenten endlich ihren Platz.

Gleichstellung aller MigrantInnen!

Es ist begrüßenswert, dass die bornierte und alle Realitäten negierende Position, Deutschland sei kein Einwanderungsland, aufgegeben wird. Ob aber die Aufgabe der Parole bereits als kleiner, längst überfälliger Schritt aus der nationalistisch verengten Standortgemeinschaftsecke heraus ins vielbeschworene Weltoffene gewertet werden kann, ist fraglich. Gegen jegliche Versuche, die Zuwanderung von Arbeitskräften mit der Aufnahme von vor Verfolgung Schutz Suchenden zu vermischen und zu verrechnen und den humanitären und menschenrechtlich verpflichtenden Flüchtlingsschutz mit der Anwerbung von ArbeitsmigrantInnen zu verknüpfen, ist eindeutig Position zu beziehen. Das Flüchtlingsrecht formuliert einen international garantierten Rechtsanspruch, den Menschen in Anspruch nehmen können, die sich subjektiv verfolgt fühlen. Dieser ist in völkerrechtlich verbindlichen Konventionen festgeschrieben, die auch zum Teil wie die Genfer Flüchtlingskonvention von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden sind. Darüber hinaus ist der Flüchtlingsschutz aus humanitären und menschenrechtlichen Normen geboten. Er hat mit der ökonomisch begründeten Zuwanderungsdebatte nichts gemein.

Es reicht jedoch nicht, nur in dieser politisch und medial vorstrukturierten Polarisierung, Flüchtlingsschutz versus Einwanderung, eindeutig Position zu beziehen. Es wird auch darum gehen müssen, die Menschen stets ausgrenzenden, ausschließenden und diskriminierenden Prämissen in den vermeintlich fortschrittlicheren Positionen zu skandalisieren. Niemand darf sich mit einem Einwanderungsgesetz, das mit Quoten für sogenannte humanitäre Härtefälle versehen wird, als dem angeblich kleineren Übel zufrieden geben. Die dem inszenierten Zuwanderungsdiskurs zu Grunde liegenden diskriminierenden und rassistischen Ausschlussmechanismen müssen herausgearbeitet und ins Zentrum politisch menschenrechtlicher Kritik gestellt werden.

Jedes denkbare Einwanderungsgesetz normiert ausschließende Kriterien und Quoten, die im Interesse der deutschen Wirtschaft ZuwanderInnen diskriminieren. Solche Kriterien und Quoten erlauben es den Behörden, eine rassistisch begründete Auswahl zu treffen. Werden für die angeworbenen ArbeitsmigrantInnen andere rechtliche und soziale Bedingungen als für die einheimische Bevölkerung gesetzt, werden Menschen minderen Werts und Rechts geschaffen. Sie wären prädestiniert, Ziele und Opfer eines alltäglichen Rassismus zu werden, der aus dem institutionellen erwächst.

Die Forderung nach rechtlicher und sozialer Gleichstellung von EinwanderInnen dient aber nicht allein dem Schutz von Flüchtlingen und MigrantInnen. Sie dient zugleich dem politischen Bestreben, die Verfassungen der Einwanderungsgesellschaften menschenrechtsgemäß und radikaldemokratisch zu gestalten. Gegen die vorherrschende Tendenz, Gesellschaft und Menschen den Verwertungsbedingungen des asozialen Kapitals und den Rationalitätskriterien kapitalistischer Produktion zu unterwerfen, muss der universelle Geltungsanspruch der Menschenrechte gesetzt werden. Die unveräußerlichen Menschenrechte stehen jedem Menschen qua Existenz zu. Sie sind nicht gebunden an einen privilegierten StaatsbürgerInnenstatus. Die Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung muß sich an einem solchen Menschenrechtsverständnis orientieren. Darüber hinaus können Flucht und Migration nicht allein im Kontext nationalstaatlich bornierter Interessen diskutiert werden. In einer Zeit, in der der Begriff Globalisierung fast schon zum Allgemeinplatz geworden ist, darf gerade das Thema Migration nicht nationalstaatlich beschränkt behandelt werden. Die weltweite strukturelle Ungleichheit in den Lebensbedingungen gehört zu den zentralen Ursachen, die Migration auslösen. Das zunehmende Reichtumsgefälle, das nicht zuletzt durch die kapitalistische Expansion westeuropäischer Staaten verursacht wird, wirkt Gleichheit und Freiheit des je besonderen einzelnen, wie sie in den Menschenrechten vorausgesetzt und deklariert werden, fundamental entgegen und muss zum zentralen Thema werden. Erst wenn hier Änderungen gelingen, können die Ursachen von Armutsmigration und Flucht außer Kraft gesetzt werden. Die Perspektive muss darauf gerichtet sein, weltweite strukturelle Ungleichheit zu beseitigen und international eine Umverteilung der ungleichen Lebenschancen zu erkämpfen.

Wenn eine solche Umorientierung nicht erfolgt, wird sich die metropolitane Migrationspolitik immer mehr auf Ausgrenzung und Kontrolle beschränken, deren Folgen, demokratisch und bürgerrechtlich gesehen, kaum absehbar sind.

Ob sich eine menschenrechtlich begründete Kritik am ökonomischen Primat der Zuwanderungsdebatte wird durchsetzen können, wird hängt davon ab, inwieweit es gelingt, mit menschenrechtlichen Positionen der Entrechtlichung von ArbeitsmigrantInnen entgegenzutreten und mit diesen gemeinsam die Einhaltung sozialer Mindeststandards zu erzwingen. Der Erfolg wird auch davon abhängen, wieweit es gelingt, der weiteren

Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung von Flüchtlingen und der Entrechtung der Illegalisierten entgegenzutreten und mit ihnen zusammen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht durchzusetzen.

Zwei Seiten einer Medaille

Ohne praktische Bezugspunkte läuft alle berechtigte Kritik an der Einwanderungsdebatte Gefahr, sich im regierungsamtlich inszenierten Diskurs zu verfangen und selbst noch in der Kritik legitimatorisch funktionalisiert zu werden.

Harald Glöde ist Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM). Seit Dezember 1999 sitzt Harald in U-Haft wegen des "Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ‚Revolutionäre Zellen´" (§ 129a StGB), der sich allein auf Aussagen des "Kronzeugen" Tarek Mousli stützt. (vgl. Artikel in dieser Ausgabe) Der Artikel erschien zuerst im Jahrbuch 1999/2000 des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Köln 2000.

11. "Jugendgewalt" und "Szenekrieg". Die rechte Szene in Magdeburg hat sich weiter gefestigt

Vier Jahre nach dem Mord an Frank Böttcher hat sich die rechte Szene in Magdeburg weiter gefestigt

Autor: Christian Grünert · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:24

In der Nacht zum 9. Februar 1997 töteten Jugendliche aus der rechten Szene den Punk Frank Böttcher im Magdeburger Neubaugebiet Neu-Olvenstedt durch Tritte und Messerstiche. Böttcher war auf dem Weg in das städtische Krankenhaus gewesen, um sich eine Handverletzung behandeln zu lassen. An der Endhaltestelle in Olvenstedt wurde er von Skinheads zunächst angepöbelt, dann geschlagen und getötet.

Als wenige Tage nach der Tat Freunde des Opfers und Jugendliche aus der alternativen Szene öffentlich auf den Mord und seine Umstände aufmerksam machten, sprachen Teile der Medien und Vertreter der Stadt von einem "Szenekrieg". Sie leugneten den politischen Hintergrund der Tat. Statt dessen war allgemein von "Jugendgewalt" und von "rivalisierenden Jugendbanden" die Rede. Damit wurde die Tatsache ausgeblendet, dass es in Magdeburg seit langem eine militante rechte Szene gibt. Deren Straßenterror bzw. die latente Bedrohung durch rechtsextreme Jugendliche führte dazu, dass einige Gegenden Magdeburgs zu "no go areas" für Ausländer, Linke und alternative Jugendliche wurden.

Seit 1997 hat sich ein Teil der rechtsextremen Szene politisch und organisatorisch gefestigt. Aus den eher diffusen subkulturell agierenden Skinheadgruppen sind personelle Zusammenschlüsse in Form einer Kameradschaft entstanden. Diese Gruppe firmiert unter dem Namen "Nationaler Widerstand". Sie kooperiert mit der NPD vor Ort und versucht, auf die rechtsorientierten Jugendlichen in Berufsschulen und Jugendclubs Einfluss zu nehmen.

Die von der Öffentlichkeit forcierte Entpolitisierung des Todes von Böttcher schlug sich auch in der Statistik der rechtsextremen Straftaten nieder. So erklärten die Innenministerien von Bund und dem Land Sachsen-Anhalt, der Mord an Böttcher habe keinen rechtsextremen Hintergrund. Diese Wertung hatten Antifaschisten, Bürgergruppen und die PDS im Landtag immer wieder scharf kritisiert. Auch die gemeinsame Recherche der Frankfurter Rundschau und des Tagesspiegel über die Opfer rechter Gewalt vom Sommer 2000 bewertet den Mord an Böttcher als rechtsextreme Straftat.

Auch als das Thema aus der Öffentlichkeit verschwand, hatten die Angehörigen und Freunde Böttchers keine Ruhe. Mehrfach war der Bruder Böttchers von Neonazis verbal mit dem Tode bedroht und tätlich angegriffen worden. Das Grab Böttchers wurde mit brauner Farbe übergossen. Eine von jungen Antifaschisten und Bürgern gespendete Gedenktafel an der Todesstelle wurde erst geschändet, dann gestohlen. Seitdem fehlt sie. Das "Bündnis gegen Rechts" bemüht sich um eine neue Gedenkplatte.

Der Umgang von Stadtverwaltung und Oberbürgermeister mit dem Thema Rechtsextremismus war in der Vergangenheit vor allem von Verschweigen und Verleugnen gekennzeichnet. Dabei war Böttcher keineswegs das erste Todesopfer rechter Gewalt in Magdeburg. Im Frühjahr 1992 überfielen neonazistische Skinheads aus Magdeburg und Wolfsburg eine Geburtstagsparty von Punks in der Ausflugsgaststätte "Elbterrassen". Dabei kam der Punk Torsten Lamprecht zu Tode. In den Jahren danach kam es immer wieder zu schweren rechtsextrem motivierten Übergriffen auf Ausländer und alternative Jugendliche. Noch heute denken Ausländer der Stadt Magdeburg mit Schrecken an die rassistische Hetzjagd an Himmelfahrt ("Vatertag") 1994 zurück.

Nach jedem Übergriff vermied die Stadt einen öffentlichen Diskurs. Vielmehr bemühte sie sich um "Schadensbegrenzung", um Investoren nicht abzuschrecken. In Folge des Antifa-Sommers 2000 ist jedoch auch die Stadtverwaltung umgeschwenkt. Nachdem man jahrelang die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Erscheinungsformen von Neonazismus und Rassismus einigen Jugendlichen überließ und diese als kriminell verleumdete, will sich die Stadt nun in das Bündnis gegen Rechts einbringen. Ob sich dahinter mehr als Opportunismus verbirgt, wird sich u.a. an den Reaktionen zu Böttchers Todestag zeigen. An diesem Tag wollen Antifaschisten am Grab Böttchers gedenken und in einer Veranstaltung an ihn und die anderen Opfer rechter Gewalt erinnern.

Christian Grünert

Der Zusammenschluss Magdeburger antifaschistischer Initiativen ruft auf zur Gedenkdemonstration "Wandelt Wut und Trauer in Widerstand" am 10. Februar in Magdeburg, um 14 Uhr am Bahnhofsvorplatz

12. Risse in den Festungsmauern. EU-Kommission will Asyl- und Migrationspolitik modernisieren

Autor: Mark Holzberger · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:34

Dass Europa Festungsmauern um sich herum errichtet hat, um sich auch mit quasi-militärischen Mitteln gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen abzuschotten, wird seit Jahren von Flüchtlingsorganisationen kritisiert. Politische Prozesse, wie z. B. die Harmonisierung der europäischen Asyl- und Migrationspolitik, verlaufen allerdings nicht eindimensional. Immer wieder kommt es zu Brüchen, auf die sich die Linke beziehen sollte. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Vorschläge der EU-Kommission zur künftigen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union.

Die von dem portugiesischen Sozialdemokraten Antonio Vitorino, dem neuen EU-Kommissar für Justiz und Inneres, vorgelegten flüchtlings- und migrationspolitischen Vorschläge zeugen von einem neuen Politikansatz, die eine Abkehr von den bisherigen restriktiven Asyl- und Einwanderungskonzepten der EU bedeuten.

In ihrer Asyl-Mitteilung vom November letzten Jahres bekräftigt die Kommission "die unbedingte Achtung des Rechts auf Asyl" und die "uneingeschränkte und allumfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK)". Dass in Europa neben der GFK andere völkerrechtliche und (wie im bundesdeutschen Grundgesetz) auch nationale Schutzinstrumente für Flüchtlinge bestehen, wird von der Kommission nicht als eine Belastung, sondern - im Gegenteil - als eine Bereicherung angesehen: ein Beleg dafür, dass das deutsche Asylgrundrecht die Harmonisierung der europäischen Flüchtlingspolitik keineswegs behindert.

Zwei weitere Punkte sind an den asylpolitischen Vorschlägen der EU-Kommission begrüßenswert: Zum einen die Idee eines einheitlichen Flüchtlingsbegriffes. Demnach sollen Personen, deren Asylantrag zwar abgelehnt wurde, die aber nicht abgeschoben werden können und die deswegen eines anderweitigen (subsidiären) Schutzes bedürfen, möglichst denselben Schutzstatus nach der GFK erhalten wie Asylberechtigte während und nach dem Abschluss eines Asylverfahrens. Zum anderen beinhalten die Kommissions-Vorschläge über Mindestgarantien im Asylverfahren, dass jeder in der EU gestellte Asylantrag zumindest einmal durch ein Gericht sowohl in rechtlicher als auch in tatsächlicher Hinsicht geprüft werden muss - auch dies verträgt sich nicht mit der Idee, das Asylgrundrecht durch eine institutionelle Garantie, also durch einen staatlichen Gnadenakt zu ersetzen.

Widersprüchliche Rolle des EU-Rat

Zeitgleich mit ihren asylpolitischen Eckpunkten legte die EU-Kommission dem EU-Rat sowie dem Europaparlament eine Mitteilung über eine künftige Migrationspolitik der Gemeinschaft vor. Wenn die Kommission formuliert, dass die "Politiken der Nullzuwanderung, die das Denken in den letzten 30 Jahren dominierten, nicht mehr in den (heutigen) wirtschaftlichen und demographischen Kontext passen", begibt sie sich damit in einen latenten Widerspruch zum EU-Rat, der nach wie vor der Perfektionierung der Festung Europa absolute Priorität einräumt.

Ähnlich wie die Grünen in ihrem AutorInnen-Papier zu einer neuen Einwanderungspolitik hat die Kommission ebenfalls ein Drei-Säulen-Modell für ihre Einwanderungspolitik entwickelt. Die Kommission unterscheidet nämlich auch wie die Grünen zwischen Einwanderung aus humanitären Gründen, als Anspruch auf Familienzusammenführung sowie aus wirtschaftlichen Gründen.

Sicherlich, der Kommission geht es dabei darum, möglichst rasch und wirkungsvoll auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes reagieren zu können. Zielgruppe dieser Migrationspolitik sollen nicht nur SpezialistInnen sein, ausdrücklich wird auch die Einwanderung von unqualifizierten MigrantInnen befürwortet. Starre Einwanderungsquoten seien - so die Kommission - für derart flexible Aufnahmeregelungen ungeeignet. Insofern sollten die Aufnahmequoten in einem öffentlichen Verfahren festgelegt werden, an dem alle an der Migration beteiligten gesellschaftlichen Gruppen mitwirken.

Die Kommission räumt desweiteren der Frage der Integration einen zentralen Stellenwert ein. Nach Auffassung der Kommission müssten sich die Mitgliedstaaten erst noch "zu wirklich aufnahmebereiten Gesellschaften entwickeln". Im Kontext ihrer migrationspolitischen Vorschläge regt die Kommission deshalb

an, "denjenigen, die auf Dauer bleiben wollen und bestimmte Kriterien erfüllen", auch die Möglichkeit eines dauerhaften Aufenthaltstatus zu eröffnen. In Bezug auf die Integration von Flüchtlingen fordert die Kommission die Vereinheitlichung ihrer sozialen und rechtlichen Lebensbedingungen. Dies betrifft Fragen des Zugangs zum Arbeitsmarkt, zur Bildung und zur Gesundheitsvorsorge sowie den Anspruch auf Familienzusammenführung, aber auch die Niederlassungsfreiheit innerhalb der EU.

Die Mitgliedsländer - so die Kommission - müssten anerkennen, "dass Integration ein zweiseitiger Prozess ist". Die EU sei "ihrem Wesen nach eine pluralistische Gesellschaft", die auf der Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde basiert. Dies stelle auf der einen Seite Anforderungen an die einwandernden Menschen, auf der anderen Seite ergäben sich daraus für sie aber auch das Recht auf Gleichbehandlung und auf Nicht-Diskriminierung. Art. 13 EGV, daran erinnert die Kommission, gilt für alle Menschen, die rechtmäßig in der EU leben - also auch für Flüchtlinge und MigrantInnen. Diesen Menschen ohne EU-Pass sollte, so regt es die Kommission an, nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer "eine an die Grundrechtscharta der EU angelehnte Form der zivilen Staatsbürgerschaft" angeboten werden.

EU-Kommission auf grünen Wegen

Angesichts dieser Vorschläge der Kommission darf aber nicht vergessen werden, dass diese Vorstellungen innerhalb des EU-Rates - und nicht zuletzt in der rot-grünen Bundesregierung - umstritten sind.

Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass ausgerechnet der EU-Rat auf seinem Sondergipfel im finnischen Tampere im Oktober 1999 sich dazu bekannte, dass die GFK dem geplanten künftigen europäischen Asylsystem "allumfassend und uneingeschränkt" zugrunde gelegt werden soll. Ein Jahr später, im Dezember 2000, wurde auf dem EU-Gipfel in Nizza mit der Proklamation der Grundrechtscharta der EU diese Position erneut bestätigt. In Art. 18 heißt es, dass die EU auch weiterhin Asyl "nach Maßgabe der GFK" gewährleisten wird. Beides sind klare Absagen an die Idee einer institutionellen Garantie im Asylrecht.

Erst kürzlich hat die FAZ die Probleme, die dadurch für das Bundesinnenministerium (BMI) entstanden, treffend beschrieben: "In Deutschland hatte man jahrelang erwartet, dass die europäischen Regelungen restriktiver ausfallen würden als das geltende deutsche Grundrecht auf Asyl. Seit der Vorlage zweier wichtiger EU-Richtlinien-Vorschläge haben sich die Erwartungen in Befürchtungen (sic!) verkehrt." (FAZ, 15.12.2000) Kein Wunder, dass insbesondere das Haus von Schily munter an den europäischen Festungsgrenzen weitermauert.

Dies zeigte sich u.a. in Fragen der Familienzusammenführung. So hatte die Kommission vorgeschlagen, dass auch Flüchtlinge das Recht haben sollten, zusammen mit ihren Familien zu leben. Der zugrunde gelegte Familienbegriff umfasst dabei auch nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Ohne Absprache innerhalb der Koalition und anhand völlig inadäquater Zahlen lehnte Schily den Kommissions-Vorschlag ab, weil dann angeblich Hunderttausende neuer Familienmitglieder in die EU nachziehen würden.

Auch schoss Schily bei den Bemühungen des Rates quer, soziale und rechtliche Mindestbedingungen für die Aufnahme von AsylbewerberInnen in den Mitgliedstaaten auszuarbeiten. Hier wollte das BMI unbedingt an der Residenzpflicht für Flüchtlinge festhalten. Dabei hat die EU erst vor wenigen Wochen - bei Zustimmung des UNHCR, aber unter Maulen von Schily - die Gründung eines Europäischen Flüchtlingsfonds beschlossen. Ziel hierbei ist, Gelder für die Unterstützung von Flüchtlingen zwischen den EU-Staaten zu verteilen - und eben nicht die Asylsuchenden, womit die Residenzpflicht aus EU-Sicht obsolet wäre.

Offensichtlich herrscht in der EU in Fragen der künftigen Asyl- und Migrationspolitik kein einhelliger Konsens mehr. Gleichzeitig mahnt das Vorgehen des EU-Rates, nicht in Euphorie zu verfallen. Dennoch ist in diesen Fragen innerhalb der EU von einem Dualismus auszugehen, der genügend Ansatzpunkte für linkes Eingreifen bietet. Die Dynamik, die von den Kommissions-Vorschlägen ausgeht, sollte nicht ungenutzt bleiben.

Mark Holzberger

13. "Durchlauferhitzer für die gewalttätige Neonaziszene." Auszüge aus der Bundestagsrede von Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen)

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:26

Auszüge aus der Rede von Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen) in der Bundestagsdebatte zum NPD-Verbot am 8. Dezember 2000.

Der Verbotsantrag gegen die NPD ist ein notwendiger Schritt, den wir heute auch als Parlament tun sollten. Ich kann die Kritik der F.D.P. daran überhaupt nicht nachvollziehen. Sicher lassen sich Meinungen nicht verbieten, das ist richtig. Über Meinungen und Einstellungen müssen wir uns auseinander setzen. Aber bei Aufstachelung zu Antisemitismus, zu Rassismus, zu Hass und Gewalt endet die Meinungsfreiheit und beginnt das Verbrechen.

Das geht doch aus dem über 500-seitigen Material, das uns allen vorliegt, deutlich hervor. Die NPD nutzt die Privilegien und den Schutz des Parteiengesetzes für eine intensive Förderung und die Zusammenarbeit mit der offen gewalttätigen Neonaziszene. Viele Neonazis aus verbotenen Organisationen haben in der Partei ein neues Betätigungsfeld gefunden und betrachten sie als Ersatzorganisation. Weder für mich noch für viele andere Bürgerinnen und Bürger, die wir ja zu Engagement und Zivilcourage aufgerufen haben, ist es nachvollziehbar, dass über die Parteienfinanzierung Millionenbeträge in rassistische, antisemitische und neonazistische Propaganda fließen.

Natürlich, Herr Westerwelle, haben wir in der Bundesrepublik Gesetze gegen Mord und Totschlag, gegen Überfälle und rassistische Angriffe und Pöbeleien. Auch ich wünsche mir, dass sie von Polizei und Justiz flächendeckend entsprechend angewendet werden. Ich wünsche mir Prozesse, wie sie in Dessau geführt worden sind, und nicht entwürdigende, lange Verfahren wie zum Beispiel in Guben.

Aber das Strafrecht allein hier als Mittel gegen rechtsextreme Gewalt ins Feld zu führen, das heißt, die fatale Wirkung einer offen auftretenden Organisation mit menschenverachtender Demagogie und rassistischer Praxis zu unterschätzen, die, wenn sie denn offen auftreten kann, anscheinend - das ist ja genau die Wirkung - auch von den anderen Parteien als Teil der Normalität akzeptiert wird. Die NPD ist ein Schutzschild für nationalsozialistische Gewalttäter und in diesem Bereich macht sie auch ihre Angebote. Sie tritt offen auf und spricht gerade Jugendliche an, die eben dadurch an Nazigewalt heran geführt werden.

Das Argument, die NPD-Mitglieder könnten in den Untergrund abtauchen, das ja immer wieder vorgebracht wird, verkennt die Realität, dass die Partei schon immer eine Funktion als Durchlauferhitzer für die gewalttätige Neonaziszene hatte - bis hin zu Wehrsportgruppen und terroristischen Ansätzen. Rechtsextreme, die einst in die offen und öffentlich auftretende NPD eingetreten sind, haben sich offenbar dort radikalisiert und Kontakte zu entsprechenden Kreisen gefunden.

Die Gründe für ein Verbot der NPD sind in dem vorliegenden Material hinreichend dargelegt und untermauert. Daher verstehe ich überhaupt nicht, warum sich die CDU/CSU-Fraktion nicht in der Lage sieht - Herr Zeitlmann, verzeihen Sie mir, aber da finde ich Ihre Argumentation doch wirklich verworren -, das, was vorliegt, auch zu bewerten und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Ich verstehe Sie auch deshalb nicht, weil ein eigener Antrag des Bundestages schließlich auch da die Möglichkeit von Ergänzungen bietet, wo die spezifische Sicht der Verfassungsschutzämter Lücken gelassen hat. So ist in dem Material zwar das theoretische Konzept der "national befreiten Zonen" zur Kenntnis genommen worden, nicht aber die praktische Umsetzung. Dafür müsste zugegeben werden, dass es solche Angsträume in der Realität unserer Republik auch wirklich gibt, in denen sich Menschen mit anderer Hautfarbe, Obdachlose, Homosexuelle, alternative Jugendliche oder Menschen jüdischen Glaubens nicht mehr frei bewegen können. Mit dieser Erkenntnis tun sich die zuständigen Behörden oft schwer.

14. "Legaler Arm"der braunen Gewalt. Die NPD und das Konzept der "national befreiten Zonen"

Autor: Helmut Schröder, Simon Yehudi · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:25

Anfang 2001 soll die Klage gegen die NPD beim Verfassungsgericht eingereicht werden. Damit hat die monatelange Diskussion um den Verbotsantrag gegen die NPD ihren vorläufigen Abschluss gefunden. Das Material der Bundesregierung zum Nachweis der Verfassungswidrigkeit der NPD weist jedoch immer noch eine große Leerstelle auf: die Rolle der NPD für den rechten Terror.

Mit ihren Anti-Antifa-Strukturen, die für die Verfolgung und Vernichtung politischer Gegner werben, ihrer Verherrlichung des Nationalsozialismus (Parolen wie "Ruhm und Ehre der Waffen-SS"), ihrem aggressiven und uniformierten Auftreten in der Öffentlichkeit, ihrem Eintreten für einen völkisch-autoritären Staat und dem Konzept so genannter "national befreiter Zonen", die jeden anders Denkenden und alle MigrantInnen und Flüchtlinge aus diesen "Zonen" vertreiben wollen, erweist sich die NPD als eine gefährliche neonazistische Kraft.

Ihre organisatorische Potenz reicht deutlich über die offiziell genannten 6.000 Mitglieder hinaus, ihre Verbindungen und ihre Zusammenarbeit mit gewalttätigen Skinheads und "Kameradschaften", die sie mit ihren Parteistrukturen deckt, für die sie Aufmärsche anmeldet und die sie auf andere Weise fördert, machen sie zu einer ernst zu nehmenden Gefahr.

Diese Erkenntnisse haben sowohl die bisherigen Bundesregierungen als auch die jetzige lange verharmlost und bagatellisiert. Selbst der Verfassungsschutz hat offiziell erst in jüngster Zeit das besonders aggressive und verfassungsfeindliche Agieren der NPD zur Kenntnis genommen, in seinen jährlichen Berichten sucht man dies vergebens.

Keimzellen einer neofaschistischen Ordnung

In der Neonazi-Szene wächst nach Einschätzung des Verfassungsschutzes die Terror-Bereitschaft. Verfassungsschutz-Chef Heinz Fromm erklärte, es gebe "Ansätze für das Entstehen terroristischer Strukturen". Der Verfassungsschutz wisse von "Neonazis, die sich auf den bewaffneten Kampf vorbereiten". Ausdrücklich betonte er, dass die NPD und die Jungen Nationaldemokraten (JN - laut Satzung "integraler Bestandteil" der Mutterpartei) eine "Nahtstelle zum gewaltbereiten Spektrum" geworden seien. (dpa, 9.6.2000)

Seitdem Udo Voigt im März 1996 den NPD-Bundesvorsitz übernahm, ist es der Partei jedoch gelungen, das Image einer Altherrenpartei abzustreifen. Sie versteht sich heute als "Speerspitze des Nationalen Widerstandes". Ihr seit 1997 bestehendes "Drei-Säulen-Konzept" sieht neben dem "Kampf um die Köpfe" und dem "Kampf um die Parlamente" ausdrücklich auch den "Kampf um die Straße" vor. Unter der Führung von Voigt hat sich die NPD zu einer aktionsorientierten Partei entwickelt. Alleine 1999 wurden von NPD/JN ca. 60 Demonstrationen angemeldet. (Focus, 33/2000) Diese Demonstrationen stellen zugleich den organisatorischen Rahmen dar für die Aufmärsche von Skinheads und so genannten Freien Nationalisten, die vielfach verbotenen Neonazi-Gruppierungen entstammen. Freie Nationalisten, die bundesweit in ca. 150 Freien Kameradschaften organisiert sind, und Skins bilden ein erhebliches Rekrutierungs- und Mobilisierungspotenzial von NPD/JN. Von ihnen geht eine latente Gewaltbereitschaft aus.

Die NPD sieht im Konzept der so genannten " national befreiten Zonen" für sich die Möglichkeit, hier und heute zusammen mit den Freien Kameradschaften die Keimzellen einer neofaschistischen Ordnung zu entwickeln. In den neuen Bundesländern kann sie dabei - zusammen mit anderen Gruppierungen - beträchtliche Erfolge verzeichnen. Schon seit geraumer Zeit gibt es in der öffentlichen Debatte sowie in den Medien und aus Kreisen der Wissenschaft Angaben zum Aufbau dieser Angstzonen, von denen bereits 1998 etwa 30 existierten.

Bereits 1991 schrieb ein gewisser Thomas Hetzer in der Zeitschrift Vorderste Front des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) zum Konzept der "national befreiten Zonen", dass es um die "Etablierung einer Gegenmacht" gehe. Gefordert wird die Errichtung einer "Gegenmacht von unten", die aus autonomen Freiräumen für die rechtsextreme Szene und einer Verdrängung der staatlichen Macht erwachsen

solle: "Wir betrachten die befreiten Zonen aus militanter Sicht, also aus der Sicht des politischen Aktivisten. Es geht keinesfalls darum, eigenständige staatliche Gebilde oder ähnlichen Unsinn ins Leben zu rufen. Nein, befreite Zonen bedeutet für uns zweierlei. Einmal ist es die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern."

Weiter heißt es: "Aus militanter Sicht befinden wir uns dann in einer befreiten Zone, wenn wir nicht nur ungestört demonstrieren und Info-Stände abhalten können, sondern die Konterrevolutionäre dies genau nicht tun können." In diesem Artikel wurde also ein programmatischer neofaschistischer Gegenentwurf zur bestehenden Gesellschaftsordnung entwickelt: "National befreit" muss in diesem Zusammenhang wie folgt verstanden werden: ausländerfrei, judenfrei, frei von jeder Form der Demokratie, der Gewerkschaften usw. Es ist dies vor allem ein Konzept der politischen Gewalt und der Einschüchterung, die sich gegen den politischen Gegner und missliebige Personen richtet; und es ist ein Konzept, das einer arisch-völkischen Subkultur zur Dominanz verhelfen will.

In der Folge hat die NPD diese Ideen immer wieder propagiert. So schwadronierte der österreichische Neonazi Christian Rogler, bis zu Ausgabe 4/2000 Redaktionsmitglied der NPD-Postille Deutsche Stimme (DS) unter dem Titel "Couragierte Gegenmacht. Die Eroberung kultureller Freiräume ist Aufgabe und Ziel nationalistischer Politik" in der Oktober-Ausgabe des Jahres 1999 der DS: "Die Schaffung und Bewährung ‚befreiter Zonen` ist und bleibt der erste Schritt zur Schaffung eines befreiten Landes. Von der Geschichte der Arbeiterbewegung über jene der IRA über die baskische Gegenkultur und die politisch-kulturelle Alltagsarbeit italienischer und französischer Nonkonformisten bis hin zu strukturellen Erfahrungen der Linken in der Zeit der 68er-Revolte und der ‚Notstandsgesetze` gibt es (...) genügend Denkanstöße, die im Hinblick auf die Schaffung befreiter Zone zur Reflexion einladen. Innerhalb der herrschenden Systembedingungen vermag die Vertrauensbildung innerhalb der Alltagskultur jedenfalls für die nationale Bewegung mittel- bis langfristig wesentlich mehr auszurichten als vereinzelte systemkonform-rechte Protest-Sternschnuppen an der Wahlurne."

VS schaut nach dem Rechten

Auf der Ebene des Bundes war die Existenz "national befreiter Zonen" zumindest schon 1997 bekannt. Bei der Vorstellung ihres Jahresberichtes erwähnte die damalige Beauftragte für Ausländerangelegenheiten der Bundesregierung, Schmalz-Jacobsen, dass es ihrer Kenntnis nach mindestens 25 "no-go-areas" gebe. In einer Presseerklärung teilte sie mit: "Es gibt heute, hauptsächlich in den neuen Ländern, Stadtteile und Gegenden, die von Rechtsradikalen triumphierend als ‚national befreite Zonen` bezeichnet werden. Ausländischen Einwohnern und Gästen wird empfohlen, zumindest nach Einbruch der Dunkelheit nur noch in Begleitung oder gar nicht mehr aus dem Haus zu gehen." (Pressemitteilung, 10.12.1997)

Nur das Bundesministerium des Innern hat diese Entwicklung völlig verschlafen. In den Verfassungsschutzberichten wurden die theoretischen Debatten und vor allem die praktischen Auswirkungen lange Jahre nicht dargestellt. Erstmals fand die Theorie der "befreiten Zonen" 1999 Erwähnung im VS-Bericht. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (VS) schrieb, die "national befreiten Zonen" würden in den Medien mit der Studentenorganisation der NPD in Verbindung gebracht. "Eine systematische Umsetzung des Strategiepapiers" konnte der VS "bislang" nicht feststellen. "Ein Grund hierfür dürfte die Tatsache sein, dass es in den unstrukturierten gewaltbereiten Szenen keine Führungspersönlichkeiten gibt." (VS-Bericht 1999)

Angesichts dessen überrascht es nicht, dass die Bundesregierung keine Maßnahmen - beispielsweise koordiniert über die Innenministerkonferenz (IMK) - gegen diese neofaschistische Strategie entwickelt hat. Und es verwundert auch nicht, dass in das Material der Bundesregierung zum NPD-Verbot keine Darstellung des gewalttätigen rechten Terrors eingeflossen ist.

Helmut Schröder, Simon Yehudi

15. Operation "Zurück zum Leben". Bericht über die Erstürmung der Gefängnisse in der Türkei

Bericht des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes über die Erstürmung der Gefängnisse in der Türkei

Autor: Marianne Roth · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:17

Bericht des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes

über die Erstürmung der Gefängnisse in der Türkei

Vom 21. bis 28. Dezember hielten sich Therese Jäggin und Marianne Roth vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) in Istanbul auf. Sie führten Gesprächen mit Rechtsanwälten, MitarbeiterInnen ihrer Partnerorganisation TOHAV und hatten die Möglichkeit mit einer Gefangenen zu sprechen, die am Tag nach der Stürmung des Gefängnisses Bayrampasa entlassen wurde und den Überfall direkt miterlebte. Wir dokumentieren den Bericht von Marianne Roth in gekürzter Form.

Unter dem Motto "Zurück zum Leben" stürmte ein Großaufgebot von Polizisten, Soldaten und Sondereinheiten der Armee und der verschiedenen Geheimdienste am 19. Dezember 20 Gefängnisse im ganzen Land. Ziel der Operation war es nach offiziellen Angaben, das Leben der Häftlinge zu retten und den seit zwei Monaten dauernden Hungerstreik von 2.000 Häftlingen gewaltsam zu brechen. Diese protestierten dagegen, in die sogenannten F-Typ-Gefängnisse verlegt zu werden. 200 der Hungerstreikenden hatten sich zum Todesfasten entschlossen, einige von ihnen waren bereits in kritischem Zustand.

Bisher waren die Gefangenen in Großzellen untergebracht, wo zwischen 20 bis 250 Personen zusammenlebten. Die Regierung bezeichnet diesen Zustand nun plötzlich als unhaltbar und brandmarkt die Großzellen als "Horte der Mafia" sowie als "ideologische Machtzentren politischer und religiöser Extremisten". Die Gefängniswärter hätten sich seit zehn Jahren nicht mehr in die Zellen hineingewagt. Dabei wird kein Unterschied gemacht zwischen politischen Gefangenen, tatsächlichen Mafiamitgliedern, denen nicht selten Kontakte zu höchsten Regierungskreisen nachgewiesen werden können, und Gefangenen, die aus religiösen Gründen in Haft sitzen. Der Hürriyet-Kolumnist Cüneyt Ülsever titelte dazu: "Der Staat hat die staatlichen Gefängnisse gerettet". Und die englischsprachige Turkish Daily News setzte die Schlagzeile: "Überfälle beseitigen die Schande in unserem Staat".

Nach offiziellen Angaben sind bei den Operationen 28 Personen ums Leben gekommen, davon zwei Polizisten, über 100 Gefangene sind bei den gewaltsamen Erstürmungen verletzt worden. Die Ordnungskräfte setzten verschiedene Gase und Schusswaffen ein. In den Gefängnissen, wo Gefangene sich in Zellen verschanzt hatten, drangen Soldaten mit schweren Baumaschinen ein, indem sie Löcher in die Gefängniswände rissen. Noch ist es nicht möglich, genaue Zahlen von Toten und Verletzten zu nennen. Menschenrechts-Organisationen rechnen jedoch mit einer höheren Zahl von Getöteten und Verletzten als der offiziell genannten. Noch immer herrscht ein Chaos, suchen verzweifelte Verwandte nach ihren Angehörigen und müssen die Namenslisten der Getöteten und Verletzten täglich korrigiert werden.

Strikte Zensur und repressives Klima

Bereits bei unserer Ankunft in Istanbul spürten wir die bedrohliche Stimmung. Der Menschenrechtsverein IHD und andere Menschenrechts- und politische Organisationen, hatten seit Beginn der Operationen täglich Demonstrationen organisiert. Sie verliefen alle nach einem ähnlichen Muster: Ein Großaufgebot von Polizisten drängte die Demonstrierenden in eine der Seitenstraßen, beschoss sie mit Gummigeschossen und spritzte sie mit kaltem Wasser ab. Nachdem ein Kälteeinbruch stattgefunden hatte und die Temperatur in den Tagen während und nach den Operationen nur knapp über Null Grad lag, eine harte Prozedur. Die Polizeikräfte waren dabei klar darauf aus, sich für die beiden getöteten Polizisten zu rächen. Sie skandierten: "Menschenrechtler und Linke raus", und "Rache, Rache, Rache". Dabei gingen sie täglich brutaler auf die Demonstrierenden los und schlugen mit Gummiknüppeln auf sie ein. Zahlreiche AktivistInnen wurden festgenommen.

Die TV-Sender sendeten stundenlange Live-Berichte zu den Operationen, die jedoch zur Hauptsache von Kameramännern der Polizei stammten, die auf den Dächern der Gefängnisse postiert waren. Es herrschte strikte Zensur. Der Justizminister, Sami Türk, warnte gar einen Moderator am Fernsehen: "Wagen Sie es nicht, die Operationen des Staates in Frage zu stellen!" Journalisten hatten zu diesem Zeitpunkt noch keinen Zutritt zu dem Gelände. Spekulationen überschlugen sich. Die Polizeiüberfälle wurden richtiggehend bejubelt und mit jedem "Sieg" gegen die sich zum Teil heftig zur Wehr setzenden Häftlinge traten die Regierungsvertreter selbstbewusster auf. Groß aufgemacht wurde ein angeblicher Telefonanruf, den die Polizei abgehört haben will. Dabei sollen die Angehörigen der verbotenen, von der Türkei als terroristisch bezeichneten, marxistisch-leninistischen Organisation DHKP/C vom Hauptquartier in Brüssel aus dirigiert worden sein. Ein fragwürdiger Tonbandmitschnitt, der aus Sicht politischer Linker auf Grund der Wortwahl eindeutig aus der Polizeiküche stamme, wollte zudem weismachen, ein "Chef" im Gefängnis habe den Gefangenen den Befehl erteilt, sich selbst in Brand zu setzen. Die Berichterstattung reichte von drei Gefangenen, die sich angezündet hätten, bis hin zu 16 Gefangenen, die sich auf Befehl von oben in lebendige Fackeln verwandelt hätten. Laut diesem Bericht stammen alle Kugeln, die die restlichen Gefangenen und zwei Soldaten getötet haben sollen, aus Waffen der Insassen, was laut Augenzeugenbericht schlicht ausgeschlossen ist. Rechtsnationalistische Revolverblätter behaupten, die Häftlinge hätten wahre Waffenlager in den Gefängnissen gehortet. Allerdings stellt ein Hürriyet-Journalist die Frage, wie die Waffen denn in die Gefängnisse kommen könnten, wenn nicht mit Unterstützung der Gefängnisse selbst.

Das Klima in der Türkei ist infolge dieser Operationen merklich repressiver geworden. Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen sowie progressive Parteien und Personen sind schockiert und ratlos ob der Härte, die sämtliche Konventionen verletzt, die der Staat gegen die Gefangenen angewendet hat. Die Gefängnisse sind faktisch im Ausnahmezustand und in den Händen der Armee.

16. "Ein netter und lieber Junge!" Nach dem Tod eines Neonazis inszeniert sich die rechte Szene als verfolgte Unschuld

Nach dem Tod eines Neonazis in Bernsdorf inszeniert sich die rechte Szene als verfolgte Unschuld

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:14

Sonnabend kurz vor 20 Uhr. Der Weihnachtsmarkt will gerade schließen. Eine Gruppe von drei Jugendlichen kommt zu einem Stand, an dem eine in Bernsdorf ansässige vietnamesische Familie Textilien verkauft. Es kommt zu einem Wortgefecht. Nach Aussagen von Polizeisprecher Peter Bergmann hätten diese keinen ausländerfeindlichen Hintergrund gehabt. Es seien vielmehr Neidgefühle gegen die Unternehmer-Familien laut geworden. Kurze Zeit später (...) besorgte sich der 15-jährige Sohn der Familie ein Küchenmesser, mit dem er (...) auf zwei Jugendliche losging. Hier stach er auf einen 21-Jährigen ein und verletzte ihn. Etwas später wurde ein 22-Jähriger, der ebenfalls zur Gruppe gehörte, verwundet gefunden. (...) Der 21-Jährige starb kurze Zeit später an den Folgen der Verletzungen. (...)

Während einige Buden am Sonntagnachmittag am Neuen Markt verwaist dastanden, sammelten sich gegen 14 Uhr etwa 120 Freunde und Bekannte der Opfer an der innerstädtischen Tankstelle. In einem Trauermarsch liefen sie anschließend zum Tatort. Mit dabei die Eheleute Snelinski. Sie beschreiben den 21-jährigen Toten als arbeitsamen, netten und lieben Jungen."

So weit die erste Meldung der Sächsischen Zeitung über den Tod des stadtbekannten Neonazis, Matthias Förster, in der sächsischen Kleinstadt Bernsdorf Mitte Dezember mit anschließender spontaner Trauerkundgebung der örtlichen rechtsextremen Szene. Was Regionalpresse und Polizei zunächst als grundlosen Amoklauf eines Ausländers ohne politischen Hintergrund hinstellen, dürfte in Wahrheit die Kurzschlussreaktion eines wütenden Jugendlichen auf die ständigen rassistischen Attacken der Bernsdorfer Rechten gewesen sein.

An jenem Samstagabend hatten etwa 20 Nazi-Skins, darunter auch der spätere Tote, den Weihnachtsmarkt heimgesucht, soffen und pöbelten andere Anwesende an, bevor sie zum Stand der vietnamesischen Familie gingen. "Wie kann sich ein Vietnamese so ein Auto leisten?" sollen die drei Betrunkenen gegrölt haben, bevor sie den Stand mit der gesamten Auslage zertrümmerten. Warum dabei kein "ausländerfeindlicher Hintergrund" erkennbar sein soll, obwohl die Bemerkung eindeutig das rassistische Motiv des betrügerischen Ausländers bedient, wird wohl ewig das Geheimnis des Bernsdorfer Polizeisprechers bleiben.

Der "nette und liebe Junge" soll den 15-jährigen Vietnamesen beim Überfall auf den Stand der Eltern auch direkt angegriffen haben. Man kannte sich in dem gerade einmal 6.000 Einwohner zählenden Städtchen südwestlich von Hoyerswerda, schließlich wurde der Vietnamese von der Bernsdorfer Mittelschule fast täglich beschimpft und bedroht. Wie hätte man also ahnen sollen, dass der "kleine Fidschi" sich dieses Mal nicht demütig mit der ihm zugedachten Opferrolle abfinden würde, sondern beschloss, es den selbst ernannten Herrenmenschen endlich einmal heimzuzahlen.

Verständnislos stehen die Bernsdorfer KommunalpolitikerInnen der Tat gegenüber. Schließlich sei gerade ihr Landkreis von rechtsextremer Gewalt bisher wenig betroffen gewesen. Eine Sichtweise, die man nur ernsthaft vertreten kann, wenn man nicht allzu genau hinsehen will und die Beschimpfungen, Gängeleien und das Mobben, das für die MigrantInnen in der Oberlausitz schon seit Jahren zum Alltag gehören, nicht als Formen von Gewalt wahrnehmen möchte. Das Internet-Gästebuch der nahe gelegenen Stadt Kamenz musste abgeschafft werden, da sich die neonazistischen Kraftsprüche überhäuften. "Bürgermeister, kümmere dich endlich um ‚Klein-Moskau` sonst schreiten wir ein", hieß es dort mit Blick auf die russischen EmigrantInnen im Neubauviertel der Stadt.

Dass die Neonazis in der Region recht gut organisiert sind, bewiesen sie eine Woche später, als sie bei der Beisetzung von Matthias Förster mit über 300 Leuten durch Bernsdorf zogen. Kränze der zahlreich

erschienenen regionalen Kameradschaften, Aufdrucke und Aufnäher mit neonazistischem Inhalt sowie die SA-Monturen vieler Teilnehmer ließen die Umstehenden an einen Nazi-Aufmarsch der 30er Jahre erinnern. Dem Evangelischen Pressedienst schien dies alles entgangen zu sein. Er berichtete lediglich über "überwiegend junge Leute". Kein Wort von der eigentlich sehr unchristlichen Gesinnung des Toten, geschweige denn vom politischen Hintergrund der Trauergemeinde.

Für diese ist der tote Skin schon jetzt ein Märtyrer. "21 wurde er nur für das deutsche Vaterland", prangt am Tatort auf dem Bürgersteig. Den Schriftzug wollen die Bernsdorfer Rechten durch eine Gedenktafel ersetzen, der Bürgermeister hat nach Zeitungsberichten diese Idee bereits begrüßt.

Das jahrelange Nicht-Wahrnehmen-Wollen der neonazistischen Szene in der Stadt und des alltäglichen von ihr ausgehenden Terrors gegen MigrantInnen sowie die offenen Symphatiebezeugungen mit den Anhängern des toten Nazi-Schlägers bilden einen politisch-kulturellen Nährboden, der es der rechten Szene leicht macht, die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Sinn umzuinterpretieren: Nach den aus ihrer Sicht falschen Beschuldigungen gegen ihre Kameraden im nur 40 Kilometer entfernten Sebnitz wegen des Todes des kleinen Josef nun der wenig beachtete Mord an einem Kameraden durch einen Ausländer in Bernsdorf. Schon schwadroniert der neonazistische Internet-Dienst Störtebeker.net von der "fast ausschließlich mehr oder minder erfundenen Gewalt von Deutschen gegen Ausländer", wohingegen es die Öffentlichkeit nicht interessiere, dass Deutsche Opfer ausländischer Gewalt würden. In der Rolle der verfolgten Unschuld gefällt sich der neonazistische Mob noch immer am besten.

Derweil haben die vietnamesischen Familien Bernsdorf verlassen. Dass die örtliche Polizei in der Lage wäre, sie vor den Racheakten der rechten Szene zu schützen, glaubt hier keiner.

Joachim Kolb

17. Was heißt hier Frieden? Israel/Palästina: Ein historischer Kompromiss ist nicht in Sicht

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:29

Die für Anfang Februar anberaumte Neuwahl des Premierministers hat in Israel zu einigen Turbulenzen geführt, aus denen der amtierende Premier Ehud Barak und der Likud-Vorsitzende Ariel Sharon als Kandidaten hervorgingen. Dass Sharon Israels neuer Regierungschef wird, scheint so gut wie sicher.

Die hektischen Bemühungen der scheidenden US-Administration sind gescheitert: US-Präsident Clinton wollte Israelis und Palästinensern einen Kuhhandel aufschwatzen, dem zufolge die palästinensischen Flüchtlinge von 1948 um ihr Rückkehrrecht geprellt werden sollten. Israel müsste also keinerlei historische Verantwortung für die palästinensische Naqba (Vertreibung) übernehmen, und die unverbindlich in Aussicht gestellten Entschädigungszahlungen für palästinensische Flüchtlinge sollen überwiegend von verschiedenen Geberländern getragen werden.

Im Gegenzug müsste die israelische Regierung dem Wahlvolk die ohnehin längst reale Trennung Jerusalems in eine arabische und eine jüdische Stadt als nunmehr offiziell verkaufen - zugegeben auch keine leichte Übung. Damit ist Clinton der erste US-Präsident, welcher eine Aufteilung Jerusalems inklusive der diversen Heiligtümer in zwei souveräne Hauptstädte als notwendigen Bestandteil einer dauerhaften Friedenslösung zwischen Israelis und Palästinensern fordert. Die jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten haben dieses Novum mit Erschütterung zur Kenntnis genommen. Dabei sollten nach dem Willen Clintons 80% der jüdischen Siedler in ihren Trutzburgen verbleiben, die mittels eines separaten Straßennetzes zu mehreren Blöcken vernetzt sind und in israelisches Hoheitsgebiet umgewandelt werden sollten. Niemand hat bislang aber definiert, wie viele Menschen denn 100% der Siedler sind. Seit Oslo hat sich die Anzahl der Siedler in den besetzten Gebieten verdoppelt, gerade sozialdemokratisch geführte Regierungen sind hier die fleißigsten Bauherren. Von den diversen jüdischen Siedlungen in Ostjerusalem und der massiven Ausdehnung der Stadtgrenzen bis weit in die Westbank hinein spricht momentan ohnehin niemand. Die den Palästinensern nach dem Plan Clintons im Austausch versprochenen Wüstengebiete nahe der ägyptischen Grenze und dem Gazastreifen sind kein Ersatz für den Verlust territorialer Kontinuität in der Westbank, welcher die Entwicklung eines kohärenten palästinensischen Siedlungs- und Wirtschaftsraumes unmöglich macht. (vgl. Amira Hass in Ha'aretz, 3.1.01)

Anders als die israelische Regierung hat die palästinensische Administration den "Friedensplan" Clintons denn auch als einseitig auf israelische Interessen ausgerichtet zurückgewiesen, wenn auch als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen akzeptiert. Der palästinensische Präsident Arafat versucht damit einen Spagat zwischen diplomatischen Zwängen einerseits und der öffentlichen Meinung in Palästina andererseits. Fast die gesamte palästinensische Bevölkerung lehnt Clintons Vorschläge ab und bevorzugt die Fortsetzung der Intifada. Arafats eigene Partei, die liberal-konservative Fatah, gilt als führende Organisation in diesem Aufstand. Von Vertretern des militanten Flügels wie Marwan Barghouti bis hin zu samtweichen Verhandlungsprofis wie Faisal Husseini hat kein Fatah-Führer ein gutes Wort für diese Vorschläge übrig.

Indem die Palästinenser einen angeblich fairen, ja großzügigen Deal mit Israel zur endgültigen Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes mit unrealistischen Maximalforderungen verhindern, haben sie in den Augen eines großen Teils der Weltöffentlichkeit den Schwarzen Peter gezogen. Diese auch in der deutschen Presse gängige Einschätzung übersieht aber, dass es hier nicht einfach um das pragmatische Aushandeln eines Kompromisses auf der Basis bestehender Kräfteverhältnisse geht, sondern um einen historischen Kompromiss, der, soll er dauerhaft von allen Seiten akzeptiert werden, sich auch am Maßstab der Gerechtigkeit orientieren muss. Wer dabei an weniger denkt als an die Räumung aller jüdischen Siedlungen, eine vertraglich garantierte Regelung für die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 und die volle palästinensische Souveränität über die arabischen Viertel Ostjerusalems, die muslimischen und christlichen Viertel der Altstadt samt Haram ash-Sharif (den Tempelberg), verfällt der Ignoranz der Mächtigen. (vgl. Michel Warschawski in Le Monde Diplomatique, Januar 2001)

Die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes ist nicht absehbar. Barak muss ohne diese Trumpfkarte gegen seinen national-chauvinistischen Herausforderer antreten. Der fortdauernde Versuch, die

Intifada mit brutaler Repression zu ersticken, darf als gescheitert gelten. So geht der israelische Inlandsgeheimdienst davon aus, dass Arafat selbst bei gutem Willen etwa ein halbes Jahr benötigen würde, um die Kontrolle seiner Administration über die Intifada-Aktivisten wiederherzustellen. (Ha'aretz, 8.1.01) In Ermangelung vorzeigbarer Verdienste (der Rückzug aus dem Südlibanon taugt nicht als Wahlkampfthema) kann Baraks Wahlkampfteam sich nur noch darauf verlegen, den Gegner schlecht zu machen. Das ist ja auch nicht schwer: Sharon hat als Verteidigungsminister unter dem damaligen Premier Menahem Begin im Libanonkrieg eigenmächtig gehandelt; er ist von einer parlamentarischen Untersuchungskommission als einer der Hauptverantwortlichen für die Massaker an palästinensischen Flüchtlingen in Sabra und Shatila (1982) erkannt worden, was damals zum vorläufigen Ende seiner politischen Karriere führte.

Heute jedoch ist der Vorsprung Sharons gegenüber Barak in den Meinungsumfragen eigentlich nicht mehr einzuholen. Barak zeigt sich dieser Tage häufig mit Shimon Peres, um möglichst viele frustrierte Linksliberale und Palästinenser so weit zu besänftigen, dass sie sich bei den Wahlen nicht enthalten sondern für ihn stimmen. Dennoch werden innerhalb der Arbeitspartei jene Stimmen lauter, welche bei anhaltend schlechten Umfrageergebnissen Baraks die Aufstellung eines neuen Kandidaten empfehlen, der bessere Chancen gegen Sharon hätte, etwa Peres selbst. Sharon umwirbt vor allem Shas und die russischen NeueinwanderInnen. Um seine Stammwählerschaft aus dem Likud und der Siedlerbewegung muss er sich keine Sorgen machen. Wenn nichts Unvorhergesehenes mehr passiert, wird Sharon der nächste Ministerpräsident Israels.

Achim Rohde

18. Auf nach Davos! Internationale Mobilisierung gegen das Weltwirtschaftsforum

Autor: Anti-WTO-Koordination, Schweiz · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:07

Im Januar 2001 trifft sich das Weltwirtschaftsforum (WEF) zum 31. Mal im verschneiten Davos. Rund 2.000 TopmanagerInnen aus Großunternehmen, prominente PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, Medien- und Kulturschaffende (alles mehrheitlich Männer) wollen zusammentreffen. Ihr Ziel ist es, die Zukunft der Welt nach ihren Interessen zu planen.

Zu den Gesprächen zugelassen sind nur Auserwählte. Dazu gehören die 1.000 weltweit führenden Unternehmen, die einen Jahresumsatz in Milliardenhöhe ausweisen und Mitglied beim WEF sind. Der Großteil dieser Unternehmen hat seinen Hauptsitz in den reichen Industrieländern, und die USA stellen mit 231 Unternehmen sogar fast ein Viertel der WEF-Mitglieder. Nach Davos eingeladen sind außerdem EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Wissenschaft und Medien. Die Kontakte zwischen den vertretenen Firmen und politischer Prominenz sollen helfen, wirtschaftsfreundlichere Bedingungen zu schaffen.

Ins Leben gerufen wurde das Weltwirtschaftsforum vom deutschen Wirtschaftsprofessor Klaus Schwab. 1971 berief er ein Treffen von Topmanagern - die weibliche Form lassen wir bewusst weg - in Davos ein, um "eine kohärente Strategie fürs europäische Business zu diskutieren". Wenige Jahre später, nach dem ersten Erdölschock und der Flexibilisierung des Wechselkurssystems, orientierte sich das New Management Forum neu: Diskutiert wurden jetzt nebst Managementfragen auch politische, wirtschaftliche und soziale Themen. Zudem entstanden die so genannten Länderforen, die die Kontakte zwischen der internationalen Geschäftswelt und wirtschaftlichen sowie politischen Führern einzelner Länder verstärken sollten. Vermehrt wurden nun informelle Treffen von Wirtschaftsleuten, PolitikerInnen der größten Länder und EntscheidungsträgerInnen internationaler Organisationen, beispielsweise der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds, abgehalten. 1987 schließlich wurde das Forum umgetauft und bekam seinen bis heute gültigen Namen World Economic Forum, der seine globale Ausrichtung und Einflussnahme ausdrückte.

Face-Lifting für das WEF...

Das WEF porträtiert sich selbst als "führende globale Partnerschaft aus business, politischen und anderen Führern der Gesellschaft, engagiert in der Verbesserung der Welt." Ein exklusiver, elitärer Kreis also, mit der Mission, die Welt zu verbessern. Was die selbst ernannten "globalen Führer" mit "Verbesserung der Welt" meinen, wird klar, wenn man das Betätigungsfeld des WEF betrachtet: Beim Treffen des Weltwirtschaftsforums in Davos begannen die Verhandlungen zur Liberalisierung der Finanztransaktionen. Ebenfalls bereitete das WEF die Uruguay-Runde vor, die zur Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) führte. Diese Organisation hat, anders als das WEF, Entscheidungsbefugnisse und spielt eine wichtige Rolle in der Durchsetzung der neoliberalen Politik. Zudem werden im Umfeld des WEF-Treffens in Davos, in der entspannten Atmosphäre an der Hotelbar, im Hinterzimmer oder am Gala-Büffet, zahlreiche Geld bringende Geschäfte abgeschlossen, wie zum Beispiel 1984 dasjenige zwischen Sulzer und der Türkei über den Bau des Atatürkstaudamms oder 1998 das zwischen Nestlé und Mexiko über Fabrikanlagen in Chiapas.

Noch 1996 wurde kaum verheimlicht, dass die von den "globalen Führern" anvisierte Zukunft eine neoliberale Zukunft ist. So hielt das Weltwirtschaftsforum sein Jahrestreffen unter dem Motto "Sustaining Globalisation" ab, womit die Globalisierung der Wirtschaft gemeint war. In den letzten Jahren hat sich jedoch die Rhetorik des WEF erheblich geändert, ist es doch, ebenso wie die Welthandelsorganisation, der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank unter immer stärkeren Legitimationsdruck geraten. Die Proteste gegen die neoliberale, Menschen verachtende Politik dieser Institutionen und der multinationalen Konzerne haben weltweit zugenommen und sind spätestens seit den riesigen Demonstrationen und Blockadeaktionen gegen das WTO-Treffen in Seattle im November 1999 nicht mehr zu übersehen. Das WEF versucht denn auch, sich in ein günstigeres Licht zu rücken: Das nächste Treffen ist mit dem Titel "Gegensätze überbrücken" überschrieben, und der WEF-Gründer Schwab versucht, mit dem Schlagwort "soziales Unternehmertum" dem Kapitalismus nicht nur ein menschliches Gesicht, sondern sogar ein menschliches Herz zu verleihen. Zudem

will er vermehrt Kunstschaffende und Schriftsteller wie Umberto Eco oder Paulo Coelho einladen, die an die Menschlichkeit der "globalen Führer" appellieren, oder kritische Stimmen wie amnesty international oder Greenpeace. Damit stellt sich das WEF als Dialog suchend, als offen und versöhnlich dar und deponiert die kritischeren Stimmen auf einem unbedeutenden Nebenschauplatz des Treffens, wo sie dem eigentlichen Treffen nicht in die Quere kommen. Ein Face-Lifting als PR-Maßnahme.

... und Kriminalisierung der GegnerInnen

Dass Kritik innerhalb des WEF auf taube Ohren stößt, mussten letztes Jahr NGOs wie die Erklärung von Bern oder Friends of the Earth und Gruppen wie ATTAC Schweiz merken, die das Gegenforum "Public Eye on Davos" organisierten. Dieses Jahr wollen sie denn das "öffentliche Auge" gleich von Anfang an von außen auf das Weltwirtschaftsforum richten. Schwierigkeiten bereitet dem WEF allerdings eher derjenige Protest, der nicht institutionalisiert ist und sich nicht integrieren lässt. So wie die linksradikalen, feministischen und zapatistischen Gruppen, die 1994 erstmals gegen das WEF in Davos demonstrierten und seit 1996 jährlich zu einer Demo in den verschneiten Davoser Straßen aufgerufen haben.

Auch dieses Jahr wollen sich die WEF-GegnerInnen nicht von den tiefen Temperaturen abhalten lassen: Das internationale Bündnis WOW! (Wipe Out WEF!) hat eine Demonstration für Samstag, den 27. Januar, angekündigt und zu Blockade-Aktionen vom 24. bis 30. Januar aufgerufen. Ziel ist, die WEF-Teilnehmenden, die nach Davos reisen wollen, zu blockieren oder zu behindern, so dass die Eröffnungsfeier nicht oder mit erheblicher Verspätung abgehalten werden kann.

Nicht nur dem Weltwirtschaftsforum bereiten die angekündigten Aktionen Kopfschmerzen. Die Davoser Behörden haben eine Demobewilligung - die von der Anti-WTO-Koordination gemeinsam mit rund 50 Organisationen, unter anderem Gewerkschaften, grünen Nationalräten und Nationalrätinnen sowie diversen Soligruppen beantragt worden war - abgelehnt. Als Grund gaben sie an, dass es in Davos keinen Platz dafür gebe und dass die Sicherheit der WEF-Teilnehmenden nicht gewährleistet sei. Die Kantonspolizei Graubünden hat ihrerseits die Bevölkerung aufgefordert, DemonstrantInnen keine Unterkunft zu gewähren, sondern umgehend die Polizei zu benachrichtigen, falls sie von solchen angefragt würde. Zudem bezeichnete sie die kommende Demonstration als größte Herausforderung seit ihrer Gründung 1804.

Die Anti-WTO-Koordination akzeptiert den negativen Entscheid nicht und hat Widerspruch dagegen eingelegt. Die Demonstration wird trotz allem am Samstag, dem 27. Januar 2001, um 13 Uhr 30 in Davos durchgeführt. Anschließend wird es ein Fest geben.

Anti-WTO-Koordination

Infos zu den Aktionstage 24.1.-30.1.01 unter www.reitschule.ch, zur Demo 27.1.01, 13.30 Uhr, unter www.reitschule.ch

19. Uranmunition löst Scharping-Syndrom aus. Verteidigungsminister wiegelt ab

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:27

"Unsere Warnungen sind einfach in den Wind geschrieben worden", erklärte Lars Pohlmeier von den Internationalen Ärzten für die Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW) bereits im März letzten Jahres zur Weigerung der Bundesregierung, die möglichen Folgen des Einsatzes von Muntion aus depleted uranium (DU) im Kosovo-Krieg ernst zu nehmen. "Absurd ist doch, dass die NATO die Menschen, die sie zu schützen vorgibt, selbst gefährdet, Hilfswillige und eigene Soldaten noch dazu", kommentierte er schon damals dieses Verhalten.

Es scheint sich seither wenig geändert zu haben: Nachdem Berichte über Leukämie-Erkrankungen italienischer Soldaten, die im Kosovo eingesetzt waren, für allgemeine Aufregung gesorgt haben, wiegeln die offiziellen Stellen ab. Das Strahlenrisiko durch Uranmunition sei für Soldaten "vernachlässigbar", erklärte Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD), um die Gemüter zu beruhigen. Ein "wissenschaftliche Studie" hat er auch gleich im Gepäck. Im Auftrag der Bundeswehr stellt die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) fest, dass es keinen Zusammenhang zwischen den Leukämiefällen und dem Einsatz von Munition aus abgereichertem Uran gebe.

Damit wiederholt sich ein Verhaltensmuster, das den Kritikern des Einsatzes von Uranmunition wohl bekannt ist. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Würden die offiziell für den Kosovokrieg Verantwortlichen eingestehen, dass sie die Munition eingesetzt haben, obwohl ihre Langzeitfolgen unabschätzbar sind, dann würde ein ohnehin erheblich angekratztes zentrales Argument für den Einsatz der NATO im Frühjahr 1999 weiter zusammenbrechen. Denn wie kann man einen Krieg zur "Befreiung" einer Bevölkerung führen, wenn man gleichzeitig ihre Lebensgrundlagen zerstört?

Lässt man Scharpings vollmundige Beteuerungen beiseite und blickt auf die internen Handlungsanweisungen der NATO, wird deutlich, dass der Verteidigungsminister einmal mehr versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen. Es sei "nicht auszuschließen, dass Schwermetall-Toxizitätsreste in gepanzerten Fahrzeugen, die von DU-Geschossen getroffen wurden, ein Gesundheitsrisiko für Personen darstellen, die Zugang zu solchen Fahrzeugen haben", heißt es in einer internen Warnung der NATO an ihre Soldaten vom 30. Juni 1999, kurz nach dem Einmarsch ins Kosovo. "KFOR-Soldaten sollten sich daher nur dann in beschädigte Fahrzeuge begeben, wenn dies für den Auftrag unerlässlich ist oder wenn lebensrettende Maßnahmen dies erfordern, und die Berührung verschossener DU-Geschosse oder anderer möglicherweise kontaminierter Materialien vermeiden", heißt es weiter. Falls das Betreten eines von DU-Munition getroffenen Objektes unumgänglich sei, müssten "besondere Schutzmaßnahmen" wie das "Tragen eines zugelassenen Atemschutzgerätes" ergriffen werden. (1)

Auch die Balkan Task Force des United Nations Enviromental Programm (UNEP), einer Unterorganisation der UNO, hat bereits im Herbst 1999, also nur wenige Monate nach dem Ende des Kosovo-Krieges, vor den Gefahren der Uranmuntion gewarnt. In ihrem Bericht stellen die Experten fest, dass es nicht auszuschließen ist, dass Menschen "schwerer kontaminiert" worden seien. Sie forderten umfassendere Informationen durch die NATO über das Ausmaß und die Orte des Einsatz der DU-Munition, sowie die schnelle Durchführung von Messungen in potenziell gefährdeten Gebieten. Beschossene Gebiete seien abzusperren und die örtlichen Behörden zu informieren. Der Bericht wurde von den Mitgliedern einer Desk Assessment Group on Depleted Uranium erstellt, der je zwei Mitglieder des Swedish Radiation Institute (SSI), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEO) angehörten, alle samt Organisationen, denen man keine prinzipielle NATO-Feindschaft unterstellen kann. (2)

"Warnungen in den Wind geschrieben"

Zum von Scharping in Auftrag gegeben Gutachten der GSF meint der Chemieprofessor Alfred Schott von der FU-Berlin, der sich seit vielen Jahren mit dem Thema uranabgereicherte Muntion befasst: "Diese Untersuchung bietet überhaupt keine Grundlage für eine Aussage über Gesundheitsgefährdung." Für die GSF Studie seien lediglich 121 KFOR Soldaten auf Uranspuren im Urin untersucht worden, und das maximal zehn

Monate nach ihrem Einsatz im Kosovo. Seriöse Feststellungen ließen sich aber erst nach einer Langzeitbeobachtung über acht bis zehn Jahre treffen. Schott verweist außerdem darauf, dass die DU-Muntion schon deshalb nicht unbedenklich sein könne, weil es für strahlende Substanzen "grundsätzlich keine unteren Schädlichkeitsgrenzen gibt."

Neben der radioaktiven Wirkung müsse die hochtoxische Wirkung der explodierten Geschosse berücksichtigt werden. "Bei der Explosion von DU-Munition in einem Panzer laufen wegen der extrem hohen Hitzeentwicklung ganz neuartige chemische Prozesse ab. Neben der DU-Munition verbrennen alle möglichen Metalle, Kunststoffe und andere Materialien aus dem Panzer. Dabei entstehen neue, möglicherweise radioaktive und hochgiftige Aereosole und Radionuklide, die vielleicht Auslöser sein könnten für verschiedene Krankheitssymptome, die inzwischen im Irak, bei Golfkriegsveteranen und in Bosnien aufgetreten sind." (taz, 13.1.2001)

Attraktiv für militärische Einsätze ist das DU hauptsächlich auf Grund seiner extremen Dichte, die Projektilen mit einem DU-Mantel eine besonders hohe Durchschlagskraft verleiht. Außerdem verbrennt der Uranstaub bei den beim Einschlag eintretenden Temperaturen an der Luft und kann dabei beispielsweise einen Treibstofftank zur Explosion bringen. DU-Munition eignet sich also hervorragend etwa zur Zerstörung von gepanzerten Fahrzeugen.

Zum ersten Mal überhaupt wurde die DU Munition von den britischen und US-Streitkräften im Krieg gegen den Irak 1991 verwendet. 300 Tonnen abgereichertes Uran in Form von Projektilen sind damals verschossen worden. In Bosnien setzte 1994/95 die US Armee 10.800 30 mm-DU-Geschosse zur Bekämpfung der jugoslawisch-serbischen Truppen ein. Dabei wurden insgesamt drei Tonnen DU verschossen. Während des Kosovo Krieges sind 31.000 30 mm-Geschosse mit insgesamt 8,4 Tonnen DU von US-Flugzeugen abgefeuert worden. (3)

Auch wenn ungeklärt ist, welche genauen Krankheitsbilder der ungeschütze Umgang mit von DU-Geschossen zertrümmertem Material auslöst, kann ein Zusammenhang zwischen DU und dem "Golfkriegsyndrom" oder dem "Balkansyndrom" alles andere als ausgeschlossen werden. Zu zahlreich und plausibel sind die Berichte der Betroffenen. So erzählte beispielsweise der Golf-Veteran Mike Stancy, der nach einem Kontakt mit Splittern der DU Munition erkrankte: "Ich habe chronische Gedächtnisstörungen, Atemprobleme, ich habe Hautausschläge, es sind ganz verschiedene Symptome bei mir festgestellt worden. Ich habe auch ein Geschwür in der Brust. Oft habe ich Herzrhythmusstörungen und häufig solche Herzattacken, dass ich glaube sterben zu müssen." (Monitor, 24.4.1999)

Tausende US-Soldaten sind nach dem Golfeinsatz erkrankt. Doch Hauptleidtragende ist die Zivilbevölkerung. Im Irak hat sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Leukämie-Fälle vervielfacht, die Zahl der Miss-und Todgeburten ist enorm gestiegen. Rätselhafte Krankheitsbilder häufen sich. Da die NATO, und insbesondere das US-Verteidigungsministerium, die Untersuchungen der Folgen des Einsatzes von DU-Munition behindern, sind qualitative und quantitative Angaben schwer zu treffen. Manche Experten sprechen von tausenden von Opfern: "Der kanadische Chemiker Dr. Hari Sharma, der die Folgen der Uranmunition dokumentiert, rechnet mit bis zu 35.000 zusätzlichen Toten im Irak durch den Einsatz dieser Muntion." (4)

8,4 Tonnen Uranmunition abgefeuert

Ganz so ernst kann Rudolf Scharping seine Unbedenklichkeitserklärung für die DU-Geschosse wohl selbst nicht nehmen. Sonst würde die Bundesregierung zusammen mit der italienischen Regierung wohl kaum ein Moratorium für die Munition fordern, was der NATO-Rat am 10. Januar allerdings ablehnte. Selbst das verharmlosende von der Bundeswehr gesponserte GST-Gutachten warnt davor, dass die Zivilbevölkerung, insbesondere Kinder, durch den Einsatz der DU-Munition sehr wohl gefährdet sei.

Im Kosovo liegen 31.000 DU-Geschosse herum. Seit dem Einmarsch der KFOR sind Dutzende Zivilisten von explodierenden Sprengsätzen der NATO-Splitterbomben zerfetzt worden. Völlig unabsehbar ist das ökologische Desaster, welches die Inbrandbombardierung der Chemiefabriken von Pancevo und Novi Sad in Serbien hinterlassen haben. Nur eines kann als sicher gelten: Der "humanitäre Krieg" hat eine humanitäre Katastrophe hinterlassen.

Boris Kanzleiter

Anmerkungen

1) Das NATO-Zitat, befindet sich im Text einer "Initiative zur Ächtung von Munition mit abgereicherten Uran", welche die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen am 17.5.2000 verabschiedet hat.

2) Vgl. den Text "Einsatz von abgereicherten Uran (depleted uranium / DU) im Jugoslawien-Krieg" auf der Homepage der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs.

http://www.ippnw.de

3) Vgl. WISE Uranium Project, 8.1.2001

http://www.ippnw.de

4) vgl. Anm. 2

20. Wenig Wandel, viel Kontinuität. Der Sieg von George W. Bush bedeutet keinen Politikwechsel

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:03

Zum ersten Mal seit 50 Jahren kontrollieren die Republikaner sowohl das Weiße Haus als auch den Kongress. Doch trotz des heftigen Konflikts um die Stimmenauszählung in Florida wird George Bush die Politik der Clinton/Gore-Regierung weitgehend fortsetzen.

Am Ende war der Vorsprung auf genau eine Stimme abgeschmolzen. Nach fünf Wochen Streit um Lochkarten, Papierschnipsel und Hand-Zählungen im Bundesstaat Florida gab am 12. Dezember das US-Verfassungsgericht den Ausschlag - mit 5 zu 4 Stimmen entschied es gegen weitere Nachzählungen. Wie erwartet, gratulierte der Demokrat Al Gore daraufhin seinem republikanischen Gegner George Bush zum Wahlsieg, und beide beschworen fast gleich lautend die nationale Einheit und das demokratische System der USA. Gore appellierte an seine Anhänger, "den Parteienstreit hinter uns zu lassen", und Bush bekräftigte, er sei "nicht Präsident für eine Partei, sondern für eine Nation". Am 20. Januar wird Bush das Präsidentenamt von Bill Clinton übernehmen. Damit sind zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert alle zentralen Staatsorgane in republikanischer Hand: Präsidentschaft, US-Kongress (wenn auch nur mit hauchdünner Mehrheit) und - de facto - das Verfassungsgericht.

Dabei scheint allen Beteiligten klar zu sein, dass Gore am 7. November nicht nur landesweit die meisten Stimmen gewonnen hat, sondern auch im entscheidenden Bundesstaat Florida. Denn nur so erklärt sich die Heftigkeit, mit der die Republikaner jedwede Nachzählung zu blockieren versuchten - mit juristischen Mitteln, aber notfalls auch mit einem lautstarken Mob. So wurden am 22. November mehrere Dutzend republikanische Partei-Angestellte ("Wahlbeobachter") nach Miami geflogen. Sie trommelten so lange gegen die Fensterscheiben des örtlichen Auszählungsbüros, bis der dreiköpfige Wahlausschuss die Handzählung von gut 10.000 bisher nicht erfassten Stimmzetteln abbrach.

Systematischer Ausschluss schwarzer Wähler

Die Verzögerungstaktik in Florida hatte Erfolg. Weil schließlich "keine Zeit" zum Nachzählen mehr war, erklärte das US-Verfassungsgericht de facto Bush zum Wahlsieger und - einer der wenigen Lichtblicke des Wahl-Theaters - dürfte damit seinen Ruf verspielt haben. Der liberale Bundesrichter John Paul Stevens sah gleich das ganze Justizsystem in Gefahr. Bedroht sei "das Vertrauen der Nation in den Richter als unparteiischen Wächter des Rechtsstaats", klagte Stevens nach dem Washingtoner 5:4-Urteil.

Bürgerliche Medien fürchteten gar eine "Verfassungskrise" durch die langwierige Auseinandersetzung. Dabei beschränkte sich die Debatte fast ausschließlich auf die korrekte Auszählung der abgegebenen Stimmen: Welche Stanz-Spuren auf den Lochkarten gelten noch als eindeutig, wie zuverlässig sind die Zählmaschinen, welche Fristen sind einzuhalten? Andere Fragen wurden erst gar nicht gestellt. Wer darf überhaupt abstimmen? Und warum beteiligt sich nur die Hälfte der Stimmberechtigten an der Wahl? In einem Land, das erst seit 35 Jahren das allgemeine Wahlrecht gesetzlich garantiert, sind solche Fragen nicht gerade nebensächlich.

So hat der Staat Florida mehr als 200.000 Menschen das Wahlrecht aberkannt, weil sie im Gefängnis sitzen oder eine Bewährungsstrafe verbüßen. Weitere 600.000 ehemalige Straftäter wurden disqualifiziert, obwohl sie ihre Strafe längst abgesessen haben. Die Namenslisten kamen von einer Privatfirma mit engen Verbindungen zu den Republikanern. Sie enthielten etliche peinliche Fehler. So bekam die Wahlausschuss-Vorsitzende des Landkreises Madison einen Brief, dass sie als ehemalige Straftäterin aus dem Wählerverzeichnis gestrichen werde. Ein Irrtum. Die Frau sorgte dafür, dass die Streichliste in Madison ignoriert wurde.

Auch in anderen Bundesstaaten gelten derartige Regeln (allerdings meist in abgeschwächter Form). US-weit wurden mehr als vier Millionen "Kriminelle" von vorneherein von den Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen. Weil auf den Anklagebänken und in den Gefängniszellen überdurchschnittlich viele Afro-Amerikaner sitzen, ist diese Gruppe auch überproportional betroffen. In Florida haben derzeit 31 Prozent (!) aller schwarzen Männer ihr Stimmrecht auf Lebenszeit verloren. Und diejenigen, die abstimmen durften, konnten sich noch weniger als weiße WählerInnen darauf verlassen, dass ihr Votum auch erfasst wurde. Denn wegen veralteter

Zählmaschinen gab es gerade in den armen (also überproportional "schwarzen") Bezirken besonders viele ungültige Stimmen.

Obwohl sich solche rassistischen Ausschluss-Mechanismen besonders gegen die Wählerbasis der Demokraten richten, hat Gore zu keiner Zeit versucht, diese zum Thema zu machen. Der schwarze Prediger und ehemalige Präsidentschaftskandidat Jesse Jackson wurde sogar zurückgepfiffen, als er in Florida antirassistische Proteste organisieren wollte. Schließlich war es gerade auch die Repressionspolitik ("Krieg gegen Drogen") unter Clinton/Gore, die besonders viele Afro-Amerikaner in den Knast (und damit um ihr Wahlrecht) gebracht hat.

Auch die Frage, warum sich nur die Hälfte aller Wahlberechtigten an Präsidentschaftswahlen beteiligt (bei anderen Abstimmungen sind es noch weit weniger), wird von den Demokraten ignoriert. Das ist auf den ersten Blick erstaunlich, denn ihre Partei würde von einer höheren Wahlbeteiligung profitieren. Als Faustregel gilt: je geringer das Einkommen, desto geringer auch die Wahlbeteiligung. Leute mit einem Jahreseinkommen von mehr als 50.000 Dollar gehen zu etwa zwei Dritteln zur Wahl (und stimmen dann überwiegend republikanisch), von den Menschen mit weniger als 15.000 Dollar (überproportional demokratische WählerInnen) sind es weniger als ein Drittel.

Die meisten NichtwählerInnen dürften wissen, dass keineswegs "jede Stimme zählt", sondern dass die wichtigsten Entscheidungen schon in der so genannten "money primary" (Geld-Vorwahl) fallen. Denn nur Kandidaten, die lange vor den offiziellen "primaries" viele Millionen Dollar an Spenden auftreiben können, haben überhaupt eine Chance. Nicht von ungefähr galt George Bush bereits seit 1999 als Favorit: Er hatte damals schon rund 70 Millionen Dollar gesammelt und war damit zumindest in den republikanischen Partei-Vorwahlen im Frühjahr 2000 nicht mehr zu schlagen.

Weil die Demokraten einen Großteil ihrer Wahlkampfgelder von den selben Firmen wie die Republikaner beziehen, verengen die "money Primaries" die Wahl-Alternativen auf ein äußerst schmales Spektrum in der politischen "Mitte". Programmatisch lagen deswegen Bush und Gore auch gar nicht allzu weit auseinander.

Die wichtigsten Einschnitte in der US-Regierungspolitik waren ohnehin noch nie mit einem Regierungswechsel verbunden, sondern wurden mitten in der jeweiligen Amtsperiode vorgenommen. So war es der "Falke" Richard Nixon, der Anfang der 70er Jahre die US-Truppen aus Vietnam abzog und als erster US-Präsident das kommunistische China besuchte. Die Hochrüstungs- und Deregulierungs-Offensiven der 80er Jahre begannen nicht etwa mit dem Amtsantritt Ronald Reagans, sondern schon unter dem liberalen Jimmy Carter. Und die Sanierung der Staatsfinanzen (samt Steuererhöhungen für die Reichen) hat nicht der Demokrat Bill Clinton begonnen, sondern 1990 George Bush Senior - unter wütendem Geheul der rechten Republikaner.

Politisch mögen die beiden Parteien in vielen Punkten einander zum Verwechseln ähnlich sehen, aber die jeweilige Massenbasis kann man auf den ersten Blick unterscheiden. Die Wähler der Republikaner sind überwiegend männlich, besser verdienend und leben in Vorstädten oder ländlichen Gebieten. Die Demokraten stützen sich auf Frauen, mittlere und untere Einkommensgruppen und die Großstädte. Das spiegelt sich auch organisatorisch wider. Die Wahlhelfer der Republikaner rekrutieren sich aus Abtreibungsgegnern, christlichen Fundamentalisten und Schusswaffen-Freaks, die der Demokraten vor allem aus Feministinnen und Gewerkschaftern.

Stramm rechts: das neue US-Kabinett

Am auffälligsten unterscheiden sich allerdings die ethnischen Gruppen. So stimmten Weiße mit 54 zu 42 Prozent für Bush, Afro-Amerikaner dagegen zu 90 Prozent und Latinos zu 63 Prozent für Gore. Die ethnische Polarisierung scheint alle anderen Kriterien zu überlagern. So siegte Gore zwar unter Frauen mit elf Punkten Vorsprung, dieses "Gender Gap" kommt aber nur durch die überwältigende Unterstützung von schwarzen Frauen für Gore zu Stande. Bei weißen Frauen lag Bush mit einem Prozentpunkt vorne.

Die Wählerbasis des "grünen" Kandidaten Ralph Nader ähnelte übrigens der von Bush: weiß, männlich und ländlich - beileibe nicht die Basis für eine linke Massenbewegung. Die besten Ergebnisse (etwa zehn Prozent) holte Nader ausgerechnet im reaktionären und provinziellen Alaska. Zwar hatte Nader eindeutig das "linkeste" Programm (Demokratisierung, Kapitalismuskritik, Ökologie, gegen die Todesstrafe), aber gelang es ihm nicht, die politische Hegemonie der Demokraten über die wichtigsten "fortschrittlichen" Interessengruppen

aufzuweichen. Ohne eine Basis aus Frauen, Gewerkschaftern, Schwarzen und Immigranten hat aber eine linke Bewegung keine Chance. Der "Parteiaufbau von oben" (um eine charismatische Führungsperson) ist auch mit Nader gescheitert.

Die Loyalität der demokratischen Wählerbasis (oder die Angst vor dem "größeren Übel") ist umso erstaunlicher, als die Regierung Clinton/Gore die Treue ihrer Anhänger oft genug auf harte Proben gestellt hat: "Wohlfahrtsreform", "Drogenkrieg" und Todesstrafe richten sich vor allem gegen Afro-Amerikaner und Latinos. Dass die Demokraten sich trotzdem weiterhin etwa auf schwarze Kirchengemeinden verlassen können, liegt an deren historischem Gedächtnis, vor allem an die Zeit der Bürgerrechtsbewegung - und an der Dreistigkeit, mit der viele Republikaner weiterhin für weiße Privilegien eintreten.

Bushs Wähler: weiß, männlich, vom Lande

Daran wird auch das "bunte" Kabinett von Bush nichts ändern. Ähnlich wie Clinton vor acht Jahren hat auch Bush jetzt eine Regierung präsentiert, "die aussieht wie Amerika" - also nicht nur aus weißen Männern besteht. Doch die "ethnische Vielfalt" kann über die politische Geradlinigkeit nicht hinwegtäuschen. Die neuen Kabinettsmitglieder stehen sehr viel weiter rechts als von vielen erwartet. Auffällig ist auch, wie stark Militärs in der Regierung vertreten sind: der ehemalige Verteidigungsminister Cheney als Vizepräsident, Ex-General Colin Powell als Außenminister, der frühere und neue Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Unter Clinton waren alle drei Posten von Nicht-Militärs besetzt gewesen.

Mit seinem rechtslastigen Kabinett dürfte Bush versuchen, sich in seiner eigenen Partei den Rücken freizuhalten. Denn der rechte Flügel der Republikaner platzt schier vor Ungeduld und hofft auf einen politischen Durchmarsch, sobald kein Clinton mehr sein Präsidenten-Veto gegen allzu extreme Gesetzesvorhaben des republikanischen Kongresses androhen kann. Aber Bush braucht im Kongress die Unterstützung zumindest einiger Demokraten. Er wird deswegen nicht wie von seinen rechten Parteifreunden gewünscht auf Konfrontation schalten, sondern die Politik von Clinton/Gore weitgehend fortsetzen.

Im Wahlkampf war er nur an zwei wesentlichen Punkten auf Distanz zu Gore gegangen: Steuerpolitik und Raketenabwehr. Ob und in welchem Umfang Bush seine angekündigten Steuersenkungen (stolze 1,3 Billionen Dollar in den nächsten zehn Jahren) durchsetzen wird, dürfte allerdings eher von der Konjunktur und der Politik der Zentralbank abhängen als von irgendwelchen parlamentarischen Verhandlungen.

In der Rüstungspolitik hat Bush mit der Ernennung des alten Kalten-Kriegers Rumsfeld zwar ein deutliches Zeichen für sein Ziel einer "National Missile Defense" gesetzt. Doch aus technischen Gründen wird auch dieser Brei nur halb so heiß gegessen werden. Denn, so schreibt der konservative Publizist Edward Luttwak in der FAZ (30.12.00) lapidar: "Die Vereinigten Staaten besitzen kein Raketenabwehrsystem, das reif zur Stationierung wäre, und werden auch in den kommenden Jahren über keines verfügen."

Michael Hahn

21. Bad guys mit neuem Namen. US-Militärakademie "School of Americas" macht als "Institute" weiter

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:31

Das US-Verteidigungsministerium reagiert auf wachsenden öffentlichen Druck und schließt offiziell eine Militärakademie, in der lateinamerikanische Militärs ausgebildet wurden, die später oft führend an Aufstandsbekämpfung und Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren. Doch die formelle Schließung der School of Americas (SOA) ist nur ein publicity trick, meinen Kritiker.

Am 15. Dezember schloss die berüchtigte SOA in Fort Benning, Georgia, ihre Pforten. Ein Tag auf den Menschenrechtsorganisationen lange gewartet haben. Grund zur Freude besteht dennoch nicht. Denn am 17. Januar 2001 wird die Ausbildungsstätte für lateinamerikanische Militärs als "Institut der westlichen Hemisphäre für Sicherheitskooperation" wieder eröffnet.

In den 54 Jahren ihrer Existenz bildete die SOA über 61.000 Militärs aus 21 lateinamerikanischen Ländern aus, zuerst in Panama, wo das Institut nach dem Zweiten Weltkrieg in der US-Kanalzone gegründet wurde, dann ab 1984 in den USA. Unter den Absolventen befanden sich der grausame Führer der Todesschwadrone El Salvadors Major D'Aubuisson genauso wie Militär aus Argentinien, Panama und Bolivien, auf deren Konto Tausende von Verschwundenen und Ermordeten, meist linken Oppositionelle, gehen.

Die Entscheidung die Ausbildungsstätte umzubenennen, wurde getroffen, nachdem die SOA zunehmend in die Kritik von Menschenrechtsgruppen geraten war. Sogar offizielle Regierungsstellen mussten zugeben, dass illegale Praktiken wie die Anwendung von "Einschüchterung, Kopfgelder für getötete Feinde, Schläge, willkürliche Verhaftungen, Exekutionen und Wahrheitsserum" unterrichtet worden waren, wie eine Kommission des US-Verteidigungsministeriums Mitte der 90er Jahre in einem Bericht schrieb.

Im Rahmen der publicityträchtigen Entschuldigungen für die Unterstützung verschiedenster Diktaturen in Lateinamerika durch die US-Regierungen beteuerte die Clinton-Administration auch eine grundlegende Wende in der US-amerikanischen Lateinamerikapolitik. Tatsächlich aber blieb die SOA weiter bestehen. Die Proteste gegen die Einrichtung nahmen aber stetig zu. Im Mai 1999 forderten mehrere tausend Menschen vor dem Weißen Haus ihre Schließung und zuletzt protestierten über 10.000 Personen Mitte November letzten Jahres direkt vor Fort Benning in Georgia für das endgültige Aus der Ausbildungsstätte. Etwa 3.600 drangen dabei auf das Gelände, gegenüber 2.100 von ihnen wurde bereits in Schnellverfahren ein Bann ausgesprochen.

Auch im Parlament wurde die SOA kritisiert. Der erste Antrag die Schule zu schließen war am 11. Februar 1999 von mehreren Kongressabgeordneten gestellt worden. Es dauerte aber noch über ein Jahr bis sich der Kongress endgültig dazu durchringen konnte. Solange brauchte es wohl, um sicher zu stellen, dass das Ende von Fort Benning nicht auch das Ende der Ausbildung US-kontrollierter bad guys bedeutete.

"Die Entscheidung die Schule zu schließen war sehr schwer", so Luis Caldera, US-Army-Secretary. "Seit ihrer Entstehung hatte sie einen der bedeutendsten Anteile am Erfolg der Politik der USA in der Region". So schwer wird der Abschied der US-Army aber nicht fallen, hat doch die Schule lediglich ihren Namen geändert und wurde dem US-Verteidigungsministerium unterstellt, während sie vorher direkt der Army unterstand.

Für die Gegner der berüchtigten Ausbildungsstätte ist der Kampf damit allerdings nicht beendet. "Den Kongress mögen sie getäuscht haben, aber die Leute nicht", so der Priester Roy Bourgeois, der 1990 die Organisation School of Americas Watch (SOAW) gründete. "Wir werden im Januar wieder vor dem neuen Kongress protestieren und immer wieder kehren, bis die ‚Mörderschule` geschlossen wird", verspricht er. "Es ist das gleiche Gebäude, es sind die gleichen Ausbilder, die gleichen Schüler und die gleiche Ideologie. Es ist als würde man ein Penicillin-Etikett auf eine Giftflasche kleben: sie bleibt weiterhin tödlich", führt Bourgeois weiter aus.

Die Veränderungen gehen wohl tatsächlich nicht weit über den Namen hinaus. Gegenüber ihren wichtigsten Zöglingen erweist sich die US-Regierung in dieser Hinsicht auch als weitaus ehrlicher als gegenüber der Öffentlichkeit. So äußerten der kolumbianische Verteidigungsminister Luis Fernando Ramírez und der Generalkommandeur der kolumbianischen Armee General Fernando Tapias auf Anfrage der kolumbianischen Tageszeitung El Tiempo einhellig, der US-Kongress und die US-Regierung hätten ihnen zugesichert, die

Ausbildungsstätte werde weiterhin in Funktion bleiben und die kolumbianischen Militärs könnten weiterhin dort ausgebildet werden. "Was geschah, war eine Änderung des Namens und des Programms, aber es ist nicht so, dass es vorbei ist", versicherte Verteidigungsminister Ramírez.

Auffällig ist, dass mit 9.558 Absolventen bis zum 1. Januar 2000 die mit Abstand meisten an der SOA ausgebildeten Militärs aus Kolumbien stammen, das lateinamerikanische Land in dem die meisten Menschenrechtsverbrechen begangen werden. Jährlich werden hier nach Angaben unabhängiger Menschenrechtsorganisationen an die 3.000 Menschen aus politischen oder "wahrscheinlich politischen" Gründen ermordet, zum Opfer "sozialer Säuberungen" oder "verschwinden". Wurden 1992 noch 50 Prozent der politischen Morde von Armee und Polizei und weitere 33,5 Prozent von paramilitärischen Gruppen verübt, hat sich dieses Verhältnis in den letzten Jahren verschoben. Heute zeichnen die offiziell unabhängigen Paramilitärs für die meisten Massaker verantwortlich. Diese genießen jedoch den Schutz von Polizei und Militär, arbeiten eng mit diesen zusammen und treten teilweise sogar in Personalunion auf. Eine Strategie, die ebenfalls in der SOA gelehrt wird.

Dario Azzellini

Homepage der School of Americas Watch: http://www.soaw.org

22. Ein vergessener Gefangener. Rezension der Biografie Ruchell Magees

Autor: Oliver Demny · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:10

Dass die USA ein rassistischer Staat ist, wissen die meisten. Dazu hätte es kein neues Buch gebraucht. Die Mikrophysik dieses Rassismus bleibt aber oft im Verborgenen. Eine neu erschienene Biografie bringt etwas Licht ins Dunkel dieses Themas: "How many more years? Lebenslange Haft in den USA" von Mark A. Thiel. Es ist die Biografie von Ruchell "Cinque" Magee. Er ist ein politischer Gefangener mit der längsten ununterbrochenen Haft in den USA: 37 Jahre.

Während einige politische Gefangene aus dem schwarzen Widerstand in den USA bekannt wurden, teilweise sogar weltweit, zählt Ruchell "Cinque" Magee zu den Vergessenen, obwohl auch er vor fast 40 Jahren die Titelseiten sämtlicher Zeitungen des Landes zierte und vom Bildschirm in die Wohnzimmer strahlte.

Versetzen wir uns zurück in das Jahr 1970, zum 7. August vormittags in den Verhandlungssaal des Gerichts von San Rafael, Kalifornien: Verhandelt wurde gegen den Gefangenen James McClain, der beschuldigt wurde, einen Wärter in San Quentin mit einem Messer angegriffen und verletzt zu haben. Zwei seiner Mitinsassen, William Christmas und Ruchell Magee, waren als Zeugen geladen worden. Plötzlich erhob sich der 17-jährige Jonathan Jackson im Zuschauerraum. Er hatte eine Pistole in der Hand. Die drei Häftlinge versorgte er ebenfalls mit Waffen und nahm den Richter, den stellvertretenden Staatsanwalt und drei Geschworene als Geiseln. Als diese Gruppe auf dem Gerichtsparkplatz erschien und in ihr Fluchtfahrzeug stieg, wurde sie bereits von Polizeieinheiten erwartet. Schnell fiel der erste Schuss. Nach 19 Sekunden war das Fluchtauto durchlöchert und Jonathan Jackson, zwei der schwarzen Häftlinge und der Richter tot, der stellvertretende Staatsanwalt gelähmt, Ruchell Magee und eine Geschworene schwer verletzt.

Es war noch die Hochphase der radikalen politischen Bewegungen in den USA, kurz bevor deren Zerfall begann. Mit dieser Geiselnahme sollte auf die miserablen Bedingungen und den Rassismus in den Knästen der USA aufmerksam gemacht werden. Ein weiteres Ziel der Aktion war die Freipressung der sogenannten Soledad Brothers, zu denen auch Jonathan Jacksons Bruder George gehörte.

Das Buch erzählt davon, wie Ruchell Magee in einer rassistischen Umgebung aufgewachsen ist, und berichtet von seinen frühen Verhaftungen und Gefängnisaufenthalten. Auch die Aktion von San Rafael, sein juristischer Kampf, sein Leiden und sein Widerstand bis heute sind Thema der Biografie. Auf Abschnitte über das konkrete Leben von Ruchell Magee folgen Generalisierungen und Exkurse in die Geschichte der Unterdrückung der Schwarzen. Die Leser und Leserinnen erfahren tiefergründiges über rassistische Strukturen in den USA und darüber, wie dieses System mit dem Justiz- und Gefängnisapparat gekoppelt ist.

Leider müssen auch Abstriche an dem Buch gemacht werden. Der Autor bemüht sich um eine blumige, poetische Sprache, die leider oft und zum Ende des Buches immer stärker ins Pathetische abgleitet. Wegen des lesenswerten Inhaltes sollte man sich aber davon nicht abschrecken lassen. Doch auch beim Inhalt gibt es Mängel. Trotz des analytischen Gehalts des Buches schimmert eine Verschwörungstheorie durch: Behauptet wird, dass der Ku Klux Klan in Verbindung mit den Großunternehmen und den Spitzen aus Politik und Justiz für die Unterdrückung der Schwarzen im allgemeinen und Ruchell Magee im besonderen verantwortlich sei.

Interessanterweise wird an anderen Stellen kein Wort über eine Verschwörung verloren, wo es Hinweise auf eine solche gibt. Das FBI versuchte in jenen Jahren immer wieder, Personen aus den militanten Bewegungen der Schwarzen zu töten und die entsprechenden Organisationen zu diskreditieren. Melvin "Cotton" Smith, ein FBI-Spitzel, der es in die inner circle der Black Panther Party gebracht hatte, war maßgeblich an der Planung der Aktion in San Rafael beteiligt und hatte auch Waffen in das Gebiet gebracht. Aber vielleicht gibt es dazu ja ein anderes Buch. Dieses jedenfalls weist darauf hin, dass es neben Mumia Abu Jamal einige andere politische Gefangene in den USA gibt. Viele, deren Namen wir gar nicht kennen. Auch wenn es sich um sperrige Charaktere und komplexere juristische Fälle handelt, die sich nicht simpel in ein Schema von "schuldig - unschuldig" oder "guter politischer Gefangener - böser krimineller Häftling" pressen lassen, müssen unsere Kampagnen sie einschließen.

Oliver Demny

Mark A. Thiel, How many more years? Lebenslange Haft in den USA. Ruchell "Cinque" Magee, Biografie eines politischen Gefangenen. Atlantik Verlag, Bremen 2000. 24,80 DM

23. Zapatistas testen Fox. Mexiko: EZLN-Comandantes wollen mit neuer Regierung verhandeln

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:15

Mexikos neuer Präsident Vicente Fox macht bisher hauptsächlich kosmetische Zugeständnisse an die indianischen Rebellen, während die EZLN grundlegende Veränderungen fordert.

Über 3.000 Anhänger der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee EZLN versammelten sich in der Silvesternacht, um den siebten Jahrestag des Aufstandes indianischer Kleinbauern im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas zu feiern. Am 1. Januar 1994 hatten die Zapatisten mit einer bewaffneten Rebellion die scheinbare politische Ruhe in Mexiko abrupt unterbrochen. Nach nur zwei Wochen wurden die Kampfhandlungen ausgesetzt und die Guerilla, die mit ihrem charismatischen Subcomandante Marcos und seinen poetischen Erklärungen nicht nur die Herzen vieler Mexikaner eroberte, sondern auch international so viel Sympathie erlangen konnte wie kaum eine Guerilla zuvor, begann mit der Regierung der Partei der Institutionalisierten Revolution PRI zu verhandeln. Immer wieder versuchte diese, die EZLN auszutricksen, hielt sich nicht an das am 16. Februar 1996 unterschriebene Abkommen über Rechte und Kultur der indianischen Bevölkerung und militarisierte das Aufstandsgebiet immer weiter.

Im November 2000 waren in dem Bundesstaat über 63.000 Soldaten stationiert, das Gebiet ist übersät mit Militärposten und durchdrungen von paramilitärischen Gruppierungen, - die bei ihrem grausamsten Massaker an Weihnachten 1997 im Dorf Acteal 45 Männer, Frauen und Kinder ermordeten. Aber nach sieben Jahren ist die EZLN immer noch da und Präsident Ernesto Zedillo nicht mehr, wie Subcomandante Marcos in einem Kommuniqué kürzlich ironisch anmerkte.

Die Basis der zapatistischen Guerilla feierte in der Neujahrsnacht mit Tanz, Gedichten und Grußbotschaften verschiedener mexikanischer und internationaler Organisationen. Comandante David, ehemaliger Leiter der Verhandlungsdelegation der Zapatisten, verlas eine Erklärung, in der er die neue mexikanische Regierung aufforderte, die mitten im zapatistischen Gebiet in sieben Militärcamps stationierten Soldaten unverzüglich zurückzuziehen; die in drei Bundesstaaten über hundert inhaftierten Zapatisten freizulassen und das Gesetz über indianische Rechte und Kultur parlamentarisch zu verabschieden. Weiterhin rief er die mexikanische Zivilgesellschaft auf, diese Forderungen und die geplante Reise von 22 Comandantes der EZLN in die Hauptstadt Ende Februar zu unterstützen. Die Zapatisten wollen dort vor den Abgeordneten des Kongresses ihren Standpunkt zu der Gesetzesinitiative darlegen. Auf dem Weg in die Hauptstadt werden sie am 3. Indigenen Nationalkongress teilnehmen.

Am 2. Januar drangen 700 unbewaffnete Anhänger der Zapatisten auf das Gelände des Militärcamps Jolachoj, im Bezirk San Andrés Larrainzar ein und forderten lautstark den Abzug der Soldaten. Präsident Vicente Fox, der nicht müde wird zu betonen er suche das Gespräch mit den Zapatisten, erteilte tatsächlich den Befehl für den sofortigen Rückzug der Militärs aus dem betroffenen Camp.

Fox: Mann des Dialogs und des Friedens?

Fox hatte Anfang Dezember des vergangenen Jahres als erster Kandidat der Opposition nach 71 Jahren Herrschaft der PRI die Präsidentschaft in Mexiko übernommen. Bei den Wahlen am 2. Juli war das Unglaubliche geschehen, "die perfekte Diktatur", wie das PRI-System oft bezeichnet wurde, fand ihr Ende. Doch ist der neue Präsident, ein ehemaliger Coca-Cola-Manager, von der erzkonservativen Partei der Nationalen Aktion PAN nicht gerade der vertrauenswürdigste Partner für eine friedliche Lösung des Konfliktes in Chiapas. Er ließ im Wahlkampf verlauten, er könne das "Indianerproblem" in 15 Minuten lösen und seine Partei wehrte sich ebenso wie die PRI gegen die Verabschiedung der Gesetze zu den ausgehandelten indianischen Rechten. Und so begegnet die EZLN seinem Amtsantritt mit Zurückhaltung und kritisierte scharf die wirtschaftspolitischen Ideen des neoliberalen Wunschkandidaten der USA.

In Mexiko wie international stellt sich der neue Präsident Vicente Fox gerne als Mann des Dialogs und des Friedens dar. Er wiederholt unaufhörlich, die Gespräche mit der EZLN so bald wie möglich aufzunehmen, um eine friedliche und politische Lösung des Konflikts zu erreichen. Und so ist die Situation in Chiapas das bestimmende Thema in den Medien seit dem Amtsantritt Fox'. Wie bei einem Tennisspiel verläuft seit Anfang

Dezember ein Schlagabtausch zwischen Präsident und Guerilla. Der mediengeübte Präsident Fox verkündet vollmundig seine Maßnahmen in Richtung Frieden. Die EZLN macht immer wieder deutlich, was für einen wirklichen Frieden aus ihrer Sicht tatsächlich geschehen muss.

Ein Blick hinter die markigen Worte des Präsidenten auf die Realität lässt die bisher eingeleiteten Schritte eher als halbherzig erscheinen. Um die Gespräche über eine politische Lösung des Konfliktes in Chiapas wieder aufzunehmen, fordert die EZLN die Annahme des Gesetzes über indianische Rechte und Kultur durch den Kongress, den Rückzug von Armee und Polizei aus zumindest sieben zentralen zapatistischen Regionen und die Freilassung der inhaftierten Zapatisten.

Vicente Fox erklärte, allen Forderungen der Zapatisten entsprechen zu wollen und verkündete gleich am ersten Tag nach seinem Amtsantritt den Rückzug der Armee und die Aufhebung der Straßenkontrollpunkte. Die Gesetzesvorlage zu den Rechten der indigenen Gemeinden brachte er persönlich in den Kongress ein, wo sie Ende Februar diskutiert werden soll. Sogar einige Zapatisten wurden freigelassen.

Vordergründig scheint alles auf bestem Wege und die internationale Presse applaudiert dem vermeintlichen Friedensengel Fox. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich ein deutlich anderes Bild. Der vermeintliche Rückzug der Armee beschränkt sich auf vier Gemeinden in nur einem der fast 40 umstrittenen Bezirke. Von den 63.000 in Chiapas anwesenden Soldaten wurden gerade mal 1.500 zurück gezogen, und das auch nur in ihre Kasernen. Die Straßensperren der Militärs wurden längst nicht alle aufgehoben, einige wurden mittlerweile sogar erneut installiert. So bemängeln die indigenen Gemeinden, bisher nichts von dem angekündigtem Rückzug der Armee zu verspüren. Von den sieben Camps, die laut der Forderungen der Zapatisten völlig aufgelöst werden sollen, bestehen fünf in voller Stärke und mitten in zapatistischen Dörfern weiter. In Guadalupe Tepeyac steht die Straßensperre der Militärs immer noch. Das Dorf gleicht einem Heerlager, die etwa 3.000 Einwohner flohen vor einer Militäroffensive am 10. Februar 1995 in die Berge und konnten seitdem nicht zurückkehren. Von hier aus machen sich weiterhin immer wieder Gruppen von Soldaten auf den Weg in den angrenzenden Urwald, um dort Zapatisten, oder wen sie dafür halten, zu suchen. Insgesamt sind es ohnehin über 260 bestehende Camps, Kontrollpunkte und Militärzonen. Und auch die Paramilitärs, von denen mittlerweile über zehn Gruppierungen unbehelligt oder sogar mit der Unterstützung von Polizei und Militär in Chiapas agieren, blieben bisher ungestört.

Auf Fragen von Journalisten, warum das Militär nicht ganz und unmittelbar aus den betroffenen Gebieten zurückgezogen wird, reagiert Fox ausweichend. Einen Termin für den Rückzug will er nicht nennen und tönt: "Es gefällt uns nicht über Dinge zu reden, wir lassen Taten sprechen". Und die Taten sprechen für sich. Das renommierte Wochenmagazin proceso weist darauf hin, dass die Militarisierung in einigen Gebieten sogar zugenommen habe. So wurden beispielsweise Militärs, die auf Fox Entscheidung hin am 22. Dezember als Geste des Friedens aus Amador Hernández abgezogen wurden, in die Zapatisten-Hochburg San Quintín, im Herzen des Lakandonischen Urwalds, verlegt, wo ohnehin schon nahezu 1.000 Soldaten des 73. Infanteriebataillons 1.500 Tzeltal-Indianern gegenüberstehen.

Die Gesetzesvorlage zu den indianischen Rechten und der Kultur wiederum wird voraussichtlich erst im Frühjahr nächsten Jahres debattiert werden. Subcomandante Marcos und weitere 22 Comandantes der EZLN wollen sich am 28. Februar persönlich im Kongress in Mexiko Stadt zu der Gesetzesinitiative äußern. Sollte der politische Willen in der Regierung vorhanden sein, die Vorlage in juristische Realität zu verwandeln, so könne dies innerhalb von drei Monaten geschehen. Es stimmt jedoch misstrauisch, dass ausgerechnet Xóchitl Gálvez, die von Fox neu ernannte Verantwortliche des "Präsidentenbüros für die Entwicklung der indigenen Völker" verkündete, der Prozess würde zwei Jahre dauern.

Juan Guerra, ehemaliges Mitglied der Friedenskommission Cocopa, welche die Gesetzesvorlage erarbeitete, warnt ohnehin vor verfrühten Hoffnungen. Fox habe schließlich den Antrag persönlich im Kongress eingereicht und nicht im Namen seiner Partei PAN. Diese wiederum hat seit 1998 einen eigenen Antrag dem Kongress vorgelegt, der weit weniger umfangreiche Rechte vorsieht, als zwischen Regierung und EZLN ausgehandelt wurden. Dieser Antrag wurde bisher nicht zurückgezogen. Fox könnte, so Guerra, seine Hände in Unschuld waschen, sollte der von ihm eingereichte Antrag von der PAN abgelehnt werden und damit die notwendige Mehrheit verfehlen.

Als halbherzig erwies sich bisher auch die vermeintliche Freilassung inhaftierter Zapatisten. In einem Kommuniqué begrüßte die EZLN zwar den Wunsch der neuen chiapanekischen Regierung mit der Freilassung der Gefangenen die Grundlagen für weitere Gespräche schaffen zu wollen, erinnerte aber gleichzeitig daran, dass auch in zwei weiteren Bundesstaaten Zapatisten inhaftiert seien.

EZLN will Ende Februar in Mexiko Stadt verhandeln

Das öffentliche Vorgehen von Präsident Fox entspreche einer neuen Art Aufstandsbekämpfung, erklärt der Politologe und angesehene Spezialist für Militärstrategien Carlos Fazio. In einem geheimen Plan namens "Chiapas 2000" seien auch alle bisherigen Schritte vorab genauestens beschrieben. Es gehe zunächst darum, den Zapatisten auf der Grundlage der "demokratischen Legitimität" die Fahne der Gerechtigkeit aus der Hand zu nehmen. Dazu solle die Regierung als "glaubwürdig" dargestellt werden, als "freundliche, nicht autoritär und offen für Alternativen". Vor allem der Präsident solle als "direkter Faktor des Dialogs" aufgebaut werden, der den Zapatisten die moralische Vertretung der Indianer streitig macht. Anschließend solle Schritt für Schritt das positive Bild der EZLN und Marcos demontiert werden. Dafür solle der "Öffentlichkeit gezeigt werden, wie Marcos sich mit kriminellen Machenschaften persönlich unheimlich bereichert" habe, während die EZLN in den Drogenhandel verstrickt sei. Darauf sollen "taktische chirurgische Eingriffe gegen die Kriminellen" erfolgen. Auf den Vatikan soll eingewirkt werden, damit er progressiven Priester in Chiapas austauscht und die Paramilitärverbände sollen in Verhandlungen mit lokalen Kaziquen in legale Polizeieinheiten verwandelt werden. Bisher entspreche das Vorgehen Fox genau dem Geheimdokument, so Carlos Fazio.

Neue Strategie der counter insurgency

Auch die Hoffnung vieler Mexikaner mit der Wahl Fox' käme es zu einer Stärkung ziviler Instanzen und der Einfluss der Armee würde zurück gedrängt, wurde bereits mit der Amtsübernahme enttäuscht. Entgegen seinen ausdrücklichen Wahlversprechen ernannte der frisch gebackene Präsident einen Militärstaatsanwalt zum Generalstaatsanwalt. Darüber hinaus kündigte er an, den Etat der mexikanischen Streitkräfte um zwölf Prozent zu erhöhen und die 12.400 Mann starke Infanterie der Marine in eine mobile schnelle Eingreiftruppe zu verwandeln. Zielt die Maßnahme auf den verstärkten Einsatz der Armee in anderen konfliktiven Bundesstaaten mit Guerillapräsenz wie Guerrero, Oaxaca oder Tabasco? Fox jedenfalls kündigte bereits an, "mit aller Härte" gegen bewaffnete Gruppen in anderen Bundesstaaten vorgehen zu wollen. Hier setzt der neue Präsident das Spiel der alten PRI-Regierung fort in "gute" und "böse" Guerillas zu unterscheiden, nur hat er in den Augen der Weltöffentlichkeit im Gegensatz zur abgewirtschafteten PRI eine frische demokratische Legitimation. Einer zivilen Lösung sozialer Konflikte ist sein Vorgehen kaum dienlich. Bis zu einem wirklichen Frieden mit Gerechtigkeit in Chiapas, und in anderen Regionen Mexikos, ist der Weg noch weit und ob die neue Regierung unter Vicente Fox ihn wirklich gehen wird, darf angezweifelt werden.

Dario Azzellini, Mexiko

24. Eine faschistische Strafexpedition. Nach der Bombe gegen "Il Manifesto": Neue "Strategie der Spannung?"

Italien nach der Bombe gegen Il Manifesto: Neuauflage der "Strategie der Spannung"?

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:01

Am 22. Dezember vergangenen Jahres, kurz nach 12 Uhr mittags, explodierte vor den Redaktionsräumen der linken italienischen Tageszeitung Il Manifesto eine Bombe. Bis auf den Attentäter, den seit 25 Jahren polizeibekannten Rechtsextremisten Andrea Insabato, wurde niemand verletzt. Das ist ein glücklicher Zufall: Wer mittags im Zentrum Roms eine Bombe zündet, will ein Blutbad. Ist der Anschlag, wenige Monate vor der Parlamentswahl, womöglich der Beginn einer neuen rechtsterroristischen "Strategie der Spannung"?

Italien gehörte bislang nicht zu den Ländern, wo Journalisten besonders gefährlich leben. Der Mord an Mino Pecorelli war der spektakulärste Fall eines (allerdings zwielichtigen) Publizisten, der seine für die Mächtigen lästigen Recherchen mit dem Tode bezahlte. Das war im März 1979; Giulio Andreotti, der Anstiftung zum Mord an Pecorelli angeklagt, wird in dieser Sache vermutlich demnächst ein weiteres Mal vor Gericht stehen, nachdem er in erster Instanz freigesprochen worden war. Abgesehen von einem rechten Anschlag gegen die römische Zeitung Paese Sera im Februar 1980 blieben Zeitungsredaktionen bisher von Attentaten aber verschont - auch in den "bleiernen Jahren" nach 1969, als die terroristische Rechte, unterstützt von Teilen des Staatsapparats, ihre "Strategie der Spannung" verfolgte. Die Bombe gegen Il Manifesto ist so gesehen ein Einzelfall.

Die Bestürzung über den Anschlag geht weit über die Linke hinaus. Selbst Abgesandte der neofaschistischen Alleanza Nazionale eilten an den Ort des Geschehens, um Mitgefühl zu heucheln. Einzig aus Silvio Berlusconis Forza Italia war kein Wort des Bedauerns oder der Solidarität zu vernehmen. Im gerade tagenden Senat, der unverzüglich über den Anschlag unterrichtet wurde, forderten die Sprecher des Rechtsblocks ganz ausgewogen Härte gegen "den Extremismus von rechts und links". Wobei ihnen ein "glücklicher Zufall" zu Hilfe kam: Wenige Tage zuvor, am 18. Dezember, war im Dom von Mailand ein Sprengsatz gefunden worden, dem allgemein eine linke Urheberschaft zugeschrieben wird - im Unterschied zur Bombe von Rom sollte er um drei Uhr nachts detonieren, wenn die Kirche menschenleer ist.

Dass Andrea Insabato ein militanter Rechter und mit Sicherheit kein "verwirrter Einzeltäter" ist, war schon kurz nach der Explosion allgemein bekannt. Der an den Beinen schwer verletzte 41-jährige Attentäter stand erstmals 1976 wegen Schüssen auf ein PCI-Büro vor Gericht. Seit spätestens 1980 war er Mitglied der rechtsterroristischen Gruppe Terza Posizione, die durch politische Morde und Brandanschläge auf Kinos auf sich aufmerksam machte; auf ihr Konto geht auch der erwähnte Anschlag auf die Redaktion des Paese Sera. 1995, als sich der neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) in Alleanza Nazionale (AN) umbenannte, schloss Insabato sich der ultrarechten MSI-Minderheit um Pino Rauti an und nahm am Gründungskongress der Fiamma Tricolore teil - jener Partei, die nach Berlusconis Kalkül bei den kommenden Wahlen, wie schon bei den Regionalwahlen im April vergangenen Jahres, entscheidende Stimmen zum Sieg des Rechtsblocks beisteuern soll.

Selbstkritik eines Linksdemokraten

Heute ist Insabato Mitglied der neofaschistischen Gruppierung Forza Nuova - was von deren Funktionären allerdings bestritten wird. Bei ersten Vernehmungen behauptete er, er sei - von Neofaschisten und/oder Geheimdienstlern - in eine "Falle" gelockt worden und habe vergeblich versucht, die Explosion der Bombe zu verhindern. Mit den Il-Manifesto-Leuten habe er über gemeinsame Palästina-Solidaritätsaktionen reden wollen.

Als Opfer sieht sich auch Forza Nuova, deren Verbot von immer mehr Politikern gefordert wird. Dass der Journalist Guido Rutolo von der liberalen La Stampa (früher Il Manifesto) auf einer Pressekonferenz von Forza Nuova mit Faustschlägen ins Gesicht traktiert wurde, lieferte den Verbotsbefürwortern neue Argumente. Politisch allerdings wird ein Verbot von Forza Nuova kaum etwas bewirken. Die dort organisierten militanten Rechten werden anderswo unterkriechen und vom Rechtstrend der italienischen Gesellschaft werden ohnehin

andere profitieren: der "Mitte-Rechts-Block" (centro-sinistra) um die Herren Berlusconi, Fini und Bossi, die mit ihren Tiraden gegen Ausländer und Linke den "Volkszorn" anfachen, als dessen Vollstrecker sich rechte Terroristen fühlen dürfen. Auch subtilere Botschaften tragen zum herrschenden "Klima der Intoleranz" bei, sagt Gavino Angius, linksdemokratischer Fraktionsvorsitzender im Senat: "Wenn Berlusconi den Kindern seiner Angestellten Weihnachtsgrüße sendet mit der Predigt, dass wir glücklicherweise ‚trotz der Kommunisten` noch Geschenke unter den Baum legen können, braucht man sich nicht zu wundern, wenn dann jemand seinen wahnsinnigen Appell in extremer Weise aufnimmt."

Angius, nach dem Bombenanschlag auf Il Manifesto zur rechten Gefahr befragt, gesteht auch die Versäumnisse der regierenden Linken ein. Sie habe die in den vergangenen Monaten vollzogene Radikalisierung der italienischen Rechten unterschätzt: "vom ethnischen Separatismus der Lega Nord bis zur wahlentscheidenden Rolle Rautis, von der Politik des Vatikans bis zum historischen Revisionismus." Letzteren (vgl. ak 445) sieht Angius als Wegbereiter einer rechten Kulturrevolution, die den Grundwert des Antifaschismus durch eine "moralische Pflicht zum Antikommunismus" ersetzen wolle. Dass im "Mitte-Rechts-Block" die Mitte fehle, wie Angius sagt, wird auch von dem renommierten Politikwissenschaftler Piero Ignazi bestätigt, der Berlusconis Forza Italia mittlerweile für gefährlicher hält als Alleanza Nazionale: Die aus dem Konzern in die Partei übernommene Kommandostruktur mit dem Chef als allein entscheidender Instanz sei für Anhänger des Führerprinzips in besonderem Maße attraktiv.

Dass mit der Bombe gegen Il Manifesto eine neue "Strategie der Spannung" eröffnet worden sein könnte, ist eher unwahrscheinlich. Der unter diesem Namen bekannt gewordene rechte Terrorismus seit 1969 beruhte auf dem Bündnis faschistischer Bombenleger mit Teilen des Staatsapparates. Für eine Neuauflage eines solchen Bündnisses gibt es derzeit keine Anhaltspunkte. Auch die Auswahl des Zieles spricht dagegen: Die rechten Anschläge gegen eine Mailänder Bank (1969: 16 Tote) und den Bahnhof von Bologna (1980: 85 Tote) sollten ein Gefühl allgemeiner Bedrohung verbreiten, die Linke demoralisieren bzw. kriminalisieren und die Sehnsucht nach dem starken Staat fördern. Der Anschlag gegen Il Manifesto passt nicht in dieses Raster, weil sein Ziel allzu offensichtlich ist: eine ohnehin um das Überleben kämpfende linke Zeitung im wahrsten Sinne des Wortes zu zerschlagen - oder zumindest ihre MacherInnen einzuschüchtern und zum Aufgeben zu nötigen. Der prominente Resistenza-Veteran Pietro Ingrao (PCI/PDS, heute parteilos) fühlt sich denn auch eher an die faschistischen "Strafexpeditionen" seit 1920 erinnert.

Dass Il Manifesto zum Objekt tödlichen Hasses werden konnte, haben auch die Biedermänner der italienischen Rechten zu verantworten. Berlusconi, der selbst die neoliberal gewendeten Linksdemokraten immer noch als Kommunisten ansieht, würde die Zeitung der unorthodoxen Linken um Rossana Rossanda und Luigi Pintor am liebsten verbieten. Die Tageszeitung Il Giornale, die Silvio Berlusconi an seinen Bruder Paolo übergeben hat, trat nach dem Attentat noch einmal nach: Zuerst legte ihr Kommentator nahe, die Il-Manifesto-Redakteure hätten die Bombe selbst gelegt - um der abgeschlagenen Linken im laufenden Wahlkampf zu helfen. Danach behauptete das Blatt, es habe sich doch eigentlich eher um einen "harmlosen Feuerwerkskörper" gehandelt.

Berlusconi gegen Gewalt "von rechts und links"

Zwar übertönt der Chor der Betroffenen solche zynischen Dissonanzen. Es ist aber die Stimme des mutmaßlich nächsten italienischen Ministerpräsidenten, die hier schrill dazwischen quäkt. Und mit dem wollen auch die regierenden Linken weiter in gutem Einvernehmen leben. Die "Reform der Institutionen" müsse - im Konsens der beiden großen politischen Lager - weiter betrieben werden, fordert der linksdemokratische Parlamentspräsident Luciano Violante. Rechte Parteien zu verbieten findet er falsch. Erst wenn "Protest" in "Terror" übergehe, müsse der Staat einschreiten - wie in Nizza, wo während der Demonstration gegen den EU-Gipfel ein Waffengeschäft geplündert worden sei. Dass der Terror genau zwei Wurzeln habe, findet auch Berlusconi: Die Gewalt in der Gesellschaft, die zur Bombe gegen Il Manifesto geführt habe, komme aus den Skinhead-Zirkeln - und aus militanten Protestbewegungen wie in Seattle und Nizza. Die beiden "entgegengesetzten Extremismen" aber würden sich gegenseitig hochschaukeln.

Aus dieser hanebüchenen "Analyse" folgt allerdings - auch unter der italienischen Mitte-Links-Regierung - keineswegs eine Gleichbehandlung der "Extremismen" durch die Staatsgewalt: Während die Polizei jüngst die Proteste gegen Haiders Besuch beim Papst niederknüppelte, durften die italienischen Rechten ungehindert ihren besten österreichischen Freund feiern. Unter den Jublern befand sich auch Andrea Insabato.

Js.

25. Der rechte Terror in Italien

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:36

Ob der Anschlag gegen Il Manifesto der Beginn einer neuen rechten "Strategie der Spannung" war, ist zweifelhaft. Es soll hier aber daran erinnert werden, dass auch die faschistische Terrorkampagne des Jahres 1969 mit "kleineren" Anschlägen begann, bei denen es viele Verletzte, aber noch keine Toten gab. Das Massaker an der Mailänder Piazza Fontana (12. Dezember 1969) bleibt gleichwohl eine Zäsur - nicht nur wegen der vielen Opfer, sondern auch wegen der Mittäterschaft des Staates. (vgl. "Das Staatsmassaker"; ak 433) Im Folgenden eine Erinnerung an die opferreichsten Anschläge der "bleiernen

Jahre" zwischen 1969 und 1984.

12.12.1969 Mailand. In der Landwirtschaftsbank an der Piazza Fontana explodiert eine Bombe. 16 Menschen sterben, mehr als 100 werden verletzt.

22.7.1970 Bei einem Bombenanschlag auf den Zug Pfeil des Südens werden sechs Menschen getötet und 139 verletzt.

31.5 1972 Peteano. Bei der Explosion einer Autobombe sterben drei Carabinieri, einer wird verletzt.

28.5. 1974 Brescia. Acht Teilnehmer einer Gewerkschaftskundgebung werden durch eine Bombe getötet, fast 100 verletzt.

4.8.1974 In dem Zug Italicus, der von Rom nach München fährt, explodiert eine Bombe. Es gibt zwölf Tote und 48 Verletzte.

2.8.1980 Bologna. Bei einem Bombenanschlag auf den Bahnhof sterben 85 Menschen, Dutzende werden verletzt.

23.12.1984 Bombenanschlag auf den Zug Neapel-Mailand: 16 Tote, 277 Verletzte.

26. Castor marsch. Transport nach Ahaus für Anfang März geplant

Autor: Tom Binger · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:21

Direkt zu Beginn des neuen Jahres verkündete Nordrhein-Westfalens Innenminister Fritz Behrens (SPD) überraschend für den Zeitraum vom 28. Februar - 12. März eine Urlaubsperre für die gesamte NRW-Polizei. Ziemlich genau drei Jahre nach dem letzten innerdeutschen Castor-Transport soll wieder ein Transport aus dem süddeutschen AKW Neckarwestheim nach Ahaus stattfinden. Allein aus NRW ist der Einsatz von 13.000 Polizisten geplant. Bundesweit sollen ca. 20.000 Polizei- und BGS-Beamte eingesetzt werden. Einen genauen Transporttermin will Behrens nicht nennen, "damit Gewalttäter ihre Aktionen nicht besser planen können." Auch der Münsteraner Polizeisprecher Alfons Probst bestätigt lediglich, dass seine mit der Einsatzleitung beauftragte Behörde die Weisung habe, bis zum 1. März einsatzbereit zu sein.

Bereits im Januar 2000 hat das Bundesamt für Strahlenschutz diesen Transportstopp aufgehoben und fünf innerdeutsche Transporte aus den AKWs Biblis, Neckarwestheim und Philippsburg nach Ahaus genehmigt. Dies war die notwendige Vorleistung der rot-grünen Bundesregierung für das Zustandekommen des sog. Atomkonsenses. Seitdem versuchen nun die Betreiber die CASTOR-Behälter gemäß den neuen Sicherheitsauflagen ordnungsgemäß zu beladen. In Biblis gelang ihnen das lediglich mit zwei Behältern, während sie in Philippsburg komplett scheiterten.

"Bei uns liegen die Nerven blank"

Nur in Neckarwestheim stehen sechs CASTOR-Behälter reisefertig auf dem Kraftwerksgelände. Angesichts voller Abklingbecken äußert der dortige Kraftwerkssprecher Martin Lessow zu den Transportplanungen: "Wir wären froh, wenn es stimmen würde". Am 1. April steht in Neckarwestheim eine Revision mit dem Austausch von 122 Brennelementen an. Das Abklingbecken hat aber nur noch 15 freie Plätze. "Bei uns liegen die Nerven blank", so Wolf-Dieter Perschmann von der Betreibergesellschaft GKN. Um ein Abschalten zu verhindern, bleibt den Betreibern als Alternative zu den widerstandsanfälligen CASTOR-Transporten nur eine Ausweitung der sog. Interimslagerung auf dem Kraftwerksgelände. Doch Baden-Württemberg verweigert aus politischen Gründen die Genehmigung von weiteren Abstellplätzen für Atommüll, so dass die GKN bereits versucht, die baurechtliche Genehmigung von insgesamt 24 Abstellplätzen vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart zu erklagen.

Die Landesregierung in Baden-Württemberg sieht sich nicht an die Atomkonsensvereinbarung gebunden und lehnt die Einrichtung dezentraler Zwischenlager an den Kraftwerksstandorten ab. Nach dem Willen der süddeutschen Bundesländer soll der Atommüll aus den dortigen AKWs auch weiterhin in die zentralen Zwischenlager nach Ahaus und Gorleben transportiert werden. Angesichts der Ende März stattfindenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und des großen lokalen Widerstandes an den geplanten neuen Zwischenlagerstandorten ist kaum mit einem freiwilligen Nachgeben der schwarz-gelben Landesregierung vor dem Wahltermin zu rechnen.

Vor dem Hintergrund dieser parteipolitischen Konstellation hat bereits das beliebte "Schwarze-Peter-Spiel" begonnen: Die NRW-Landesgrünen halten "einen Transport nach Ahaus vor der Genehmigungsentscheidung für vollkommen absurd". NRW Innenminister Behrens fordert Bundesumweltminister Trittin auf, "alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das laufende Genehmigungsverfahren für ein Zwischenlager in Baden-Württemberg zu beschleunigen". Wenn Baden-Württemberg "seine Obstruktionspolitik" beende, gebe es eine Chance, den für März geplanten Transport "und alle weiteren" zu verhindern. Ansonsten habe er keine Möglichkeit, den genehmigten Transport zu verweigern: "Ich bin bloß der Letzte, den die Hunde beißen", so der mitleidsheischende Innenminister.

Die Bürgerinitiative Kein Atommüll in Ahaus lässt sich von diesen "Machtspielchen zwischen verschiedenen Provinzpolitikern" nicht irritieren und ruft unter dem Motto "Wir stellen und quer!" zu heftigem Widerstand in Ahaus und an der gesamten Transportstrecke auf. Sie rechnet mit einem Transporttermin zwischen dem 28. Februar und dem 4. März. Ziel ist es, den Protest gegen die "sinnlose Verschieberei von Atommüll" auf die

Schienen zu tragen. Die BI geht davon aus, dass wieder tausende von Menschen sich querstellen werden, wenn es zu dem Transport kommt.

Großdemonstration am 18. Februar in Ahaus

Ein wichtiges Signal für die Stärke des Widerstandes ist die von einem breiten Bündnis aus Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, lokalen Parteigliederungen und christlichen Aktionsgruppen geplante Großdemonstration am 18. Februar in Ahaus. Ab 14 Uhr soll an diesem Sonntag eine bundesweite Auftaktdemonstration vom Ahauser Rathaus zum Zwischenlager stattfinden. Die vom Münsteraner Polizeipräsidenten Hubert Wimber befürchtete bundesweite Beteiligung Autonomer wird vom Ahauser BI-Sprecher Hartmut Liebermann ausdrücklich begrüßt. Neben der politischen Mobilisierung versucht die Ahauser Bürgerinitiative auch auf juristischem Weg die weitere Einlagerung von Atommüll im Lager Ahaus zu verhindern. Wegen der weiter bestehenden Behälterundichtigkeiten ist ein Einlagerungsstopp per Eilentscheidung beim Oberverwaltungsgericht Münster beantragt.

Auch X-tausendmal quer kündigt eine bundesweite Mobilisierung nach Neckarwestheim, Ahaus und Gorleben an. Mehr als 4.000 Menschen hätten bereits ihre Beteiligung an den geplanten großen Sitzblockaden schriftlich zugesagt. Die beiden im März geplanten CASTOR-Transporte nach Ahaus und Gorleben sind für die Anti-Atom-Bewegung wichtige Kristallisationspunkte um zu verdeutlichen, dass es entgegen der rot-grünen Regierungsrhetorik keinen wirklichen atompolitischen Konsens in diesem Land gibt.

Tom Binger

Kontakt: Bürgerinitiative Kein Atommüll in Ahaus, Bahnhofstr. 51; 48683 Ahaus, Tel. 02561/961791; Fax 02561/961792; Info-Telefon (AB) 02561/961799, Homepage: www.bi-ahaus.de; Email: mail@bi-ahaus.de

27. Neckarwestheim verstopfen

Autor: Herbert Würth · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:20

Drei Jahre nach dem Transportstopp soll der erste Castor-Transport Anfang März von Neckarwestheim nach Ahaus rollen. Nachdem in Nordrhein-Westfalen eine Urlaubssperre für die Polizei verhängt wurde, bestätigte in der ersten Januarwoche auch das baden-württembergische Innenministerium diesen Transporttermin. Im AKW Neckarwestheim stehen sechs mit 114 hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen beladene Castoren V/19, die jetzt als six-pack nach Ahaus sollen. Wie in den AKWs Philippsburg und Biblis besteht auch in Neckarwestheim die einmalige Chance, dass die beiden AKWs bei den nächsten Revisionen im April und Mai vom Netz müssen, da die Abklingbecken voll sind.

Als "Lösung" für das Problem "Atommüll wohin", läuft seit einem Jahr die Auseinandersetzung um das Standort-Zwischenlager. Gemäß den rot-grünen Plänen zum jahrzehntelangen Weiterbetrieb der AKWs war im Dezember 99 ein 160 Castoren-Zwischenlager beantragt worden. Damit wurde eine lokalpolitische Bombe gezündet, denn den Atommüll will auch hier niemand haben. Der für den baurechtlichen Antrag zuständige Gemeinderat Gemmrigheim beschloss einen neuen Bebauungsplan, um das Zwischenlager zu verhindern. Diese Auseinandersetzung, das atomrechtliche Verfahren und der Bau des Zwischenlagers kann 4-5 Jahre dauern. Um keine Abstimmungsniederlage im Gemeinderat für das Zwischenlager zu erhalten, zog das AKW den Bauantrag zurück. Stattdessen wurde im Mai 2000 als schnelle "Lightversion" ein Interimslager mit Betonhauben für 24 CASTOREN unter freiem Himmel beantragt. Das AKW erpresste die Gemeinderäte mit Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe, wenn die Nichterteilung der baurechtlichen Genehmigung zu einer Abschaltung führe. Daraufhin wurden 12 statt 24 Castor-Plätze genehmigt. Das atomrechtliche Anhörungsverfahren dazu fand bereits im Oktober statt. Das AKW klagt jetzt beim Verwaltungsgericht Stuttgart auf Erteilung der Baugenehmigung für die 24 Stellplätze.

Der Krimi um das Zwischenlager geht mit einem geändert eingereichten Bauantrag in eine neue Runde. Jetzt sollen 150 Castoren in zwei Tunnelröhren die baurechtliche Sperre des Gemeinderates aushebeln. In einer nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung drohten die Herren des AKW mit zwei Millionen Schadensersatz pro Tag bei einer Stilllegung. Der von der Bürgermeisterin für die Gemeinde engagierte Rechtsanwalt sieht plötzlich keine Möglichkeit mehr, das Baugesuch abzulehnen. Er droht sogar, dass nicht nur die Gemeinde mit ihrem Vermögen, sondern auch die Gemeinderäte mit ihrem Privatvermögen haften. In einer öffentlichen Gemeinderatsanhörung relativiert er diese Aussage, sie zeigt jedoch, mit welchen Karten hier gespielt wird. Und sie haben ja auch ein ganz neues Problem, die Herren der Atomkraft. Die bisherige Friedhofsruhe - dank den Steuermillionen und den Geldspenden - ist auch an den AKW-Standorten mit der Zwischenlagerdiskussion ein für alle mal beim Teufel. Selbst im politisch schwarzen Baden-Württemberg sprechen sogar CDU-Gemeinderäte davon, dass, wenn es nicht anders geht, das AKW abgeschaltet werden müsse. In Gemmrigheim und den anderen Anliegergemeinden sind alle gegen das geplante Zwischenlager. Nur abschalten wollen sie noch nicht. Ein Teil verlangt wie bisher, den hochradioaktiven Atommüll abzutransportieren. Wohin? Na, wie bisher in die WAAs und die Zwischenlager Ahaus und Gorleben. Einige der Gemeinderäte durften auch bereits auf AKW-Kosten das "Endlager" Gorleben besuchen. Das Pikante daran ist, dass auf Grund der 147 Atommülltransporte des AKW Neckarwestheim nach La Hague in die französische WAA bereits alle gekauften Stellplätze im Zwischenlager in Gorleben mit den Kokillenrücktransporten belegt sind. Deshalb stehen als "Entsorgung" nur noch 18 Stellplätze in Ahaus zur Verfügung. Die Standort-Zwischenlager als Garant des Weiterbetriebes und als Rettung vor dem sofortigen Abschalten? Dass dies nicht passiert, liegt auch an uns.

Ein für allemal beim Teufel

Jetzt steht die Auseinandersetzung mit den Castor-Transporten vor der Tür. Seit dem Transportstopp vor drei Jahren hat die bundesweite Anti-AKW-Bewegung sich darauf vorbereitet. Jetzt geht es richtig los.

Und dies unter den geänderten politischen Voraussetzung. Vor drei Jahren waren in Neckarwestheim noch die Grünen Herren Kuhn und Schlauch zumindest pressewirksam beim Castor-Transport vor Ort, viele Grüne waren bei den Aktionen dabei. Bereits im letzten Jahr wurde von demselben Kuhn nach dem Konsens untersagt, dass bei den Grünen in Baden-Württemberg Material der AKW-Gegner über den Verteiler raus geht.

Herbert Würth

Das Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim ruft zur Blockade am Abfahrts-AKW in Neckarwestheim für den geplanten six-pack nach Ahaus auf. Sonntagsspaziergang am 4. Februar, 14 Uhr, Bahnhof Kirchheim/N, Auftaktdemo: am Sonntag vor dem geplanten Transporttermin, Kontakt: Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim, c/o DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, Infotelefon und AB: 07141-903363, http://neckarwestheim.antiatom.de

28. Konzept 20 + 50. Castoren kommen Ende März nach Gorleben

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:19

Die Seerauer Brücke ist fertig. Seit dem 15. Januar rollt der Bahnverkehr wieder. Und damit kann auch der Castor wieder rollen. Vier Jahre nach dem März 1997, als zum letzten Mal hochradioaktiver Atommüll nach Gorleben geliefert werden konnte, heißt es jetzt wieder "Castor-Alarm" im Wendland. Schon Mitte November erteilte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Genehmigung für einen Transport von sechs Castoren aus La Hague, gefüllt mit 28 hochradioaktiven Glaskokillen. Das sind in Glas eingeschmolzene Abfälle aus der Wiederaufarbeitung. Der Zeitraum der Genehmigung wurde vom BfS denkbar eng bemessen. Nur zwischen dem 26. März und dem 8. April darf der Atommüllzug rollen. Das macht es für die niedersächsische Polizei nicht einfach. Bis zum 28. März findet in Hannover die CeBIT, die weltgrößte Computermesse statt. Und ab dem 31. März sind in Niedersachsen Osterferien.

Inzwischen sickerten erste Gerüchte über den konkreten Transporttermin durch. Ein möglicher Ablauf sieht so aus, dass der Zug in der Nacht vom 26. auf den 27. März die französisch-deutsche Grenze am Übergang Straßburg-Kehl passiert, den ganzen Dienstag (27.3.) über Richtung Norden rollt, um dann - je nach Widerstand - am Abend oder in der Nacht in Dannenberg am Verladekran einzutreffen.

Widerstand auch in Frankreich

Die Verladung der Castoren wird diesmal schneller gehen, denn der Kran wurde in den letzten Monaten umgebaut, rollt jetzt selbst auf eigenen Schienen. So entfällt künftig zeitaufwendiges Rangieren. Wenn der Zug also Dannenberg rechtzeitig erreicht, kann noch in der Nacht auf die Straßen-Tieflader umgepackt werden, und am Mittwoch, den 28.3. würde der Konvoi die letzten 18 km durch das Wendland zurücklegen. Kommt der Zeitplan in Verzug, dann soll der Straßentransport am 29.3. stattfinden.

Die Polizei plant einen Einsatz, der mindestens den Umfang von 1997 haben soll, als 30.000 BeamtInnen bundesweit den Castor schützen mussten. Weil schon wenige Wochen vorher der Transport von Neckarwestheim nach Ahaus (siehe nebenstehende Artikel) geplant ist, kommen Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS) an den Rand ihrer Möglichkeiten. "Im Moment gehe ich davon aus, dass dieser Transport der einzige im kommenden Jahr sein wird", schätzt Niedersachsens Innenminister Heiner Bartling die Situation ein.

Das ist auch deshalb plausibel, weil Polizei und BGS ab September schon wieder Urlaubssperre haben, dann um die unzähligen Geldtransporte zu sichern, die zur Einführung des Euro-Bargeldes zum Jahreswechsel notwendig werden. Da wird es Gerhard Schröder beim nächsten deutsch-französischen Gipfel am 31. Januar in Straßburg schwer haben, seinen französischen Kollegen Lionel Jospin davon zu überzeugen, dass er sich an seine Zusage hält, die Transporte La Hague - Gorleben jetzt regelmäßig rollen zu lassen.

Überhaupt wird der Transport nach Gorleben für die Bundesregierung eher peinlich. Denn die ursprüngliche Argumentation, diese Atommüll-Fuhre diene dem Ausstieg und der nationalen Verantwortung für den "deutschen" Strahlenmüll ist spätestens seit dem französischen Junktim konterkariert, das erst dann wieder Transporte von deutschen AKWs zur WAA La Hague rollen dürfen, wenn die Glaskokillen in Gorleben sind. So kommt dem Ende März durch die Republik rollenden Atommüllzug die umfassende Funktion zu, quasi als Türöffner für die weitere Verschiebung von abgebrannten Brennelementen nach La Hague zu dienen und damit den Weiterbetrieb der Reaktoren zu sichern.

Ankunft am 27. März?

Dies haben auch französische AtomkraftgegnerInnen erkannt und deshalb wird es auch in Frankreich Widerstand gegen den Gorleben-Transport geben. Zwar ist die Forderung der Bürgerinitiativen um La Hague, den Müll von dort zu entfernen, aber ihnen ist klar, dass durch die Abgabe dieser sechs Castoren der Weg frei wird für die Lieferung von mehreren hundert neuen Atommüllbehältern.

Im Wendland wird eifrig an Widerstandskonzepten gestrickt. Seit Anfang Januar gibt es wieder sonntägliche Bahnspaziergänge auf der Strecke Lüneburg-Dannenberg. Am 24. Februar ist ein großer Schienenaktionstag geplant und - wenn sich der Terminplan bestätigt - am 24. März die große Auftaktdemonstration für die "heiße Phase" in Lüneburg. Möglichst viele Menschen sollten dann gleich in der Region bleiben. Es werden Camps entlang der Strecke Lüneburg-Dannenberg eingerichtet, denn dort soll - das ist neu - der Widerstand bis zum Eintreffen des Zuges am Verladekran einen neuen Schwerpunkt haben. Das Konzept heißt 50+20. Bisher hat sich fast alles auf den letzten 20 km Straßenstrecke konzentriert. Jetzt kommen noch 50 km Schienenstrecke dazu. Gleich hinter Lüneburg, bei Wendisch Evern, wird die Kampagne X-tausendmal quer - überall ein großes Camp errichten, weitere sind im Raum Dahlenburg, Göhrde und Hitzacker geplant.

Das Konzept für die Straßenstrecke ist noch in Arbeit. Viel hängt von der Einschätzung ab, ob die AtomkraftgegnerInnen aus dem Wendland den Weg auf die Schiene und ein Stück weiter weg von Gorleben mitmachen oder ob es sinnvoll ist, auch vor der Ankunft des Zuges in Dannenberg größere Aktionen zu starten.

Es geht um viel bei der Auseinandersetzung im März in Neckarwestheim, Ahaus und Gorleben. Wird die Anti-Atom-Bewegung ihre Handlungsfähigkeit erneut unter Beweis stellen? Haben viele Menschen erkannt, dass nicht rot-grün den Ausstieg bringt, sondern nur das eigene Streiten?

Gorleben hat gegenüber Ahaus einen Vorteil: Weil einige Wochen vorher das Thema Castor schon einmal die Medien beherrschen wird, sind die Voraussetzungen für die Mobilisierung optimal. Die Initiativen im Wendland haben sich vorgenommen, diesen Umstand zu nutzen. Anfang März fahren sie "zum Üben" nach Neckarwestheim oder Ahaus, danach rühren sie um so mehr die Trommel, damit dieser Transport nach Gorleben nicht der Auftakt einer unendlichen Transportserie, sondern schon wieder das vorläufige Ende darstellt.

Jochen Stay

Mehr Infos: www.x1000malquer.de und www.bi-luechow-dannnenberg.de

29. Ahaus '98 -Verfahren laufen noch

Autor: Wilhelm Achelpöhler · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:23

Während im März 2001 der nächste Castor nach Ahaus rollt, ist die juristische Aufarbeitung des Castortransports vom März 1998 auch drei Jahre danach noch nicht abgeschlossen. Wir geben im folgenden einen Überblick.

Bilder wie in Gorleben" wolle man vermeiden, hatte damals Einsatzleiter Haase vom Polizeipräsidium Münster vor dem Transport erklärt. Das war wörtlich gemeint. Es war ein Kampf um die Bilder, die das Vorgehen der Polizei kennzeichnete. Zuallererst sollten Bilder von Demonstranten verhindert werden. Deshalb gab es ein weiträumiges Demonstrationsverbot. In einer Verbotszone von etwa einem Kilometer um die Gleise wurden alle nicht angemeldeten Versammlungen durch Allgemeinverfügung am 9. März 1998 verboten. Damit ging die Polizei wesentlich über die Verbote in Gorleben hinaus. Begründung: "In der Breite begründet sich der notwendige Bereich des Versammlungsverbots (...) damit, dass für die Beweglichkeit der vorhandenen Polizeikräfte innerhalb des versammlungsfreien Bereiches immer eine Wegverbindung vorhanden sein muß (...). Die Polizei benötigt den Aktionsraum in diesen Grenzen. Dabei sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung nicht gefährdet werden." Mit dieser "fürsorglichen" Begründung wurde das Versammlungsrecht der Erleichterung polizeilicher Arbeit geopfert, alle später angemeldeten Versammlungen verboten. Dazu gehörten insbesondere die als Versammlungen angemeldeten Camps von Bürgerinitiativen. Das Camp der BI-Lüchow-Dannenberg wurde zur "Ansammlung" erklärt und geräumt, obwohl es außerhalb der Verbotszone lag. Eilverfahren gegen die Allgemeinverfügung und das Verbot des Camps der BI Ahaus blieben erfolglos. Die Hauptsacheverfahren sind bis heute noch nicht terminiert.

Insgesamt 627 AKW-GegnerInnen wurden am 20.3.1998 von der Polizei in Gewahrsam genommen und in Sammelstellen bis 50 Km außerhalb von Ahaus verbracht. Dies erfolgte meist im Zusammenhang mit Demonstrationen innerhalb der Verbotszone und bei Sitzblockaden auf den Gleisen. Einige Betroffene waren bis zu 25 Stunden in Polizeigewahrsam. Die nach Art. 104 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetzes und § 36 Abs. 1 des Polizeigesetzes NRW "unverzüglich" von der Polizei herbeizuführende richterliche Entscheidung über die Zulässigkeit der Freiheitsentziehung gab es nur in 20 Fällen in der Gefangenensammelstelle Coesfeld. Begründung des Amtsgerichts Coesfeld: "Der Gewahrsam stellt das äußerste polizeiliche Mittel zur Verhinderung von Schäden dar (...). Er darf nur angeordnet werden, wenn er unerlässlich ist und mildere Mittel nicht eingesetzt werden können. Gewahrsam darf nicht eingesetzt werden, um die polizeiliche Arbeit, etwa zur Durchsetzung einer Platzverweisung, zu erleichtern. (...) Bei Anlegung dieses strengen Maßstabes ist die angeordnete Freiheitsentziehung nicht unerlässlich, angesichts der Schwere des Grundrechtseingriffs unverhältnismäßig und damit unzulässig. Der von der Polizei vorgetragene Sachverhalt beschränkt sich darauf, dem Platzverweis sei nicht nachgekommen worden ..." (Beschluss des AG Coesfeld v. 20.3.1998, in: Ahaus und der Tag X Dokumentation, BI Ahaus, Postfach 1165, 48683 Ahaus). Auch diese Entscheidungen wurden nur auf Drängen von Rechtsanwältinnen getroffen. Von sich aus stellte die Polizei in keiner anderen Gefangenensammelstelle auch nur einen Antrag auf richterliche Entscheidung - obwohl durchaus Richter bereit standen und obwohl von den Gefangenen eine solche Entscheidung verlangt wurde (Dokumentation der BI Ahaus vom 17.1.2001 "Was ist ein Rechtsstaat").

Diese rechtswidrige Praxis hatte sowohl ein politisches als auch ein juristisches Nachspiel. Es gab eine Anfrage der Grünen im Landtag, in deren Beantwortung Innenminister Behrens (SPD) die bemerkenswerte Auffassung äußerte, während der Ingewahrsamnahme habe der Betroffene keine Möglichkeit eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Damit setzte er sich in offenen Gegensatz zum OVG Nordrhein Westfalen, dass mit Urteil vom 3.1.1989 erklärt hatte: "Es kann indes keinem Zweifel unterliegen, dass auch der in Gewahrsam Genommene im Hinblick auf Art. 19 Abs. 4 GG das Recht hat, um gerichtlichen Rechtsschutz nachzusuchen." (NJW 1990, 3224) - und dass dafür derselbe Richter zuständig ist, den die Polizei um Entscheidung ersuchen muss.

Einige der Betroffenen erstatteten Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung, andere erhoben Klage vor dem Verwaltungsgericht Münster. Die Strafverfahren wurden durch die StA Bielefeld mit der Begründung eingestellt, ein Beamter habe am Mittag des 20.3.1998 mit dem (unzuständigen) Amtsgericht Ahaus telefoniert

und dessen Äußerung so verstanden, dass die Polizei quasi einen Freibrief für die Ingewahrsamnahmen habe. Da das AG Ahaus dies natürlich nicht getan hat, sind wohl 627 AKW-Gegner Opfer eines Missverständnisses geworden. Gegen die Einstellung des Strafverfahrens ist eine Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft Hamm anhängig.

Die verwaltungsgerichtlichen Verfahren sind auch heute noch nicht entschieden. Eilbedarf sieht das Gericht nicht, werde doch der Rechtsschutz beim nächsten Castortransport durch die Amtsgerichte gewährleistet.

Eine Statistik über die wenigen Strafverfahren gegen Demonstranten gibt es nicht. Wegen der Teilnahme an Sitzblockaden kam es außerhalb von Ahaus zu Verwarnungen durch den BGS (bis 50 DM). Der Oberkreisdirektor Borken leitete wegen den Verstößen gegen das Versammlungsverbot 473 Ordnungswidrigkeitsverfahren ein. 375 Verfahren wurden eingestellt, in den verbliebenen 98 Fällen kam es zu Bußgeldbescheiden zwischen 200 DM und 400 DM, je nach Einkommen. Diese reduzierte das AG Borken dann auf 50 DM für Personen ohne Einkommen und auf 100 DM für Personen mit Einkommen. Jugendlichen wurden auch die Gebühren erlassen. Damit bewegen sich die Bußgelder im Rahmen leichterer Verkehrsdelikte. Die BI Ahaus hat zu der juristischen Nachlese eine Dokumentation erstellt.

Wilhelm Achelpöhler,

Rechtsanwalt Münster

Ausführlicher zum Thema Demonstrationsverbote berichtet der Autor in: Verbotszonen für Bürgerproteste in: Grundrechte-Report 1999; Donat, in KJ 1998, S. 393

30. Einheitsfront gegen Temelin. Temelin ist eine tschechische, Heimatschutz eine österreichische Angelegenheit

Autor: Thomas Schmidinger · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung; Österreich; Tschechien · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:18

In Österreich blockierte ein Bündnis von links bis rechtsextrem die Grenzen zu Tschechien, um gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Temelin zu protestieren. Mit der Überschrift "Temelin ist keine tschechische Angelegenheit" berichtete Josef Pühringer in ak 445 über die Proteste, ohne ein Wort über die Zusammenarbeit mit der FPÖ und die

Aktionsform der Grenzblockade zu verlieren.

Österreichs ÖkoaktivistInnen, FPÖ-Funktionäre, Grüne, ÖVP-Bürgermeister und Mühlviertler Bauern blockieren seit Monaten immer wieder die Grenze zu Tschechien. Damit soll die tschechische Regierung dazu bewegt werden, das AKW Temelin nicht in Betrieb zu nehmen. Kaum jemand kommt auf die Idee, sich oder die Menschen hinter der Grenze zu fragen, was diese Aktionsform, die erstmals seit der Öffnung des eisernen Vorhangs 1989 zur Schließung der Grenzen zwischen Österreich und Tschechien führt, auslöst.

Im Hintergrund der Blockaden steht auch, dass die Regierungskoalition aus FPÖ und ÖVP auf zwei Ebenen gegen den EU-Beitritt Tschechiens vorgeht. Zeitgleich wurden sowohl das Atomkraftwerk Temelin als auch die Benes-Dekrete von 1945 als Hindernis für einen EU-Beitritt Tschechiens thematisiert. Die FPÖ sieht sich schon jahrzehntelang den sogenannten "Volksdeutschen" und "Heimatvertriebenen" verbunden. Die Forderung nach der Rücknahme der Benes-Dekrete, einer Sammlung von 143 Verordnungen im Gesetzesrang, die u.a. die Enteignung und Aussiedlung der Sudetendeutschen, mit Ausnahme der AntifaschistInnen unter ihnen, regelten, stellt seit dem Sommer ein Hauptthema der Regierung dar. Die FPÖ knüpfte die EU-Osterweiterung an die Rücknahme der tschechischen Benes-Dekrete und der ähnlich lautenden Avnoj-Beschlüsse des ehemaligen Jugoslawiens.

In diesem anti-tschechischen Klima begannen nun die Grenzblockaden der Bürgerinitiativen Oberösterreichs, die sich zur Oberösterreichischen Überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr (OÖÜPgA) zusammengeschlossen haben. Unterstützung aller Art wird von dieser Überparteilichen Plattform gerne angenommen, komme sie von den Grünen, der ÖVP, der SPÖ oder eben der FPÖ.

Da sich in Österreich seit der Volksabstimmung Ende der 70er Jahre, deren Ausgang das AKW Zwentendorf verhinderte, alle politischen Parteien gegen Atomkraftwerke wenden, ist es bei diesem Thema kein Problem, eine Einheitsfront herzustellen, die eben von ganz links bis ganz rechts reicht. Das hat Tradition. Die erwähnte Volksabstimmung über das einzige österreichische AKW unter der Regierung Kreisky gewann eine Allianz aus völkischen HeimatschützerInnen, Ökos, lebensschützerischen KatholikInnen, TrotzkistInnen, FPÖ, ÖVP und der rechten Neuen Kronenzeitung, die rund 40% der gesamten Druckauflage aller österreichischen Tageszeitungen stellt.

Damit soll nicht gesagt werden, dass die österreichische Umweltbewegung an sich rechts wäre. Berührungsängste mit rechten HeimatschützerInnen kennen aber nur wenige. So ist es auch kein Wunder, dass Jörg Haider den Grenzblockaden der lokalen Temelin-GegnerInnen aus Ober- und Niederösterreich einen Besuch abstattete und seine Solidarität ausdrückte. Der Freiheitliche Pressedienst jubelte am 10. Oktober: "Mit vereinten Kräften und im wahrsten Sinne an der Front ‚Wullowitz` zeigten sich gestern Abend bis in die späten Nachtstunden die Freiheitlichen Oberösterreichs im Kampf gegen die für Montag geplante Inbetriebnahme des AKW Temelin."

Die Blockierer der OÖÜPgA wehrten sich weder gegen den Besuch Haiders, noch gegen andere FPÖ-Politiker und FPÖ-Transparente vor Ort. Die Kritik einiger linksradikaler Anti-Atom-Initiativen und Ökogruppen aus Deutschland und Österreich an der Politik der OÖÜPgA richtet sich aber nicht nur gegen den Besuch Haiders und die unkritische Annahme jeder Unterstützung. Es ist auch die Aktionsform der Grenzblockade an sich, die Politiker wie Haider geradezu einlädt, sich daran zu beteiligen.

Die Blockade nationalstaatlicher Grenzen als Protest gegen eine Technik, deren Folgen im Ernstfall keine Staatsgrenzen kennt, zeigt den positiven Bezug auf Nation und Heimat. Auch die auf den Blockaden verwendeten Transparentsprüche verdeutlichen dies. Hier geht es um den Schutz "unserer Dörfer", "unserer Kinder", "unserer Heimat" usw. Eingebettet in die anti-tschechischen Ressentiments, anstatt sich gegen eine zerstörerische Technologie an sich zu wenden, soll so der eigene Heimatboden von einer aus dem Ausland kommenden Gefahr geschützt werden.

Auch Oliver Korschil, der Umweltreferent im Grünen Parlamentsclub, erklärte sich in einer E-Mail an die Ökologische Linke Wien mit den Grenzblockaden solidarisch: "Erst durch das persönliche Engagement tausender österreichischer BürgerInnen, die in einer Art ‚Notwehraktion` wochenlang die Grenzübergänge zu Tschechien blockierten, ist die Bundesregierung praktisch ‚fünf vor zwölf` aufgewacht." Korschil kritisiert die österreichische Bundesregierung nicht für eine nationalistische Einschüchterungspolitik gegenüber den tschechischen Nachbarn, sondern dafür, dass sie den Trumpf der EU-Erweiterungsverhandlungen aus der Hand gegeben hätten. Korschil: "Schüssel hat für ein schwaches Verhandlungsergebnis auch einen guten Verhandlungstrumpf aus der Hand gegeben und die Aufhebung der Blockade des Energiekapitels in den Erweiterungsverhandlungen mit Tschechien zugesagt."

Ganz anders hört sich hier ein offener Brief an, den einige linksradikale Ökogruppen aus der Ex-DDR um ecodefense! Dresden an die OÖÜPgA richteten: "Grenzblockaden sind Aktionsformen, bei denen mensch Bauchschmerzen haben kann. Im konkreten Fall muss bewusst sein, dass es sich bei der FPÖ um eine Partei des demokratischen und modernisierten Faschismus handelt, die für massive rassistische Propaganda gegen MigrantInnen steht und dass Österreich eine Vorreiterrolle bei der Abschottung der ‚Festung Europa` einnimmt." Der Brief kritisiert zudem die Drohung der österreichischen Regierung, ihr Veto gegen den tschechischen EU-Beitritt einzulegen, wenn Temelin ans Netz geht.

Die Antwort auf die Kritik der linksradikalen Ökogruppen kam direkt von Josef Pühringer, dem Geschäftsführer der Oberösterreichischen Überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr: "Ich weise darauf hin, dass dieser Artikel eine Lüge ist, aus Zeitgründen mir aber eine ausführliche und detaillierte Distanzierung/Richtigstellung dazu im Moment nicht möglich ist. Lügenverbreiter sollten auch nicht überbewertet werden durch besondere Beachtung... Temelin zu verhindern ist mir und uns im Moment wichtiger, als auf Denunziantenartikel wie diesen (ähnliches wird auch in Tschechien immer wieder verbreitet) - egal aus welchem Eck - einzugehen (auch CEZ u.a. Atomlobbyisten arbeiten mit solchen Provokationen seit Jahren strategisch gegen die Atomgegner...). Sollten aber weitere Lügen dieser Art verbreitet werden, erlauben wir uns, dagegen gerichtlich vorzugehen", so Pühringer, der im letzten ak über seine Temelin-Proteste schreiben durfte.

Thomas Schmidinger

Der Autor ist Aktivist der Ökologischen Linken (ÖKOLI) Wien (www.oekoli.cjb.net) und Redakteur der Zeitschrift Context XXI.

31. Plutonium und Leukämie in der Elbmarsch. Neuer Verdacht gegen Krümmel

Autor: Thomas Dersee · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:22

Vor rund zwei Jahren (vgl. ak 421) legte die Bremer Strahlenexpertin Inge Schmitz-Feuerhake eine heftig umstrittene Studie vor, in der sie erhöhte Plutoniumkonzentrationen in der Umgebung des AKW Krümmel und der Atomforschungsanlage GKSS, östlich von Hamburg, nachwies. In der Umgebung dieser Atomanlagen sind zahlreiche Kinder an Leukämie erkrankt. Im Oktober letzten Jahres legte das Kieler Energieministerium eine eigene Studie vor, deren Auswertung von Fachleuten nun die damaligen Thesen von Schmitz-Feuerhake zu untermauern scheint.

Das Plutonium im Hausstaub in der Elbmarsch (Umgebung der Geesthachter Atomanlagen) "stammt weit überwiegend aus dem Atomwaffen-Fallout mit Beimengungen aus der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl." "Das Cäsium stammt aus der Reaktorkatastrophe Tschernobyl." Und: "Ein Einfluss der kerntechnischen Anlagen in Geesthacht (AKW Krümmel) lässt sich nicht nachweisen." Das hatte der schleswig-holsteinische Energiestaatssekretär Wilfried Voigt (Grüne) in einer Erklärung am 18. Oktober 2000 in Kiel mitgeteilt. "Unsere Studie zeigt keine Unterschiede zwischen der Untersuchungsregion Geesthacht und den Vergleichsgebieten", teilte Voigt mit und folgerte, dass es solche deshalb auch nicht gebe.

Anlass für die Untersuchung des Kieler Energieministeriums ist eine im November 1998 von der Bremer Medizinphysikerin Professor Inge Schmitz-Feuerhake vorgelegte Untersuchung, der das Kieler Energieministerium seinerzeit massiv widersprochen hatte. Die Studie von Schmitz-Feuerhake zeigt, dass das Plutonium und sein Zerfallsprodukt Americium im Staub von Dachböden in Elbmarschhäusern Reaktorplutonium vom AKW Krümmel (KKK) oder der Kernforschungsanlage GKSS sein kann. In der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt war man nach der Veröffentlichung 1998 zu dem Schluss gelangt, dass es sich bei dem Plutonium zwar um Reaktorplutonium handele, aber überwiegend um solches aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl.

Allen diesen Deutungen widersprach nun das Kieler Energieministerium. Dazu hatte das Energieministerium 10 Proben alten Dachbodenstaubes aus der Nahumgebung des AKW Krümmel sowie 14 Proben aus Vergleichsgebieten in Schleswig-Holstein von der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA-ITL) entnehmen und im Institut für Kernchemie und im Institut für Physik der Universität Mainz ausmessen lassen. In allen Proben, so wird beschrieben, seien die Isotope Pu 239 und Pu 240 nachgewiesen worden und in 11 Proben habe zusätzlich das Isotop Plutonium-241 oberhalb der Nachweisgrenze festgestellt werden können.

Im LUFA-ITL habe man außerdem gammaspektrometrisch in sämtlichen Proben die Cäsiumisotope Cäsium-134 und Cäsium-137, in drei Proben (auch nur grob gammaspektrometrisch) zusätzlich Americium-241 und in zwei Proben Spuren des radioaktiven Kobaltisotops Co 60 nachgewiesen. Erhöhte Nuklidkonzentrationen in der Nahumgebung der kerntechnischen Anlagen hätten jedoch nicht festgestellt werden können und die Übereinstimmung der Ergebnisse im Untersuchungsgebiet der Umgebung von KKK und GKSS und im Vergleichsgebiet bei den Isotopenverhältnissen Plutonium-240/Plutonium-239, Plutonium-241/Plutonium-239 sowie Cäsium-134/Cäsium-137 sei ebenfalls gegeben. "Ein Einfluss der kerntechnischen Anlagen (KKK, GKSS) auf die Nuklidkonzentration des Plutoniums und des radioaktiven Cäsiums ist daher im Untersuchungsgebiet auch nicht ansatzweise erkennbar", heißt es dazu vom schleswig-holsteinischen Energieministerium.

Atomanlagen als zusätzliche Quelle

Unterstützung für ihre These, dass es sich doch um Reaktorplutonium handelt und dass dieses aus den Geestachter Atomanlagen stammen könnte, bekommt Schmitz-Feuerhake nun jedoch von unerwarteter Seite. Der Gießener Physikprofessor Arthur Scharmann, bis 1996 Mitglied der Strahlenschutzkommission, widersprach Anfang Dezember 2000 der Einschätzung des schleswig-holsteinischen Energieministeriums über die Herkunft des Plutoniums. Scharmann, ein Atomkraftbefürworter, hatte mit anderen Wissenschaftlern die vorhandenen Daten zur Belastung von Staubproben nochmals bewertet. Die Wissenschaftler fanden, dass

sich die Konzentration vor allem von Pu-241 mit zunehmender Annäherung an AKW und GKSS erhöht. Das sei, so Scharmann, "höchst auffällig" und deute auf die Atomanlagen als "zusätzliche Quelle" hin.

Das schleswig-holsteinische Energieministerium zeigte sich von diesen Ergebnissen jedoch unbeirrt. Der Grüne Staatssekretär Voigt betonte erneut, seine Untersuchungen hätten "keinen Einfluss durch Atomanlagen auf die Höhe der gemessenen Plutonium-Konzentrationen" ergeben. Die durch Wissenschaftler um Scharmann festgestellte Erhöhung der Plutonium-Konzentration mit zunehmender Annäherung an das Atomkraftwerk beziehe sich "auf eine Isotopenzusammensetzung des Plutoniums (‚finger print`), die nicht während des Dauerbetriebs der Anlage auftreten kann."

Diesen Sachverhalt hatte der als Sachverständige eingeladene Mitarbeiter von Scharmann, Hans-Werner Gabriel, am 1. Dezember 2000 auf der Sitzung der Fachkommission zur Aufklärung der Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch auf Nachfrage eingeräumt. Und das Kieler Energieministerium ergänzt: "Ein Anlagenzustand, bei dem diese Isotopenzusammensetzung auftritt, bestand nur für einige Tage während der Inbetriebnahmephase im September 1983."

Auf Nachfrage der Vertreterin des AKW Krümmel hatte Gabriel erklärt, eine solche Isotopenzusammensetzung sei auch erklärlich, wenn etwa ein anderer Reaktorbrennstoff als vorgesehen eingesetzt worden ist, gegebenenfalls auch nur vorübergehend. Davon wollte die AKW-Vertreterin allerdings keine Kenntnis haben.

Auf der Sitzung der Leukämiekommissionen wurde nun vereinbart, dass kurzfristig eine Arbeitsgruppe ein Untersuchungskonzept zur weiteren Überprüfung der Plutonium-Hypothese vorlegen werde.

Thomas Dersee

Mehr zum Thema Plutonium in der Elbmarsch in den Ausgaben des Informationsdienstes Strahlentelex. Im Internet unter www.strahlentelex.de

32. "Kulturloser Rockerhaufen". Aus dem Innenleben der New Economy. Interview mit Tom Deutzmann

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:33

Tom Deutzmann ist Siebdrucker, IG Medien Aktivist und hat nach einer Umschulung zum "Medienoperator" in den letzten Jahren in verschiedenen Hamburger Internet-Klitschen gearbeitet. Im folgenden Interview äußert er sich zu den Arbeitsbedingungen und dem Lebensgefühl in diesen New Economy Firmen.

ak: Tom, was hast du in diesen Firmen eigentlich gemacht?

Tom Deutzmann: Nach der Umschulung bin ich von meinem vorherigen Praktikumsbetrieb als sog. Webmaster übernommen worden. Da musste ich die Server- und Netzwerkarchitektur des Betriebs warten, pflegen und weiter ausbauen. Ich war auch für User Support zuständig, d.h. wenn bei den KollegInnen Probleme mit Programmen oder den Editoren, die zum Programmieren gebraucht wurden, auftraten, dann mussten wir ranrücken. Aber auch die Kunden-Server, die Websites usw. musste ich betreuen.

Wieviel Leute wart Ihr in der ersten Firma?

Zu meiner Praktikumszeit waren wir einschließlich zweier Chefs elf Leute. Als ich da ein Jahr später aufgehört habe, waren wir 37. Also in einem Jahr hat sich die Beschäftigtenzahl mehr als verdreifacht.

Und wieviel habt Ihr verdient?

Ein Anfänger in der Programmierung bekam in der Zeit ein Einstiegsgehalt von ca. 4.500 DM brutto, bei den Grafikern weiß ich das nicht so genau, die verdienten aber deutlich weniger. Im Rahmen der Standard-Sklavenverträge waren Überstunden mit diesem Gehalt abgegolten. Sie wurden natürlich gemacht. Wochenendzuschläge usw. gab und gibt es nicht.

Wie sah es mit Urlaub und Urlaubsgeld aus?

Urlaubsgeld gab es gar nicht. Wir hatten 25 Tage Urlaub. Real hat man meist Probleme gehabt, diesen Urlaub überhaupt zu nehmen. Nicht, dass es so was wie eine Urlaubssperre oder andere Anordnungen von oben gegeben hätte. Das war eher ein eigenverantwortliches Problem, durch die hohe Identifikation mit den jeweiligen Projekten. Die KollegInnen haben schlicht auf ihren Urlaub verzichtet, auch wenn das nie so ausgesprochen wurde. Es ist einfach so passiert, man fühlte sich sehr unabkömmlich.

Wie lange habt Ihr durchschnittlich gearbeitet?

Zu Projekthochzeiten immer mehr als 50 bis 60 Stunden in der Woche, durchschnittlich. Das war auch nicht fremdverordnet, das war eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Hingegen gab es keine wirkliche Wochenendarbeit. Wenn dann nur als Ausnahme, bei KollegInnen, die mal in Ruhe was machen wollten.

Solche Arbeitsbedingungen und Belastungen hält man ja nur durch, wenn man keine privaten oder sonstigen Verpflichtungen hat. Was sind das für Leute, die dort arbeiten? Jung, dynamisch, ohne Beziehung, ohne Familie?

Na ja, so würde ich das nicht formulieren, das hebt so auf den "Ego-Tripper" ab. Das waren sie nicht. Es waren fast alles Quer-Einsteiger, zumindest im Programmier- und Publishing-Bereich. Quer-Einsteiger aus anderen Berufen, Aussteiger aus anderen Berufen, die sich privat, aus Neugier, Kenntnisse angeeignet hatten. In der Beziehung ist die Branche ziemlich gnädig. Man braucht nicht allzu viel Zettel und Scheine, um zumindest versuchsweise vom Unternehmen übernommen zu werden. Es waren durch die Bank weg Singles. Wenn's Beziehungen gab, waren die meist innerhalb des Unternehmens oder aber innerhalb der Branche. Bis auf eine ganz späte Ausnahme hatte niemand Familie. Vom Alter her waren wir Mitte 20 bis Mitte 30. Die Geschäftsführer bewegten sich auch in dem Alter. Der älteste Kollege war 37. Das war der später dazu gekommene "Papa".

Du hattest vorhin von "Identifizierung" gesprochen. Womit haben sich die Leute identifiziert?

Am Angang war es eine hochgradige Identifikation mit dem Betrieb bzw. mit dem, was man da als Betrieb empfunden hat: die leichte Struktur, die flachen Hierarchien, dieses Gefühl "Ich bin dabei" ...

Die Hierarchien waren tatsächlich flach?

Ja. Die Bosse waren alles Leute, die vor ihren eigenen Monitoren saßen und das gleiche abprogrammiert haben wie man selbst. Das waren ja keine "gelernten Bosse". Die kamen vom Fach, hatten eine verschrobene Idee und wollten was machen. Anfänglich war der Zusammenhalt sehr gut, man hat auch privat einiges zusammen gemacht, gemeinsam essen gegangen, an den Elbstrand oder ins Kino. Das hat sich dann mit dem Wachsen des Unternehmens, mit Zieldefinitionen und Umsatzvorgaben massiv gewandelt. Bei den Beschäftigten war die Reaktion auf diese Umwandlung je nach Person sehr unterschiedlich. Einige haben sich in einen Dienst nach Vorschrift zurückgezogen, als sie bemerkt haben, dass sie nicht das bekommen, was sie erwartet haben - egal ob berechtigt oder nicht, egal ob Geld oder Anerkennung.

Teilweise wird ja auch die enorme Fluktuation als Ausdruck von Unzufriedenheit diskutiert. Oder ist das eher Ausdruck eines Bedürfnisses, immer bei der schicksten und angesagtesten Firma zu sein?

Beide Faktoren sind wichtig. Es ist eine Binsenweisheit bei uns, dass ich morgen gnadenlos veraltet bin, auch wenn ich heute noch so gut und unersetzlich bin. Wenn man stehen bleibt, ist man nach einem Jahr zwar noch im Rennen, nach zwei Jahren kriegst du Probleme, und nach drei Jahren bist du draußen. Das heißt nicht, dass du gefeuert wirst, aber du kommst nicht mehr an neuere Projekte ran. Du gerätst in der Produktionskette immer mehr an die Hiwi-Arbeiten. Das führt häufig dazu, dass Leute zu Firmen wechseln, die neuere Sachen machen, einfach um da was von mitzukriegen. Einige hatten auf Grund ihres Know Hows auch ein ausgeprägtes Selbstwertgefühl. Das bezog sich gar nicht so sehr auf einen finanziellen Ausgleich, sondern auf einen Anspruch auf Anerkennung, in Bezug auf die Einordnung in Strukturen, aber vor allem darauf, dass "man gehört wird", wenn Projekte geplant werden etc. Dass man einfach als Kapazität wahrgenommen wird und ein bisschen gebauchpinselt wird. Und wenn Leute in dieser Hinsicht unzufrieden waren, sind sie auch gegangen.

Was nervt eigentlich die Beschäftigten in diesen Buden?

Sie sind massenhaft genervt. Aber je nach Firma und je nach Bereich innerhalb der Firma ist das sehr unterschiedlich. Ein großes Problem ist es, diese Sachen öffentlich anzusprechen, weil man sofort als "Nestbeschmutzer" dasteht, und zwar nicht nur im eigenen Laden sondern in der ganzen Branche. Kritik ist Miesmachen von Loosern oder Schlappis, die's nicht gebacken kriegen. Hinter vorgehaltener Hand ist ein großes Thema die Stundenlöhne und die Angst ums eigene Know How, also der ganze Weiterbildungsbereich. Stundenlohn ist dabei eher als zusammenfassendes Schlagwort gemeint für den Zusammenhang von Arbeitszeit und Geld. Viele meinen, mit 6.000 Mark hätten sie viel Geld, aber bei den geleisteten Stunden ist das ein Witz. Und wenn man sich das ausrechnet und mal durch 60 Wochenstunden teilt, dann merkt man, dass man für das Geld auch Zeitungen austragen könnte und dabei mehr Freizeit hätte. In dem Moment, wo die Leute sich das klar machen, ist die innere Kündigung meistens schon vollzogen, und die Leute sind bald in einem anderen Laden.

Wie wird eigentlich in der Branche bezahlt? Man hört ja viel von den berühmten Stock Options ...

Inzwischen ist alles möglich. Es gibt die Version Basisgehalt und aus. Vor allem am Anfang war das so, höchstens vielleicht noch Prämien nach Nase, wenn's denn Prämien gab, etwa bei bestimmten Projekten. Es gibt auch Betriebe, etwa die online-nahen Verlage, Ausgründungen von wohlstrukturierten Betrieben, die meist auch noch im Umkreis von Tarifverträgen rumdümpeln, da gibt es Überstundenregelungen, 13. Monatsgehalt, Urlaubsregelungen etc. Es gibt Betriebe, die zahlen Basisgehalt und Erfolgsbeteiligung. Diese Erfolgsbeteiligung ist teilweise sehr speziell ausgetüftelt. Es gibt die Stock Options, aber auch das so genannte Home-Office, nicht als aufgezwungene Sache, sondern als Angebot, sich den privaten Internet-Provider zu sparen. Man surft dann privat über das Unternehmen, obwohl man zu Hause sitzt. Es wird ja auch alles völlig individuell verhandelt. Die Standard-Verhandlungssituation, wenn ich in einen Job möchte, sieht so aus, dass einer der Bosse da sitzt, der Projektleiter, der Bedarf angemeldet hat und meine Wenigkeit.

Wird unter den Kollegen in irgendeiner Weise über Geld, Entlohnung, Arbeitsbedingungen gesprochen? Gab es also - wie informell auch immer - so etwas wie einen kollektiven Umgang mit Bezahlung, Arbeitszeit ...?

Das war abhängig von der jeweiligen persönlichen Chemie unter den Leuten. In unterschiedlicher Stärke gab es da schon Gespräche auch über so was. Massiv vorhanden war aber die Haltung "Über Geld spricht man nicht". Es gibt mittlerweile eine Klausel in den meisten Arbeitsverträgen, dass über das Gehalt und sonstiges im Inhalt des Vertrages Stillschweigen gewahrt wird. Gut, das muss einen Beschäftigten nicht interessieren. Mittlerweile steigt mit der Erfahrung wohl auch das Selbstbewusstsein der Leute. Ich rede jetzt nicht mehr von Neueinsteigern, sondern von Leuten, die schon länger dabei sind.

Nehmen wir mal einen Projektleiter in der New Economy. Würde der nicht etwa bei IBM viel mehr verdienen?

Definitiv. Jeder Branchenwechsel bei Beibehaltung des Know Hows zahlt sich deutlich aus. Der berühmte Fachkräftemangel etwa bezieht sich ja auf ganz wenige Spezialkenntnisse. Wenn man es schafft, sich damit in einer Bank oder einer Versicherung zu etablieren, ist das erstens schlau, denn man kommt aus dieser wahnsinnigen Branche raus. Und zweitens ist das auch Geld wert. Was allerdings dann fehlt, ist dieser Branchennimbus. Es ist nicht mehr schick.

Was ist eigentlich die Perspektive derjenigen, die in dieser Branche arbeiten?

Ganz unterschiedlich. Einige träumen von ihrer eigenen kleinen Bude, meist nur eine Produktionseinheit ohne Kundenkontakt, denn Kunden nerven. Andere versuchen möglichst schnell möglichst hoch in der Unternehmenshierarchie zu kommen, also in die Projektleitung. Wieder andere machen sich überhaupt keine Gedanken. In der Tat ist diese Branche ja ein Teil des eigenen Lebensgefühls. In Szenebars wie der Bar Rossi (1) dreht sich alles irgendwie um das Thema Job und Branche. Wer da verkehrt, erhofft sich natürlich auch viele Mitnahmeeffekte, "ich kenn da einen, der einen kennt" und dieser ganze hype. Und man wird einfach wahrgenommen, man ist dabei.

Spielt diese informelle Kontaktbörse eine große Rolle?

Ja. Der informelle Arbeitsmarkt spielt eine wesentlich größere Rolle als der formelle Arbeitsmarkt, zumindest in den Online-Buden.

Mit der Fluktuation von Beschäftigten fluktuiert auch Know How. Wie versuchen die Internet-Buden dieses Know How zu binden?

Das ist ein riesiges Problem. T-Online beispielsweise räumt z.Z. den Markt ab. Die nehmen alle, die sie kriegen können, und das bringt die Buden an die Grenze. Es wird viel versucht, um die Leute zu halten. Die Entwicklung der Stocks spielt hier eine Rolle.

Was ist an T-Online so attraktiv?

Na ja, die haben hier Headhunter angesetzt und alles, was sie kriegen konnten, in Einzelgespräche gezogen. Es wurden dann ganz individuelle Lösungen ausgedealt, die auf ganz individuelle Bedürfnisse eingegangen sind. Und da gibt es völlig unterschiedliche Motive. Bei mir würde z.B. eine große Rolle spielen, dass es da so was wie eine Interessensvertretungsstruktur gibt. Ähnliches kann bei verlagsnahen Online-Buden eine Rolle spielen. Wenn jemand in solchen Unternehmen gelandet ist und registriert, dass das geregelte Bereiche sind, dann wird das durchaus als sehr angenehm empfunden. Ich weiß, dass es in den Buden einen großen Bedarf an Regulierung der Überstunden und an Weiterbildungszeiten gibt. Was auf gar keinen Fall reguliert werden soll, ist der Zugang zu der Branche. Alle haben die Erfahrung gemacht, dass das die Chance war, überhaupt an einen bezahlten Job zu kommen. Und dann muss man die Gehälter mal relativieren. Wo bekommt man denn als Branchenfremder ohne Zettel in relativ kurzer Zeit als Programmierer 4.500 DM?, Klar den Grafikern geht's weitaus beschissener, aber das ist schon hervorzuheben an dieser Branche.

Die New Economy gilt als Zukunftsbranche. Da sitzen die modernen Menschen, da wird modern gearbeitet. Aber kann diese Branche tatsächlich gesellschaftliche Vorbildfunktion in Sachen Arbeitsstile, Arbeitsbeziehungen, Arbeitsbedingungen haben?

Nach meiner Meinung kriegt diese Branche ganz massiv eine Leitfunktion. Es wird Politik mit uns gemacht, mit der ganzen Branche, obwohl sie objektiv so popelig ist, gemessen an dem tatsächlichen Mehrwert, der hier produziert wird. Die hier herrschenden Arbeitsstile werden sich natürlich nicht durchsetzen, aber es wird sehr vieles in die Old Economy eingehen. Etwa wenn die Arbeitsämter jetzt von den Erwerbslosen eine breite Fähigkeit und Willigkeit verlangen, sich eigeninitiativ und auch selbstfinanziert weiterzubilden. In dieser

Hinsicht wird die Branche zur Deregulierung auch anderer Bereiche beitragen. Da darf man sich nichts vormachen. Wenn EMS bei Gruner & Jahr etwa Leute aus den Internet-Buden absaugt, dann bleibt das in der Unternehmenskultur, in der Schlagzahl, in der Art des Arbeitens für die alten EMSler ja nicht ohne Folgen, dass da plötzlich irgendwelche Rowdies kommen, die auch mal die Nacht durcharbeiten. Jedes Management hat dann die Möglichkeit zu sagen, wieso kann der das eigentlich und du nicht? Und die KollegInnen untereinander ja auch. Wir sind ja hochgradig unsolidarisch untereinander.

Wie meinst du das?

Erstmal sind das einfach diese unreflektierten Egoismen, dass man beispielsweise wie selbstverständlich erwartet, dass die Schlagzahl, die man selber vorgibt, von allen gehalten wird ...

Also kein Blick für die Schwächeren...

Überhaupt nicht. In Bezug auf die Arbeitsleistung wird unheimlich Druck gemacht: "Wieso brauchst du eigentlich sechs Stunden für den Code? Wir frühstücken den in vier ab. Sie mal zu, dass das ein bisschen schneller geht. Wir haben keine Zeit, denn der Auftragseingang stapelt sich." Der Druck der Neuaufträge ist für die einzelnen ja eigentlich der einzige Grund effektiver zu sein. Und der steigt kontinuierlich, zumindest in der Wahrnehmung. Was ich zusätzlich als besonders brutal empfinde, ist der Umgang mit Leuten, die irgendwie anders sind, die nicht mitmachen. Etwa Leute, die sich die Freizeit zu ihrer Privatzeit machen und nicht mit ins Kino gehen. Am Anfang wird das noch thematisiert, aber danach ist man ausgegrenzt.

Wie wird die Arbeitszeit und die Verausgabung der Arbeitskraft in diesen kleinen Klitschen kontrolliert?

In den Klitschen, die ich kenne, wird gar nicht kontrolliert. Es wird wahrgenommen, wenn es "Befindlichkeitsstörungen" gibt, etwa das Beispiel der Kollegin, die abends bis 23 Uhr in der Firma gesessen hat und dann am anderen Morgen selbstbestimmt und selbstverständlich drei Stunden später gekommen ist. Sie wurde sofort angewiesen, spätestens um 10 Uhr zu erscheinen. Der wurde sofort gezeigt, dass das nicht selbstverständlich ist.

Wird bei den Home Offices nicht registriert, wer von zu Hause aus für die Firma weiterarbeitet und wer nicht?

Es kann registriert werden. In dem Bereich, wo wir rümhühnern, ist das ganze sehr intransparent, es gibt auch keine entsprechenden Betriebsvereinbarungen. Man weiß nur, dass es jederzeit möglich wäre, in diesem Bewusstsein bewegt sich alles. Das ist aber auch gar nicht das Problem. Kaum einer der KollegInnen wird befürchten, dass ihm nachgewiesen wird, dass er zu wenig arbeitet. Das machen die eher untereinander. Wenn einer aus dem Team den Eindruck hat, er arbeitet mehr als die anderen, obwohl er den gleichen Status hat und mutmaßlich auch das gleiche Geld kriegt, dann wird das schon zum Thema gemacht. Da werden Seilschaften gegründet, Bündnisse gesucht und die "Bremser" schon identifiziert und als solche dann auch bezeichnet. Leute, die zu viele Überstunden machen, werden unter Kollegen dann auch schon mal als ineffektiv bezeichnet. Ab einer gewissen Zahl von Überstunden ist das nur ein Zeichen deiner Unfähigkeit.

Das erinnert mich an die Glissmann-Diskussion (2) mit dem "Unternehmer im eigenen Kopf" ...

Ja, ganz genau. Das spielt ganz massiv eine Rolle. Nicht so theatralisch wie Glissmann das bei IBM darstellt. Im Gegensatz dazu sind wir "kulturlos", die www-Buden sind Rockerhaufen. Die Kultur dort bestimmt sich aus dem momentanen Gemisch der just dort arbeitenden Leute und kann morgen schon eine ganz andere sein, wenn zwei gegangen sind und zwei oder vier neue gekommen sind. Was aber im Sinne von Glissmann auf jeden Fall zutrifft, ist dieses Motto "Macht was ihr wollt, aber seid effektiv".

Anmerkungen:

1) Bekannte New Economy-Szenekneipe im Hamburger Schanzenviertel.

2) Wilfried Glissmann ist Betriebsrat bei IBM. Die Abschaffung der Stempeluhr bei IBM hat eine breite innergewerkschaftliche Diskussion um "Vertrauensarbeitszeit" und die veränderten unternehmerischen Kontrollstrategien und die Maßlosigkeit der Arbeit ausgelöst. (vgl. ak 431)

"Man fühlt sich sehr unabkömmlich"

"Die Branche ist ja ein Teil des eigenen Lebensgefühls"

"Wir sind hochgradig unsolidarisch untereinander"

"Das Motto ist doch ‚Tu was du willst, aber sei effektiv`"

33. http://www.bruchlandung.com. Die Dotcom-Branche erlebt ihren Schwarzen Freitag

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:38

Nach der anfänglichen Goldgräberstimmung kennzeichnen jetzt Crash und Krise die augenblickliche Stimmung in der Internet-Branche. Ob damit aber auch das Ende des allgemeinen Internet-Hypes eingeleitet ist, ist genauso fraglich wie die Stimmen, die im Dotcom-Desaster erste Vorboten einer tief greifenden kapitalistischen Krise sehen.

Wie gewonnen, so zerronnen: Nach einem Rekordhoch im März letzten Jahres haben die Firmen des sogenannten "Neuen Marktes" mehr als die Hälfte ihres Börsenwertes eingebüßt, einige Firmen gar 90%, wie etwa die Intershop AG, mit 1.000 Beschäftigten zwischen Jena und San Francisco eher eine der größeren www-Firmen. Der Nemax 50, der deutsche Aktienindex für den "Neuen Markt" und damit das Pendant zum amerikanischen Nasdaq, stürzte von fast 10.000 Punkten im letzten Frühjahr auf inzwischen 2.800 Punkte ab. Firmen wie EM.TV mussten binnen kürzester Zeit gewaltige Kursverluste hinnehmen. Der Handel von Letsbuyit.com wurde zum Jahreswechsel ausgesetzt, gegen Next Generation Internet und Gigabell läuft ein Insolvenzverfahren, und die Hamburger Tomorrow Internet AG hat zu Weihnachten Entlassungen angekündigt.

In der Bundesrepublik vollzieht sich damit dieselbe Entwicklung wie in den USA. Nach einer Studie der Firma Webmergers.com sind im letzten Jahr über 200 Internet-Firmen in den USA Pleite gegangen. Dabei wurden umgerechnet drei Mrd. DM an Kapital vernichtet. Mit 60% konzentrierte sich die Pleitewelle dabei auf die letzten drei Monate des Jahres. Mehr als die Hälfte der Pleiten entfiel auf den Geschäftsbereich des sog. E-Commerce, des elektronischen Versandhandels. Seit dem Juli 2000 sind mehr als 36.000 Menschen in der US-amerikanischen Internet-Branche entlassen worden, 10.000 allein im Dezember. Im Vergleich dazu waren die 5.000 Entlassungen im ersten Halbjahr 2000 geradezu milde.

Trotz aller Aufregung kommt der Absturz der Internet-Aktien an den internationalen Börsen nicht unerwartet. Dass die meisten dieser Papiere hoffnungslos überbewertet waren, ist seit langem bekannt. Die tatsächlich erwirtschafteten Gewinne laufen seit Jahren der Kursentwicklung hinterher. Intershop etwa erzielte einen Umsatz von 250 Mio. DM - und gleichzeitig einen Verlust von 75 Mio. DM. Nach Angaben der Deutschen Bank arbeiten 40% der börsennotierten Internet-Firmen anhaltend mit Verlust. Das gilt selbst für solche Vorzeigefirmen wie Amazon. Ein Grund liegt darin, dass auf einem in der Vergangenheit geradezu explodierenden Markt das Hauen und Stechen um Kunden immer öfter zu "politischen Preisen" geführt hat. Um Kunden zu gewinnen oder zu halten, verkaufen die mehr oder weniger kleinen www-Klitschen ihre Produkte deutlich unter den Herstellungskosten. Die meisten der "Start-ups" verbrauchen so in kürzester Zeit das ihnen von Banken oder "Business Angels" zur Verfügung gestellte Wagniskapital. Die bald fällige Refinanzierung gestaltet sich dann aber schon schwieriger. Dazu kommt die enorme Fluktuation unter den Beschäftigten, die es gerade kleinen Läden enorm schwer macht, Know-how auf Dauer zu binden. Nicht selten stehen diese Firmen mit einem Bein im Grab, wenn gleich mehrere ProgrammiererInnen kündigen und ihr Wissen zu einem attraktiveren Unternehmen mitnehmen.

Dotcom-Desaster Sturm im Wasserglas

Alle BeobachterInnen sind sich darin einig, dass der Markt in eine "Konsolidierungsphase" tritt, die mit weiteren Firmenschließungen, Übernahmen und Entlassungen verbunden sein wird. Der Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften spricht von einem "Ausleseprozess", das Internet sei deshalb noch lange nicht tot. In der Tat spricht vieles dafür, dass der jüngste Börsen-Crash lediglich das Ende einer überhitzten Goldgräber-Stimmung signalisiert und dass die AnlegerInnen nach dem Ende der Turbulenzen sorgfältiger mit ihrem Vermögen umgehen. War die Spekulation an sich und mit den neuen www-Aktien erst recht bisher trendy und hip, so werden Anleger in Zukunft wieder stärker auf die Eckdaten der Rendite schauen. Letztlich ist die aufgeregte Berichterstattung über eine im Grunde stinknormale kapitalistische Flurbereinigung an den Finanzmärkten ein genauso großer Hype wie der vorangegangene Run auf diese schicken Aktien. Der momentane Kurseinbruch wird genauso überbewertet wie die vorherige Hausse.

Es mag sein, dass in den jetzigen Turbulenzen auch die Aktien des einen oder anderen IT-Riesen in Mitleidenschaft gezogen werden, aber im wesentlichen spielt sich der Crash in einer von der ökonomischen Bedeutung her gesehen kleinen Nische ab. Während der Nemax-50-Index in der Bundesrepublik und der Nasdaq in den USA vom Juli 2000 bis Januar diesen Jahres um 60% bzw. 40% abgerutscht sind, ist die Entwicklung der Indizes für Standardwerte sehr viel undramatischer abgelaufen. Der Dax lag am Ende 10% unter dem Ausgangspunkt vom Juli, der Dow Jones Index ist sogar völlig konstant geblieben. Von einer allgemeinen Krise auf den Aktienmärkten ist z.Z. also weit und breit nichts zu sehen. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man sich etwa die Verschiebungen der letzten Wochen innerhalb des Nemax 50 ansieht. Die Verluste der meisten Branchen bewegten sich zwischen 1,6 und 4,1%. Deutlicher Ausreißer ist die Internet-Branche im engeren Sinne mit Verlusten von 13,3%. Die Medizin-Technologie, die ebenfalls im Nemax erfasst wird, ist sogar um 1,8% gestiegen.

Das Platzen einer spekulativen Blase ist für sich genauso wenig ein Indiz für eine tiefere ökonomische Krise wie mehr oder weniger zahlreich gebrochene Genicke bei AnlegerInnen mit Zocker-Mentalität. Und selbst die realwirtschaftlichen Pleiten in einem Teilsegment der IT-Branche sagen noch nichts über die allgemeine Profitraten-Entwicklung aus, um an dieser Stelle mal auf eine Kategorie aus der Kritik der Politischen Ökonomie zu verweisen. Wenn überhaupt ist der Crash bei den Dotcoms ein Riss im allgemeinen New-Economy-Hype. Die wirkliche gesamtgesellschaftliche Bedeutung der www-Branche ist nicht ökonomisch begründet. Sie liegt vielmehr im Einfluss auf die vorherrschenden Leitbilder von modernem Leben und Arbeiten. Und wenn diese Life-Style-Leitkultur in Zukunft kriseln sollte, so ist das gut und nicht schlecht.

dk

34. Von der Verteilungs- zur Aneignungsgerechigkeit. Soziale Grundrechte gegen den aktivierenden Sozialstaat

Autor: Martin Dieckmann · Rubrik: Sozialpolitik; Theorie; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:08

Eine emanzipatorische Alternative gegen die Gewalt und die Zumutungen des neu-sozialdemokratischen Sozialstaates muss radikaler sein als ein ökonomistisch verkürzter Traditionsmarxismus. Der folgende Beitrag entwickelt dagegen einen Menschenrechtsradikalismus und führt damit die Diskussion um soziale Grundrechte und die linke Sozialstaatskritik aus ak 439 weiter.

Es scheint so, als habe die Frage der sozialen Rechte und ihre menschenrechtliche Grundlegung innerhalb der Linken den Platz eingenommen, den der Klassenkonflikt als "zentraler Konflikt" lange Zeit zu beherrschen schien. Für diese Veränderungen in der zentralen Thematik der Linken gibt es mindestens zwei Gründe. Zuallererst ist einzuwenden, dass sich die Klassenkonflikte selbst erweitert oder verschoben haben, zumindest insoweit, als nicht mehr das "Zentrum" der traditionellen Arbeiterbewegung, ihre Formierung aus dem Produktionsprozess heraus, das Zentrum der heutigen Antagonismen darstellt, sondern die Gesamtheit der Reproduktionsbedingungen - zugespitzt in den Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der Sozialstaatssysteme.

Zum zweiten war das, was wir heute Soziale BürgerInnenrechte nennen, von Anbeginn grundlegend für soziale Bewegungen, erst recht für die Klassenbewegungen von ArbeiterInnen seit den Frühzeiten der proletarischen Bewegungen Anfang des 19. Jahrhunderts. Eine recht arme Variante von Marxismus hat uns über lange Zeit dazu angehalten, soziale Bewegungen als interessegeleitet zu begreifen. Doch diese Frage hat sich immer schon gestellt: Was leitet eigentlich dieses Interesse?

Früher wie heute geht es um Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit; Normen und Handlungen, die keinesfalls als ausgearbeitete Theorien, Ethiken usw. vorlagen oder vorliegen, sondern in den jeweiligen Haltungen, in dem also, was man soziales Ethos nennen kann. Auch wenn das zu Missverständnissen führen mag, halte ich dabei den Begriff von Menschenbildern für angemessen. Das schließt Entwürfe von einem Zusammenleben, von Normen des Handelns und Verhaltens mit ein sowie die Wahrnehmungsweisen, innerhalb derer die Anerkennung der Anderen stattfindet. Kurz: Menschenbilder sind Entwürfe von zwischenmenschlichen und sozialen Beziehungen und auf ebenso prägnante wie diffuse Weise - so paradox also, wie es immer in Bilderwelten zugeht - Kernelemente von Gesellschaftsentwürfen.

Wenn wir über Rechte reden, müssen wir uns darüber klar werden, dass es sich dabei nicht nur, aber auch um das positive Recht, also die gesetzliche Rechtsform handelt. Die sozialen Rechtsvorstellungen, also das, was populär jeweils unter sozialer Gerechtigkeit verstanden wird, gehen dem gesetzlichen Recht voran. Sie finden in Gesetzen möglicherweise ihren Niederschlag, aber um diesen auch lebendig zu halten, müssen die Gerechtigkeits- als Rechtsvorstellungen selbst praktisch wirksam bleiben oder wieder werden; eben das ist dann die Frage nach dem sozialen Ethos, dem gesamten Komplex von gelebten Normen, von handlungsbestimmenden Haltungen, der gerade die "Gestalt" einer sozialen Bewegung ausmacht.

In den Rechtstheorien wird diese Unterscheidung zwischen dem gesetzlichen und dem gleichsam vor-gesetzlichen Recht durchaus gemacht. So sind etwa die Menschenrechte zwar in verschiedenen Deklarationen, auch Verfassungen, jeweils verschiedentlich kodifiziert; ihrem Wesen nach sind sie aber vor-staatlich oder vor-gesetzlich und deshalb auch höchst unterschiedlich interpretierbar. Demgegenüber versteht man allgemein unter Grundrechten die verfassten Rechte, das also, was von der jeweiligen Menschenrechtsinterpretation an elementaren Rechten in die Verfassung übernommen wurde. Je nach historischem Stand der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse - dies dann auch ausdrücklich als Klassenverhältnisse zu verstehen! - finden sich in den Verfassungen entweder ausschließlich politische oder aber auch einige soziale Grundrechte wieder. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist in dieser Hinsicht von einer sowohl exemplarischen wie programmatischen Armut an sozialen Grundrechten wie Gesundheit, Wohnen, Bildung geprägt.

Soziale BürgerInnenrechte im Klassenkonflikt

Wie sich Vorstellungen von sozialen Rechten als Menschen- und Grundrechten historisch verändert haben, ist am Diskurs über die Menschenrechte abzulesen. Zunächst einmal sind sie Abwehrrechte der BürgerInnen - übrigens auch der Unternehmer! - gegen den Staat. Dabei ist sowohl für das Menschenrecht wie das verfasste Grundrecht grundlegend, dass hier in jedem Fall Recht vor Pflicht steht - wohlgemerkt gegenüber dem Staat. Diese Abwehrrechte gelten unter Umständen auch gegen die Gesellschaft, zumindest als Schutz vor Mehrheiten, wenn diese sich über elementare Rechte von Individuen hinweg setzen wollen. Was für die Einzelnen Schutzrecht ist, wird dann für den Staat eigentlich zur Schutzpflicht.

Aus dem Satz "Recht vor Pflicht" ergibt sich bereits ein wichtiger Hinweis: Mit der lapidaren Formel "Keine Rechte ohne Pflichten" wird das Prinzip des Grundrechts schon aufgehoben. Anders gesagt, aus der Freiheit zur Versammlung unter offenem Himmel kann schlechterdings keine Pflicht zur Versammlung abgeleitet werden.

Grundrechte statt Mindestleistungen

Im historischen Zusammenhang lässt sich eine deutliche Verschiebung in der Menschenrechtsinterpretation durch soziale Emanzipationsbewegungen feststellen, sowohl der ArbeiterInnenbewegungen in den kapitalistischen Metropolen als auch der Befreiungsbewegungen in der so genannten Dritten Welt. Diese Verschiebung innerhalb der Menschenrechtsinterpretation lässt sich als Übergang von Abwehrrechten zu Entfaltungsrechten fassen. Entfaltungsrecht ist dabei so zu verstehen, dass zwar weiterhin das Abwehrrecht gegen den Staat und die Willkür von Mehrheiten grundlegend bleibt, dass aber - durch immer weitere Konkretisierungen von Rechtsansprüchen als menschenrechtlich begründete - der Gebrauch der Menschenrechte zu regelrechten Ansprüchen auf bestimmte Lebensbedingungen führt.

Wir haben es nun seit einiger Zeit mit einem massiven Roll-Back zu tun, nicht nur hinsichtlich dieser Entfaltungsansprüche, sondern sogar in Bezug auf den Grundsatz von Menschenrechten als Rechten, denen keine Pflichten gegenüber stehen dürfen. Hier sei nur an die unsägliche, von Helmut Schmidt lancierte Kampagne der "Menschenpflichten" erinnert, die im Kern den Menschenrechtsgrundsatz aufgibt. Wir sind also im Diskurs über die Menschenrechte wieder dort angekommen, wo es schlicht darum geht, die Abwehrrechte gegen den Staat und auch die Schutzrechte gegen Mehrheitswillkür geltend zu machen.

Für die Frage nach der Bedeutung der Grund- und Menschenrechte für die Linke ist es wichtig, dass Menschenrechte wie Grundrechte in sich einen subversiven Kern, ein Befreiungsversprechen aufbewahren - auch in ihrer "bürgerlichen Form" des verfassten Rechts. Man kann dies auf die reduzierteste Form bringen, indem man festhält, dass es am Ende, wenn alles hinterfragt und politisch wie juristisch demontiert sein mag, nur noch ein einziges Menschenrecht gibt: nämlich, wie Hanna Arendt es formuliert hat, das Recht, Rechte zu haben. Derart reduziert, erweist sich Menschenrecht als ein ziemlich radikales Prinzip der voraussetzungslosen Anerkennung der Anderen. Radikal deshalb, weil es - übrigens bei Kant klar formuliert - geradezu verbietet, die Anderen lediglich als Mittel für die eigenen Zwecke anzusehen.

Wenn sich Linke (im Anschluss an Marx, der leider viel zur Armut des interessegeleiteten Handelns beigetragen hat) mit der bürgerlichen Rechtsform gleich auch des Menschenrechts entledigen, haben sie alles verbraucht, worauf sie ihre eigenen Emanzipationsansprüche noch stützen können. Die Leugnung des subversiven und emanzipativen Inhaltes von Menschenrecht(en) führt zurück in die Armut eines Interesses, das nicht weiß, woran es eigentlich interessiert ist. So sind soziale Emanzipationsbewegungen nie zu Stande gekommen. Gerade die wie auch immer konkrete oder nur bildhafte Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit und von Rechten der Einzelnen ist der Bruchpunkt gewesen, an dem sich Bewegungen innerhalb der "Klasse" voneinander geschieden haben.

Wenn ich vorhin Marx einen Großteil der Mitschuld an der Armut des interessegeleiteten Handelns gegeben habe, dann wäre das ungerecht, käme dabei nicht auch der andere Marx zur Sprache, der sehr wohl in Kategorien einer radikalen Ethik so etwas wie ein Konzept von Autonomie entworfen hat. Dort nämlich, wo es im Kommunistischen Manifest heißt, es entstände in Gestalt des Kommunismus eine Gesellschaft, in der die freie Entfaltung der Einzelnen die Voraussetzung der freien Entfaltung aller sei. Das muss man sehr genau lesen und dabei die Reihenfolge einhalten: Die Anerkennung der Einzelnen und ihrer Entfaltungsbedürfnisse ist die Voraussetzung und nicht die Folge der Entfaltung aller. Diese - wie ich finde - radikale Ethik einer

Gesellschaft von Freien stützt sich ganz und gar auf die Anerkennung der Einzelnen, nicht auf "das" Individuum, nicht auf "den Menschen", sondern auf den Menschen in seiner Pluralität. Der Niedergang der historischen Arbeiterbewegung, ihr Marsch in den Staatssozialismus, hat genau dort begonnen, wo sie jenen Satz genau umgekehrt las: dass die freie Entfaltung aller die Voraussetzung der freien Entfaltung der Einzelnen sein werde.

Der "ideologische Kampf" geht heute zum einen um das gesellschaftlich zu bestimmende Existenzminimum, zum anderen um weitergehende Ansprüche oder - um es in der Terminologie des Neokonservatismus der Achtziger Jahre zu formulieren: um die Inflation von Ansprüchen auf ein besseres Leben als unbedingter Rechtsanspruch. Welche Bedeutung dieser Kampf für die gesamten Klassenbeziehungen hat, also keineswegs nur für die Sektoren der so genannten prekären Arbeitsverhältnisse, müsste nach einschlägiger marxistischer Grundschulung eigentlich nicht mehr erklärt werden. Es muss aber doch, weil auch innerhalb der Linken nicht immer klar ist, dass das jeweilige Niveau der Sozialen BürgerInnenrechte sehr wohl integraler Bestandteil der politischen Ökonomie der ArbeiterInnenklasse ist (um es in der drakonischen Sprache eines kulturell verarmten Marxismus auszudrücken). Dieses Niveau ist ja ein historisch-kulturelles und kein irgendwo ökonomisch "gesetzmäßig" festgeschriebenes Niveau von Reproduktions-, also Lebensbedingungen. Wenn also das Existenzminimum eine relative Größe ist, die letztlich vom Kräfte- als Kampfverhältnis bestimmt wird, dann bestimmen die sozialen Rechtsverhältnisse natürlich elementar die gesellschaftliche Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft.

Soziale Bürgerrechtsbewegung

Seit Anfang der 90er Jahre sind die Sozialen BürgerInnenrechte das umkämpfte Terrain in den Klassenauseinandersetzungen, die als Auseinandersetzungen von sozialen Bürgerrechtsbewegungen geführt werden. Es sind Bewegungen, teilweise regelrechte Revolten gewesen gegen die Angriffe auf die nationalen Wohlfahrtssysteme. Hinweise auf die Bewegungen in Italien Anfang der 90er Jahre, dann vor allem die Dezemberstreiks in Frankreich 1995, aber auch die massiven Auseinandersetzungen in Deutschland 1996 sollen an dieser Stelle erst einmal ausreichen.

Damit verbunden war, zumindest in Frankreich, aber auch in Teilen der italienischen Linken, eine selbstbewusste und auch selbstbestimmte Definition von "Allgemeinwohl". Nicht mehr, in der Terminologie der traditionellen ArbeiterInnenbewegung, als "Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums", sondern als Anspruchsberechtigung brachten sich zuerst gesellschaftliche Bedürfnisse zur Geltung, bevor an produktive Vorleistungen gedacht wurde. Speziell in Frankreich war damit eine Reformulierung des BürgerInnen-Statuts verbunden, eine neue "Citoyenitée", wie es arg emphatisch genannt wurde. Die Verteidigung des Öffentlichen Dienstes gegen die Privatisierungspolitik (von Juppé, rechts, wie Jospin, links) war nicht bloße Besitzstandwahrung. Es war auch eine Neudefinition von öffentlichem Dienst als Garantie sozialer Rechte. Bleibt noch hinzuzufügen, dass die selbstbestimmte Rebellion der "sans papiers" den BürgerInnen-Status konkret ausfüllte: BürgerInnen-Rechte beziehen sich auf alle Menschen, die auf dem Territorium des Staates leben, unabhängig davon, welchen Pass oder ob sie überhaupt Papiere haben.

Man kann die sozialen Protestbewegungen der neunziger Jahre als eine Revolte gegen das Menschenbild des Neoliberalismus begreifen, als eine Revolte gegen die radikale Ökonomisierung aller sozialen und zwischenmenschlichen Beziehungen, auf den Punkt gebracht durch die Feststellung Margret Thatchers, "so etwas wie Gesellschaft" gäbe es eigentlich nicht. Diese soziale Bürgerrechtsbewegung zeichnet zweierlei aus. Zum einen eine rückwirkende Verklärung der fordistischen Sozialstaatssysteme. Eine solche Verklärung findet dort statt, wo diesen historischen Sozialstaatssystemen unterstellt wird, sie seien Garanten unbedingter Rechtsansprüche der Einzelnen gewesen, eine zugleich solidarische wie egalitäre Verteilungsgerechtigkeit sei hier substanziell gewährt worden. So irreführend dies auch für eine nüchterne Analyse der Sozial- und Wohlfahrtssysteme sein mag: Diese ideologische Verklärung enthält doch zum anderen auch so etwas wie eine neue moralische Ökonomie - gegen die politische Ökonomie des Kapitals und die aggressive Ideologie des Neoliberalismus.

Die sozialen Bewegungen und Initiativen sind sicher nicht allein verantwortlich für die Legitimationskrise der neoliberalen Ideologie, sie haben aber gewiss einen großen Anteil an der letztlich doch erfolgten Transformation der herrschenden Politik - hin zu dem, was sich auf europäischer Ebene als New Labour in vielfältiger Gestalt präsentiert. Die neue Sozialdemokratie hat die sozialen Rechtsansprüche aufgegriffen, sie

hat den diffusen Slogan der Sozialen Gerechtigkeit übernommen - und dabei zugleich die "Errungenschaften" des Neoliberalismus abgesichert.

Hinterrücks findet die Verklärung des fordistischen Sozialstaates gerade dort eine Bestätigung, wo sich New Labour von der alten Sozialdemokratie abgrenzen will. So meint Anthony Giddens, die alte Sozialdemokratie sei von unbedingten Rechtsansprüchen ausgegangen, während es doch heute darum gehen müsste, diesen Rechten Pflichten gegenüber zu stellen. Das liest sich einfach und schlüssig, ist doch die Formel "Keine Rechte ohne Pflichten" recht eingängig. Sie stimmt aber nicht, jedenfalls nicht in grundrechtlicher Hinsicht. Bei dieser ideologischen Legitimation der repressiven Sozialstaatspolitik von New Labour bleibt letztlich ein Katalog von Mindestleistungen übrig, denen fast ausnahmslos Pflichten gegenüber stehen. Und in grundrechtlicher Hinsicht sind dabei selbst die vom Liberalismus eingeräumten politischen Grundrechte tendenziell gefährdet.

Im Widerstand gegen diese repressive Sozialpolitik schleichen sich nun nicht nur Illusionen über die vergangenen Sozialstaatssysteme ein (als wären diese nie hierarchisch, ausschließend und repressiv gewesen), sondern auch eine Selbstaufgabe der Linken in der Frage der Grundrechte. Diese werden nämlich pragmatisch auf das Niveau von Mindestanforderungen gebracht. Die ohnehin schwache sozialpolitische Linke macht sich so programmatisch kleiner, als sie es sich erlauben kann. Vielmehr wäre zurückzukehren zu einer offensiven grundrechtlichen Begründung von Entfaltungsansprüchen. Andernfalls fände auf Dauer ein Sockelmodell Akzeptanz, eine Grundsicherung auf Basis eines Sockels, über dem sich dann eine ganze Pyramide privater Leistungen, sei es durch Gewinnbeteiligungsmodelle in Großbetrieben oder durch private Versicherungen, erheben würde. Genau das aber ist das Modell eines neuen "Gesellschaftsvertrages", wie es von New Labour angestrebt wird.

Der Kern der gesamten Auseinandersetzung steckt natürlich in dem großen Thema "Arbeit". Und genau hier scheiden sich die Wege innerhalb der Linken. Wir erleben dies seit Jahren in den beiden bislang voneinander getrennten Welten der Betriebs- und Gewerkschaftslinken einerseits und der sozialpolitischen Linken andererseits. Hier wie dort verweisen beide Richtungen aufeinander und finden erst langsam einen Weg zueinander.

Auf der einen Seite löst sich die Betriebs- und Gewerkschaftslinke nur sehr zäh von ihrer Fixierung auf die Erwerbsarbeit. Dies ist keineswegs nur auf die reale Bedeutung der Arbeitsprozesse für Einkommen und Lebensbedingungen der Menschen in einer kapitalistischen Gesellschaft zurückzuführen, sondern auch auf einen unklaren, aber dadurch nichts desto trotz nachhaltig starken Bezug auf "die Arbeit" als Menschwerdungsprozess - wie bei Friedrich Engels beschrieben. New Labour hat es da oft nicht sehr schwer, mit der Arbeitspflicht an Traditionen der alten ArbeiterInnenbewegung anzuknüpfen. Umgekehrt sind die politischen Richtungen, die ich hier provisorisch als sozialpolitische Linke bezeichne, mehr oder weniger ausschließlich damit beschäftigt, sich den repressiven Druck des Sozialstaates vom Hals zu halten. Dabei spielt dann die Organisierung in der Arbeit (auch gegen "diese Arbeit") häufig eine zweit-, wenn nicht drittrangige Rolle.

In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis beider Richtungen oder Strömungen zueinander sicherlich verbessert. Was dagegen noch nicht erkennbar ist, ist so etwas wie ein "inneres Band". Ohne diesem Begriff Weihen zukommen zu lassen, die ihm nicht gerecht werden, ist ein solches "inneres Band" mit einem radikalen Verständnis von Sozialen BürgerInnenrechten durchaus gegeben, wenigstens in den Grundzügen. Woran zu arbeiten ist, das ist das Überschreiten einer Ethik der bloßen Teilhabe oder auch der reinen Umverteilung. In sozialphilosophischer Hinsicht wäre das der Übergang von der Verteilungs- zur Aneignungsgerechtigkeit. Genau das würde die Radikalität eines neuen Verständnisses von Sozialen BürgerInnenrechten ausmachen.

Martin Dieckmann

Es handelt sich hier um die leicht gekürzte Fassung eines Beitrags, der in express, Zeitung für Betriebs- und sozialistische Gewerkschaftsarbeit Nr. 12/2000 erschienen ist.

35. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der entlohnten und nicht entlohnten Arbeit

Nachrichten aus der entlohnten und nichtentlohnten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:39

Wer macht sauber?

"Kein Deutscher will mehr putzen gehen", jammert das Hamburger Abendblatt. Im Gebäudereinigungsgewerbe, einem klassischen Niedriglohnbereich, fehlen Arbeitskräfte; 25.000 bundesweit, so Verbandssprecherin Birte Kleppien. Sie könne es nicht akzeptieren, dass "sich die Deutschen die Hände nicht mehr schmutzig machen wollen". Da stimme doch etwas mit dem Sozialsystem nicht, wenn selbst Erwerbslose für 15 DM brutto in der Stunde Feudel und Mob nicht in die Hand nehmen möchten. In einer Vollzeit-39-Stunden-Stelle verdient ein/e Gebäuderreiniger/in ca. 1.700 DM im Monat netto. Da ist es eigentlich nicht verwunderlich, dass man es sich zweimal überlegt, bevor man sich in eine Putzkolonne einreiht. Die IG Bau-Agrar-Umwelt weist zudem darauf hin, dass Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen in dieser Branche "völlig indiskutabel" seien. Die Hamburger Gebäudereinigerinnung gibt das auch zu, doch leider kämen bessere Bedingungen und höhere Löhne nicht in Frage - wegen der Schwarzarbeit. Statt dessen empfehlen die Unternehmen staatliche Subventionen zu den Billiglöhnen, so könne dieser Job SozialhilfeempfängerInnen schmackhaft gemacht werden.

(Hamburger Abendblatt)

Arbeit im Schatten

Wenn man den bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstituten glauben darf, so nimmt angesichts zunehmender Niedriglöhne die Schwarzarbeit in der Bundesrepublik tatsächlich zu. Das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung ermittelt für das Jahr 2000 einen Anstieg der Schattenwirtschaft auf 16% des gesamten Bruttoinlandsproduktes. Im Jahr 1999 lag dieser Anteil bei 15,6%. Nach Ifo-Angaben hat die Schattenwirtschaft in der Bundesrepublik ein Volumen von mehr als 640 Mrd. DM. (taz)

Keine Sklavenhändler bei DaimlerChrysler

Im Oktober letzten Jahres hatte DaimlerChrysler angekündigt, die Personalkapazität bei der Produktion von PKW und LKW bei Bedarf um 25% zu steigern oder zu senken. Diese Flexibilität des Arbeitseinsatzes solle vor allem durch verstärkten Einsatz von LeiharbeiterInnen, freien MitarbeiterInnen und durch befristete Arbeitsverträge erreicht werden. Wie bereits bei ähnlichen Ankündigungen von VW und Opel stößt ein solcher Plan bei den Beschäftigten auf deutlichen Protest. In den Werken Sindelfingen und Mannheim hatten sich schon im November 12.000 bzw. 7.000 Beschäftigte an Protestaktionen gegen die beabsichtigte Flexibilisierung beteiligt. Die IG Metall befürchtet, dass künftig jeder vierte Arbeitsplatz bei DaimlerChrysler in Deutschland befristet oder mit LeiharbeiterInnen besetzt wird. "Es ist nicht akzeptabel, dass Beschäftigte am gleichen Arbeitsplatz zu unterschiedlichen Konditionen arbeiten", erklärte kürzlich Helmut Lense, Betriebsratsvorsitzender des DaimlerChrysler-Werkes in Stuttgart-Untertürkheim. Der dortige Betriebsrat strebt eine Betriebsvereinbarung über den Einsatz von LeiharbeiterInnen an. Wenn schon flexibilisiert werden müsse, sollten doch lieber Überstunden abgebaut und die Altersteilzeit erweitert werden. (FAZ)

Massenentlassungen bei GM

Am Mittwoch, dem 13. Dezember haben ca. 300 empörte ArbeiterInnen nach einer Demonstration die Zentrale des Autoherstellers Vauxhall im britischen Luton gestürmt. Sie forderten den Rücktritt des Vauxhall-Vorsitzenden Nick Reilly. Als Reilly, umgeben von einem Polizeikordon versuchte, die Menge zu besänftigen, wurde er in seiner Ansprache mehrfach lautstark unterbrochen. Am 15. Dezember traten die Beschäftigten des Vauxhall-Werks in Ellesmere Port in einen Solidaritätsstreik für ihre KollegInnen in Luton. Hintergrund der Aktion, die von den Gewerkschaften als "unofficial strike action" bezeichnet wurde, ist die drohende Schließung und der Verlust von 2.000 Arbeitsplätzen in einem Werk, das als eines der ungefährdetsten in ganz Großbritannien galt.

Vauxhall gehört zu General Motors. Der Automulti hatte einen Tag vor der Aktion in Luton angekündigt, bis 2002 weltweit ca. 13.000 Arbeitsplätze abzubauen, davon 6.000 in Europa. Das Werk in Luton wäre dabei mit am stärksten betroffen, angeblich, weil die ArbeiterInnen bei Luton am einfachsten zu feuern seien.

Was die ArbeiterInnen in Luton offenbar auch erzürnte, war die Tatsache, dass sie von den GM-Plänen erst aus den Medien erfuhren. Der Euro-Betriebsrat von General Motors wurde simultan zu der stattfindenden Pressekonferenz über die Unternehmenspläne unterrichtet. Vorabgespräche mit den Gewerkschaften hatten nicht stattgefunden. Wahrend die britische Gewerkschaft TGWU Interventionen der Regierung Blair fordert, werden gleichzeitig von Gewerkschaftsseite europaweite Protestaktionen gegen die Entlassungspläne bei General Motors vorbereitet. Der 25. Januar ist bereits zum europaweiten Protesttag gegen den Stellenabbau bei GM ausgerufen worden. (FAZ, www.labournet.de)

Manager gesucht

Arbeitskräftemangel auch bei den überall aus dem Boden schießenden Call Centern. Angeblich sind in der Branche 15.000 Stellen unbesetzt. Vor allem an qualifiziertem Personal fehlt es, so dass immer mehr Firmen Headhunter einsetzen. Neben Menschen, die sich für minimalste Löhne maximalst ausbeuten lassen, werden hier vor allem Fach- und Führungskräfte gesucht. Bis zum Jahr 2003 soll die Zahl der Call-Center-Arbeitsplätze von momentan 225.000 auf 310.000 steigen. Nach Angaben aus der Branche bedeutet ein solcher Zuwachs an neuen Arbeistplätzen einen zusätzlichen Bedarf von ca. 3.000 Fach- und Führungskräften. Auch die Zahl der Call Center selbst wird zunehmen, von 2.030 im Jahr 1999 auf geschätzte 3.600 im Jahr 2003. (FAZ)

Mehr Spaß im Zug

Auch in den Niederlanden, dem Wunderland des Poldermodells und des sozialen Friedens, geschehen ab und an merkwürdige Dinge. Am Donnerstag, dem 21. Dezember hat ein wilder Streik von Lok-FührerInnen und SchaffnerInnen den Eisenbahnverkehr in weiten Teilen des Landes lahm gelegt. Zu dem Streik aufgerufen hatten sog. "Personalkollektive". Er richtete sich gegen die Umorganisationspläne der Niederländischen Bahnen. Insbesondere die Absicht, in Zukunft das Zugpersonal immer auf derselben Strecke einzusetzen, stieß auf starken Protest der EisenbahnerInnen. Sie fürchten eine größere Eintönigkeit ihrer Arbeit. Der Streik richtete sich aber auch explizit gegen die Gewerkschaften, die in den vorangegangenen Verhandlungen dem Reorganisationsplan zugestimmt hatten. Bereits an den beiden Tagen zuvor war es in den Niederlanden zu Warnstreiks gekommen, die - im Gegensatz zum anschließenden Streik - auch von Gewerkschaften unterstützt wurden. (FAZ)

Netslaves.com

Die Krise in der New Economy bringt in den USA bei den betroffenen Beschäftigten vor allem heftigen Zynismus hervor, der sich auf Web-Seiten mit den Namen "igotfired.com", "fuckedcompany.com" oder "netslaves.com"ausbreitet. In der Rebar, einer Szene-Kneipe im New Yorker Stadtteil Chelsea findet einmal im Monat eine "Pink Slip Party" statt. Hinter diesem etwas anrüchigen Namen verbirgt sich eine Fete von Internet-ArbeiterInnen, die im letzten Jahr gefeuert wurden. Eintritt erhält, wer den rosafarbenen Briefumschlag mit dem Kündigungsschreiben (pink slip) vorweisen kann.

Beliebt ist dabei der "Pink Slip Contest". Kurz vor Weihnachten gewann ihn eine junge Frau, die binnen eines Jahres zweimal von jeweils zwei der schlagzeilenträchtigsten New Yorker Start-ups rausgeschmissen wurde. Großen Applaus erhielt auch der Internet-Veteran Bill Lessard, 34, mit seiner Top-Ten-Liste der coolsten Konsequenzen einer Kündigung. Weit oben rangierten "Ich habe endlich wieder eine Freundin, die nicht in meiner Firma arbeitet", "Ich kann mich bei allen entschuldigen, mit denen ich ein Jahr nicht mehr gesprochen habe", oder "Ich kann jetzt meiner Mutter erklären, dass ich mich ein Jahr lang nicht deswegen nicht gemeldet habe, weil ich im Gefängnis war." Die 28-jährigen Internet-Kids haben nie einen krisengeschüttelten Arbeitsmarkt erlebt, so Lessard. "Ihr Problem ist, dass ihre Städte nie zerbombt wurden und ihren Müttern nie befohlen wurde, den Mund zu halten." Der jüngste Trend zum Arbeitsschutz oder zaghafte Versuche einer gewerkschaftlichen Organisierung wie etwa bei Amazon sehen Zyniker wie Lessard ebenfalls mit Skepsis: "Die wenigsten haben Interesse an Gewerkschaften. Das ist doch nichts für superschlaue Webdesigner und Programmierer, sondern für Leute, die Gabelstapler fahren." (Frankfurter Rundschau)

Neues von VW SA

Bei VW Südafrika dauert der Kampf um die Wiedereinstellung der 1.400 ArbeiterInnen, die aus Protest gegen die willkürliche Entlassung einiger Vertrauensleute in den Streik getreten waren und anschließend gefeuert wurden, nach wie vor an. Seit dem Sommer wird er auf der juristischen Ebene vor diversen Instanzen und Schlichtungsstellen geführt.

Unterdessen demonstriert die VW-Firmenleitung ihre harte Haltung gegenüber aufmüpfigen Beschäftigten weiter. Jüngstes Beispiel ist der VW-Zulieferer Nadrox, dessen Beschäftigte direkt auf dem VW-Werksgelände in Uitenhage arbeiten. Anfang Dezember 2000 wurde dort für einen Tarifvertrag gestreikt. Die Nadrox-ArbeiterInnen werden von der Gewerkschaft OCGAWU vertreten, der auch die meisten der entlassenen VW-ArbeiterInnen aus Protest gegen die Haltung von NUMSA, der bisher bei VW dominierenden Gewerkschaft, beigetreten waren. Wie zuvor beim VW-Streik auch operierte die Geschäftsleitung mit einem Ultimatum: Entweder sofortige Beendigung des Streiks, oder Nadrox wird der Zuliefer-Vertrag entzogen. Ein zuvor ausgehandelter Kompromiss zwischen der Gewerkschaft und Nadrox wurde von Seiten des Unternehmens zurückgezogen, nachdem die Nadrox-Geschäftsführung noch einmal mit VW Rücksprache gehalten hatte. Offenbar will VW in Uitenhage mit aller Macht einen Erfolg der OCGAWU verhindern. Im Januar soll die Auseinandersetzung weitergehen.

(www.labournet.de)

36. Existenzgeld ist keine "Trockenübung". Replik auf die Rezension "Geld oder Leben. Das Buch zur Existenzgeld-Diskussion" (ak 444)

Autor: Harald Rein · Rubrik: Sozialpolitik; Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:12

Der Autor dieser Buchsprechung, Dirk Hauer, scheint ein entschiedener Gegner der Existenzgeld-Forderung zu sein. Dies ist sein gutes Recht und hätte auch keine weitere Bedeutung, wenn sein inhaltlicher Darstellungsrahmen über die Entstehung und Fortentwicklung der Existenzgelddebatte nicht jenseits der Tatsachen liegen würde. Er setzt die schon fast unheimlich anmutende Tradition vieler Linker fort, etwas, was man glaubt als Existenzgeld identifiziert zu haben, in Grund und Boden zu stampfen. Heraus kommt ein Konglomerat an zusammengeschusterten Behauptungen über Existenzgeld, die, je nach individueller politischer Ausrichtung, das Etikett reformistisch oder staatsfixiert erhalten.

Undifferenziert wirft Hauer die Diskussion innerhalb der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen über Existenzgeld (seit 1982) mit der Auseinandersetzung eines Teils der politischen Linken (Ende der neunziger Jahre) über praktische Konsequenzen aus der sichtbaren Veränderung der kapitalistischen Arbeitswelt zusammen. Ersteres versucht er zu schlagen, indem er letzteres für tot erklärt. Es mag zwar sein, dass nur noch in wenigen linken Gruppen soziale Fragen auf der Tagesordnung stehen. Aber zu behaupten, die Existenzgelddiskussion "fand ihr Ende" und "nennenswerte Diskussionen finden nicht mehr statt", ist schlichtweg falsch. Diese Sichtweise kommt möglicherweise deshalb zu Stande, weil Hauer unter Existenzgeld ein Mischmasch verschiedenster Auffassungen vermutet, die allesamt im Schoß des kapitalistischen Sozialstaates landen müssten.

Dagegen gilt festzuhalten: Die Diskussion über Existenzgeld hatte Anfang der achtziger Jahre ihren Ausgangspunkt bei den Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen. Sie stellte eine Antwort auf Armut, Arbeitslosigkeit und unterbezahlte Beschäftigung dar. Für viele bedeutete die Forderung ein radikal anderes System der Existenzsicherung.

Existenzgeld garantiert allen Menschen, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne Arbeitszwang ein ausreichendes Einkommen. Nach aktuellen Berechnungen beträgt dieses zur Zeit monatlich 1500 DM sowie einen angemessenen Beitrag zur Miete. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) hat eine eigene Bedarfsberechnung zur Höhe des Existenzgeldes angestellt und auch zur Finanzierung einen diskussionswürdigen Vorschlag vorgestellt ("Take-Half", siehe: "Existenzgeld für Alle", AG-SPAK 2000).

Offensichtlich sind die materiellen Bedingungen für Existenzgeld vorhanden. Allerdings müssen zuvor politische Auseinandersetzungen stattfinden, um zu klären, wie der gesellschaftliche Reichtum auch der Armutsbevölkerung zugute kommt. Existenzgeld ist real und utopisch zugleich. Als reale Möglichkeit verdeutlicht diese Forderung, dass Lohnarbeit kein unveränderbares Schicksal darstellt und auch gegessen werden darf, ohne sich dem kapitalistischen Verwertungsprinzip unterwerfen zu müssen. Dies impliziert auch eine Kritik der realen Lohnarbeit.

Die Forderung baut auf Bewusstseinsveränderung auf und schließt die Notwendigkeit mit ein, die alltäglichen Lebensverhältnisse (Konsum, soziale Beziehungen, Akzeptanz verschiedener Lebensentwürfe etc.) umwälzen zu müssen. Gleichzeitig knüpft sie an bestehende soziale Kämpfe an (Erhöhung der Lohnersatzleistungen und der Sozialhilfe, radikale Arbeitszeitverkürzung, Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen usw.). Nur im Zusammenspiel dieser Faktoren kann es eine breite soziale Bewegung für eine gesellschaftliche Veränderung geben. Die Forderung nach Existenzgeld hat deshalb auch utopischen Charakter und beinhaltet die Perspektive nach einer anderen Gesellschaft.

Sowohl bei kleinen Aneignungsaktionen in den achtziger Jahren im Hamburger Raum, als auch bei bundesweiten Demonstrationen, während der Erwerbslosenaktionstage Anfang der neunziger Jahre und in der Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften, bzw. beim letzten großen Studentenstreik hat die Forderung nach Existenzgeld einen besonderen Stellenwert erlangt. In diesem Zusammenhang von "Trockenübung" zu

sprechen, ist ignorant all denjenigen gegenüber, die in vielen sozialen Kämpfen Existenzgeld als Perspektive und Diskussionsangebot eingebracht haben.

Anspruch des Buches war, nicht nur die Positionen der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen darzustellen, sondern unterschiedliche Auseinandersetzungsformen um das Thema Existenzgeld zu dokumentieren, damit sich die LeserInnen ein eigenständiges Bild über den Stand der allgemeinen Diskussion machen können. Das heißt, es ging nicht um eine Vereinheitlichung inhaltlicher Beiträge, sondern um eine Sammlung mehr oder weniger stichhaltiger Aufsätze. Dass diese sich teilweise widersprechen, dass den Herausgebern selbst manche nicht gefallen haben, spielt dabei keine Rolle. Wichtig war es, die Breite der Diskussion vorzustellen.

Auf einer Arbeitskonferenz der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen am 17./18. Juni 2000 in Bielefeld wurde ein Vorschlag eingebracht: In diesem Jahr soll eine Konferenz von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (RentnerInnen, SchülerInnen, StudentInnen, Obdachlose, GewerkschafterInnen, MigrantInnen, Arbeitslose, SozialhilfebezieherInnen etc.) für ein Recht auf Einkommen stattfinden. Ziel könnte sein, die Forderung nach einem garantierten Einkommen weiter zu popularisieren und Forderungen zu präzisieren, die von den verschiedenen Betroffenengruppen oder auch interessierten BündnispartnerInnen gemeinsam nach außen vertreten werden. Bedeuten solche Aktivitäten, dass alles am "Ende" ist, wie Hauer behauptet?

Harald Rein

37. Für ein soziales Europa. Europäische Versammlung von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten in Paris

Autor: Phylax, Hamburg · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:40

Zur Vorbereitung auf den EU-Gipfel in Nizza und zur Koordination der weiteren Arbeit fand vom 2. bis 4. Dezember 2000 in Paris eine Versammlung auf europäischer Ebene von Menschen aus Erwerbsloseninitiativen und von prekär Beschäftigten statt. Eingeladen hatte die Initiative der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, die seit 1997 schon zu mehreren EU-Gipfeln zu Gegenkundgebungen und Demonstrationen mobilisiert hat. Die Europäischen Märsche setzen sich für ein soziales Europa von unten und für ein garantiertes Mindesteinkommen ein. Unser Autor war vor Ort.

Am Sonnabend, dem 2.12.00 eröffneten in der "Bourse de Travail" 150 TeilnehmerInnen die Versammlung der Erwerbsloseninitiativen. Die TeilnehmerInnen kamen mehrheitlich aus Frankreich, Spanien, Italien, Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Anwesend waren einige wenige VertreterInnen aus England, Griechenland und den skandinavischen Ländern. Aus Deutschland waren der Arbeitslosenverein (ALV) aus Thüringen und Mecklenburg-Vorpommmern, Arbeitsloseninitiativen aus Oldenburg (ALSO) und Nordrhein-Westfalen, sowie einige gewerkschaftliche BasisaktivistInnen zur Versammlung nach Paris gereist. Von offizieller gewerkschaftlicher Seite wird diese Form des Austausches weiterhin ignoriert.

Während sich die Regierungschefs in Nizza um die Verteilung des Einflusses der erweiterten EU rangelten, diskutierte die Versammlung in Paris über die Auswirkungen des neoliberalen Projektes der Konzerne, über Fragen der Armutsbekämpfung, die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, die Alters- und Gesundheitsvorsorge sowie die Rechte von Flüchtlingen, die auf dem Altar der Globalisierung geopfert werden.

In ihrem Eröffnungsreferat verwies Angela Klein von Euromarsch/Deutschland auf den krassen Widerspruch hin, dass in den letzten Jahren die offizielle Zahl der Erwerbslosen in der EU zwar von 20 Millionen auf 16 Millionen sank, hingegen die Anzahl der von Armut betroffenen Menschen innerhalb der Länder der EU von 50 Millionen auf 65 Millionen angestiegen ist. Während die Zahl der Erwerbslosen unter die 10%-Marke gedrückt wurde, liegt die Quote der Armen in der EU mittlerweile bei 18%. Das Phänomen der Zunahme von Armut und der gleichzeitigen Abnahme der Erwerbslosenrate lässt sich vorrangig mit dem drastischen Anstieg von Teilzeitarbeit und Formen geringfügiger Beschäftigung erklären. Als arm gilt dabei, wer weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens erhält. Der konkrete Geldbetrag, mit dem in dem jeweiligen EU-Land die Armutsgrenze gemessen wird, ist sehr unterschiedlich. Deshalb haben sich die Euromärsche auf länderspezifische Geldbeträge je nach EU-Staat als Forderung für das Existenzminimum verständigt. In Deutschland sind es 703 Euro, in Portugal 216 Euro.

In einem weiteren Referat mit dem bezeichnenden Titel "Nasse Füße im Poldermodell" berichtete ein Vertreter aus den Niederlanden, dass die Armut in den Niederlanden vorrangig weiblich ist. 700.000 Frauen sind auf soziale Unterstützung angewiesen, davon sind 190.000 allein Erziehende mit 250.000 Kindern; 350.000 Frauen sind von Altersarmut betroffen.

Druck ohne Ende

Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland sehen sich die Erwerbslosen verstärkt Kontrollen unterworfen und dem Zwang ausgesetzt, Arbeit auch unabhängig von der eigenen Qualifikation anzunehmen. In Deutschland gehen die Sozialämter verstärkt dazu über, SozialhilfeempfängerInnen, unter Androhung der Streichung von Leistungen in tariflose Billigjobs und an Zeitarbeitsfirmen zu vermitteln. Reicht der gezahlte Lohn der so vermittelten Zwangsarbeit nicht aus, wird die aufstockende Sozialhilfe gewährt. Viele Firmen organisieren sich auf diesem Weg Arbeitskräfte zu Dumping-Preisen. Staatlich gefördert werden allgemein verbindliche Tarifverträge und gültige Rechte abhängig Beschäftigter unterlaufen. Von den Betroffenen können diese Arbeitsstellen nicht abgelehnt werden. Mit diesen Methoden soll ein weiteres "Jobwunder" geschaffen

werden? Gewerkschaftsvertretern, wie dem DAG-Vorsitzenden Issen, reicht auch dieser Druck noch nicht aus. Er forderte unlängst, voll im Sinne der rotgrünen Politik, eine noch stärkere Zwangsausübung auf Erwerbslose um sie in Arbeit zu zwingen. Angesichts des überschäumenden Optimismus der Regierungen, der Arbeitgeberverbände und der Medien, die Arbeitslosigkeit im Griff zu haben, versuchen die Euromärsche die verzerrte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zurechtzurücken. Mit der Forderung nach einem staatlich garantierten Existenzminimum in jedem Einzelstaat der EU soll die Debatte um ein soziales Europa von unten belebt und ein Gegenpol zur grenzenlosen Absenkung des Lebensstandards gebildet werden.

Marie-Paule Connan von den Europäischen Märschen aus Belgien machte in ihrem Referat zur Auseinandersetzung mit der EU-Charta deutlich, dass es die Euromärsche nicht hinnehmen werden, dass die existierenden sozialen Rechte in den Mitgliedsstaaten der EU durch die Verabschiedung der EU-Charta ausgehebelt werden. Die EU-Charta sieht eine Entwicklung eines Europas mit Arbeitenden ohne garantierte soziale Rechte im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Arbeitsunfall, Pflegebedürftigkeit vor, eine EU ohne Mindestlöhne, ohne garantiertes Existenzminimum für SozialhilfeempfängerInnen und RentnerInnen, sowie die Ablehnung eines allgemeinen Wohnrechtes. Alle diese aufgezählten Fälle werden nach "Maßgabe der Gemeinschaft und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten" geregelt. Im Kapitel IV der Charta, unter der Überschrift "Solidarität", werden die sozialen Rechte als nicht einklagbar festgelegt und dem Subsidiaritätsprinzip der Einzelstaaten unterworfen. Damit ist ein Wettbewerb der Einzelstaaten um die weitere Absenkung sozialer Rechte eingeläutet. Das Motto lautet: Wer bietet seinen arbeitenden Menschen die schlechtesten Arbeitsbedingungen?

Die Sprecher der nordrhein-westfälischen Arbeitsloseninitiativen wiesen darauf hin, dass in § 136 der EU-Verträge die Zahlung von Arbeitslosengeld auf sechs Monate beschränkt werden soll. Für die Erwerbslosen in Deutschland würde dies eine weitere drastische Verschlechterung gegenüber der jetzigen Regelung bedeuten.

Erwerbslosigkeit sinkt - Armut steigt

Auf der anderen Seite garantiert die EU-Charta unter dem Kapitel II "Freiheiten" das Recht auf uneingeschränkte Nutzung des eigenen Eigentums (§ 17) sowie die unternehmerische Freiheit (§ 16). Eine Richtlinie für eine europäische Aktiengesellschaft ist gerade ergangen. Im selben Kapitel II wird den arbeitenden Menschen immerhin das Recht zu gestanden, arbeiten zu dürfen und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben. Alle UnionsbürgerInnen haben das freie Niederlassungsrecht in jedem Mitgliedsstaat und ArbeitsmigrantInnen mit Arbeitserlaubnis(!) haben einen Anspruch auf gleiche Arbeitsbedingungen wie die UnionsbürgerInnen. Jegliches einklagbare Recht auf Arbeit oder gar Rechte für Illegale (Flüchtlinge, Asylsuchende) wird in der EU-Charta abgelehnt. Maßgabe für die Gestaltung dieser Charta ist die Vernutzungsmöglichkeit der Arbeitskraft, aber wer hätte anderes erwartet? Damit fällt die EU-Charta weit hinter die Menschenrechtsdeklaration der UNO von 1948, den Menschenrechtskatalog des Europarates sowie einzelner Verfassungen, wie der Frankreichs oder der der Bundesrepublik Deutschland, zurück.

Sehr plastisch schilderte ein Delegierter die Situation der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten südlich von Neapel. Dort sind 25% erwerbslos und diejenigen, die Arbeit haben, müssen diese überwiegend in ungeschützten Arbeitsverhältnissen leisten. Jeden Mittwoch demonstrieren in Neapel Arbeitslose und prekär Beschäftigte gemeinsam gegen die neoliberale Politik und gegen die Privatisierungsstrategie der italienischen Mitte-Links-Regierung in Rom und für den Erhalt der öffentlichen Dienstleistungen und gesicherte Beschäftigungsverhältnisse.

Aktionen gegen Unternehmenswillkür

Von zwei besonders krassen Fällen von Behinderungen bei der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Rechte in Deutschland, aber auch von der Gegenwehr wurde ebenfalls berichtet. Ein Betriebsrat einer McDonalds-Filiale in Wiesbaden, in der 15 Vollzeit-, 30 Teilzeitangestellte und 30 geringfügig Beschäftigte arbeiten, schilderte, wie McDonalds mit allen Mitteln die Bildung von Betriebsräten zu verhindern sucht. So wird den Filialleitern, die Betriebsratswahlen verhindern, eine Sonderprämie gezahlt. Die Begründung des Konzerns ist so einfach wie unsinnig. McDonalds versteht sich als amerikanischer Konzern, für den das deutsche

Betriebsverfassungsgesetz nicht gilt und dem die Mitbestimmungsregelungen ein Dorn im Auge ist. McDonalds steht dabei durchaus als Trendsetter für die anderen Unternehmen der Systemgastronomie.

Auch die Citibank legte besondere antigewerkschaftliche Aktivitäten an den Tag. Sie weigerte sich, einen Haustarif mit der Gewerkschaft HBV für ein Call-Center in Duisburg abzuschließen. Daraufhin streikten die Beschäftigten und wurden von der Citibank gefeuert. Da recht schnell deutlich wurde, dass Streiks als alleiniges Kampfmittel nicht mehr ausreichen, um Unternehmen unter Druck zu setzen (zumal wenn die Belegschaft gekündigt ist), startete die HBV mit anderen gesellschaftlichen Kräften eine Kampagne gegen die Citibank. Ziel war und ist es, den ehemals Beschäftigten wieder ihre Arbeitsplätze zu organisieren. Das Soziale Netzwerk Duisburg, in dem die HBV mit kirchlichen Gruppen und anderen Initiativen zusammenarbeitet, bezieht in dieser Kampagne gegen die Machenschaften der Citibank auch den Boykott der Bank mit ein, ein bisher unübliches Vorgehen bei gewerkschaftlichen Aktivitäten. Viele negative Presseberichte über die Machenschaften der Citibank sind bisher erschienen; das Image der Bank erhielt einige Kratzer. Darauf reagierte die Citibank äußerst empfindlich und überzog ihre KritikerInnen mit Gerichtsprozessen; die allerdings von den KritikerInnen gewonnen wurden. Auch das Fußballstadion des Zweitligisten MSV Duisburg - die Citibank ist neuerdings Sponsor des Vereins - wurde zum Schauplatz gewerkschaftlicher Aktivitäten. Konkrete Erfolge konnten bisher nicht erzielt werden, und es scheint noch ein langer Weg vor den Betroffenen zu liegen, bis die Citibank einlenkt.

Diese Auseinandersetzungen geben einen Vorgeschmack auf die Wünsche der Kapitalisten für das Europa von morgen: Löhne ohne Tarifverträge und die Abschaffung der betrieblichen Mitbestimmung. Zum Abschluss der Erwerbslosenversammlung in Paris wurde ein Delegiertenmodell verabschiedet, das die Kontinuität der Arbeit der Europäischen Märsche im Jahr 2001 gewährleisten soll und die Kampagne für die sozialen Rechte und das Exstenzminimum fortsetzen wird.

Phylax, Hamburg

Weitere Informationen zu Euromarsch bzw. zur Kampagne zur Citibank unter:

www.euromarches.org

www.citi-critic.de

38. Visionär und Pragmatiker. Lenin lebt - leider vor allem in den Schriften seiner Gegner

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:02

Der unter dem Namen Lenin bekannt gewordene russische Kommunist Wladimir Iljitsch Uljanow (1870-1924) ist, 77 Jahre nach seinem Tod und fast zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, immer noch weit davon entfernt, in Vergessenheit zu geraten. Von Nachruhm kann man allerdings nur bedingt sprechen. Denn es sind weniger die "Leninisten", welche die Erinnerung an ihr Idol wach halten, als vielmehr Leute, die ganz andere Zwecke verfolgen.

Während der Volkswagen-Konzern den vermeintlichen Sympathieträger Lenin schon mal für die Golf-Werbung einsetzte, tat sich Joschka Fischer in seinem Buch "Die Linke nach dem Sozialismus" (1992) mit der bis dahin dümmsten Anklage gegen Lenin hervor: "Lenin und Stalin haben mit der Sowjetunion die Synthese von atomarer Supermacht und russischem Mittelalter geschaffen" - wer sich um das Amt des deutschen Außenministers bewirbt, darf nicht kleinlich sein: Gesinnung ist allemal wichtiger als historische Wahrheit.

Lenin wird voraussichtlich noch lange ein bevorzugter Gegenstand rechter Geschichtspolitik bleiben. Dass die Oktoberrevolution den "Weltbürgerkrieg der Ideologien" auslöste - in dem die Nationalsozialisten dann später "zurückschlugen" - behauptet nicht nur Ernst Nolte. In der Spiegel-Serie über das 20. Jahrhundert erscheint die Oktoberrevolution als Werk eines ebenso genialen wie skrupellosen Verbrechers: des "Zynikers" Lenin, der nichts anderes wollte als seine persönliche Diktatur: "Er verfiel völlig dem Götzen der Macht und opferte ihm ungerührt Millionen Menschenleben" (Fritjof Meyer in Der Spiegel 29/1999). Als mildernden Umstand lässt der Autor, seit 1967 Leiter der "Ost-Berichterstattung" des Spiegel, allein Lenins "Traumatisierung" durch die Hinrichtung seines älteren Bruders, des Zaren-Attentäters Alexander Uljanow, gelten: Schockiert nahm der kleine Wladimir sich vor, "das Vermächtnis seines gehenkten Bruders zu erfüllen". Am Ende stand die größte Vergeltungsmaßnahme der Geschichte - allein 140.000 Exekutierte und ebenso viele "bei der Unterdrückung von Aufständen Getötete" zählt der Spiegel-Redakteur: "welch ein Multiplikator der Opferzahl des Zaren - eine orgiastische Vergeltung für den Tod des Bruders Alexander."

Wie Lenin den Terror der Nazis "inspirierte"

Stéphane Courtois, der im "Schwarzbuch des Kommunismus" weltweit "hundert Millionen Opfer des Kommunismus" addiert, macht bekanntlich "die Utopien" - Träume von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - für den Terror verantwortlich. Auch bei ihm ist Lenin der eigentliche Urheber der Gewaltexzesse des 20. Jahrhunderts: "Die von Lenin erarbeiteten, von Stalin und seinen Schülern systematisierten Methoden lassen an die Methoden der Nazis denken, nehmen sie aber oftmals voraus." Es sei eine Tatsache, "dass das Ausmaß und die Techniken der Massengewaltausübung von den Kommunisten eingeführt wurden und die Nazis sich von ihnen inspirieren ließen".

Solchen Deutungen wie auch den grotesken Opferzahlen ist von links mehr oder weniger deutlich widersprochen worden - meist mit dem (durchaus richtigen) Argument, durch sie würden die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert. Eine offensive Verteidigung Lenins und der russischen Revolution aber wird heute nur noch von immer kleiner werdenden Segmenten der Linken unternommen; über Traditionspflege kommen solche historischen Würdigungen selten hinaus. Mit Lenin, so scheint es, ist kein Staat, keine Revolution und überhaupt kein sozialer Fortschritt mehr zu machen. Hinzu kommt eine nicht unsympathische Neigung vieler Linker, sich eher an den Besiegten zu orientieren: revolutionären "Edel-Figuren", die - wie Domenico Losurdo schreibt - auch deshalb "edel" waren, weil es ihnen nicht vergönnt war, "an einer aus einer Revolution hervorgegangenen Machtausübung teilzuhaben." Losurdo nennt als derzeit besonders beliebte edle Besiegte Gramsci, Luxemburg und Che Guevara.

Das sind zweifellos großartige Persönlichkeiten, deren Werke - namentlich die Gramscis - auch heute noch mit Gewinn studiert werden können. Aber an Lenin reichen sie denn doch nicht heran - und das nicht nur wegen der bekannten Laune der Weltgeschichte, die allen marxistischen Prophezeiungen zum Trotz, am Ende des Ersten Weltkrieges Russland zum "schwächsten Kettenglied des Imperialismus" werden ließ und ausgerechnet in diesem wirtschaftlich, kulturell und politisch rückständigen Land die Revolution leichter

möglich machte als im Westen. Warum das so war, hat Gramsci später mit seinen Betrachtungen zum "Stellungskrieg und Bewegungskrieg" erklärt. Nur - Lenin hat die Gunst der Stunde als Erster erkannt und gegen viele Widerstände, auch in der Partei der Bolschewiki, die Eroberung der Macht auf die Tagesordnung gesetzt.

Dass Lenins Linie siegen musste, erklärt die stalinistische Geschichtsschreibung - etwa der berüchtigte "kurze Lehrgang" zur "Geschichte der KPdSU (B)" - nicht allein mit seinem Genie, sondern auch mit den "objektiven Gesetzmäßigkeiten" der Geschichte: Lenin vertrat den Fortschritt, während die "Opportunisten und Doppelzüngler" die revolutionären Massen zurück zerren wollten. Diese Darstellung ist kaum weniger kindisch als die von "bürgerlichen" Historikern und Lenin-Biographen penetrant wiederholte Behauptung, seine allzu naiven Widersacher hätten Lenins grenzenlosem Machtwillen nichts entgegensetzen können. Dieser Machtwille sei schon in seiner 1902 erschienenen Broschüre "Was tun?" dokumentiert - einer in der Tat bemerkenswerten Schrift, die eine internationale Jury im Auftrag der britischen Literaturzeitschrift Logos jüngst in die Liste der "100 wichtigsten Bücher des Jahrhunderts" aufgenommen hat.

Vor allem ein dort entwickelter Gedanke ist es, der die Anti-Leninisten heute noch schäumen lässt: Dass die Erfahrung des Klassenantagonismus allein die Arbeiter noch nicht zu Revolutionären macht, die betrieblichen Kämpfe vielmehr nur ein "trade-unionistisches" (gewerkschaftliches) Bewusstsein schaffen; dass es für die Verwirklichung des Sozialismus einer wissenschaftlich ausgebildeten "Avantgarde" (der revolutionären Partei) bedarf, die das sozialistische Bewusstsein "von außen in die Arbeiterklasse hineinträgt". Dies stelle den Marxismus auf den Kopf, sei purer "Elitismus" und degradiere die Arbeiter zu Befehlsempfängern der Partei bzw. des selbst ernannten Führers des Proletariats.

"Was tun?" - die Revolution des Journalismus

Hier muss zunächst richtig gestellt werden, dass der Avantgarde-Gedanke keine Leninsche Spezialität war. Die Erkenntnis, dass Betrieb und Gewerkschaft als Schule des Klassenkampfs nicht ausreichen, übernahm er direkt von dem deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky, den er in "Was tun?" mit erkennbarem Genuss gegen die russischen "Ökonomisten" und "Spontaneisten" zu Wort kommen ließ. "Das moderne sozialistische Bewusstsein kann nur erstehen auf Grund tiefer wissenschaftlicher Einsicht", hatte Kautsky geschrieben und gefolgert: "Das sozialistische Bewusstsein ist also etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen Hineingetragenes, nicht etwas urwüchsig aus ihm Entstandenes."

Lenin begründete in "Was tun?" aber nicht nur den Führungsanspruch der Partei, er machte auch eine Reihe von Vorschlägen, wie unter den Bedingungen des Zarismus revolutionäre Agitation und Propaganda organisiert werden konnte. Als wesentliche Aufgabe der viel geschmähten Geheimorganisation der Berufsrevolutionäre definierte Lenin die regelmäßige Herausgabe einer gesamtrussischen Zeitung, die mittels "allseitiger politischer Enthüllungen" über die russische Klassenwirklichkeit die "wichtigste Vorbedingung für die Erziehung der Massen zur revolutionären Aktivität" schaffen müsse. Originell war Lenins Hoffnung, dass diese Zeitung überdies zum "kollektiven Organisator" der im ganzen Lande verstreuten marxistischen Zirkel werden würde.

Die Wirkungsgeschichte von "Was tun?" zu schreiben, wäre eine lohnende Aufgabe. Den nach 1968 in Westdeutschland entstandenen "K-Gruppen" diente die Schrift zum einen als Rechtfertigung des eigenen Führungsanspruchs: Die zu bekämpfenden "Ökonomisten", "Anbeter der Spontaneität" und Verfechter von "Handwerkelei" und "Zirkelwesen" waren stets die anderen. Als praktische Handlungsanweisung ernst genommen wurde "Was tun?" allerdings nur im Kommunistischen Bund (KB), von dem wir die Zeitung ak - analyse & kritik (vormals Arbeiterkampf) geerbt haben. Der KB verstand sich als "Zeitungsorganisation" im Leninschen Sinne.

Dass es "die Aufgabe jedes Revolutionärs" sei, "die Revolution zu machen", hatte in riesigen Lettern schon als Motto über dem Internationalen Vietnam-Kongress (Westberlin, Februar 1968) gestanden. Die an Lenin orientierten K-Gruppen (als erste gründete sich am 31.12.1968 die KPD/ML) waren allesamt überzeugt, dass sie mit ihrer Agitation und Propaganda den Boden für einen Umsturz, ähnlich der Oktoberrevolution von 1917, bereiteten. Uneinigkeit bestand vor allem darin, wie weit man von diesem Ereignis noch entfernt war; der KB ging bekanntlich von einer Rechtsentwicklung der BRD aus ("Faschisierung von Staat und Gesellschaft"), während der KBW bei jeder Gelegenheit behauptete: "Die Massen wollen nach links!" Lenins Schriften aus

dem Revolutionsjahr 1917 gaben den superlinken Maulhelden massenhaft Zitatenmaterial an die Hand, das gegen die "Opportunisten" eingesetzt werden konnte - allerdings nur, wenn man Lenin ahistorisch zum Verkünder der Wahrheit machte, unabhängig von Ort, Zeit und Bedingungen.

Oktober 1917: Abwarten wird zur "Idiotie"

Wer sich heute die Mühe macht, den zweiten Band von Lenins "Ausgewählten Werken" (enthalten sind Arbeiten aus der Zeit von März 1917 bis Juni 1918) zu lesen, wird verblüfft sein über Lenins geistige Wendigkeit, die mit dem schematischen Denken der westdeutschen "MLer" rein gar nichts zu tun hat. Die am 7. April 1917 veröffentlichten Thesen "Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution", die sog. April-Thesen, enthalten die Grundelemente eines demokratischen Übergangsprogramms: "Nicht ‚Einführung` des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten."

Noch vor ihrem Erscheinen in der Prawda arbeitet Lenin die April-Thesen aus zum Plattform-Entwurf "Die Aufgaben des Proletariats in der Revolution". Zur Taktik der Bolschewiki schreibt er: "Sie erfordert Kritik, Aufklärung über die Fehler der kleinbürgerlichen Parteien, der Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten, Schulung und Vereinigung der Elemente der bewussten proletarischen, der kommunistischen Partei, Befreiung des Proletariats von dem ‚allgemeinen` kleinbürgerlichen Taumel." Lenin fügt an dieser Stelle hinzu: "Es scheint, als sei das ‚bloß` propagandistische Arbeit." In Wahrheit aber handele es sich um "im höchsten Grade praktische revolutionäre Arbeit" - denn erst wenn die "blinde Vertrauensseligkeit" der Massen durchbrochen sei, könne der nächste revolutionäre Schritt in Angriff genommen werden.

Besonderes Gewicht legt er auf die Agitation für Russlands Ausscheiden aus dem Krieg. Immer wieder erklärt er "auch die geringsten Zugeständnisse an die ‚revolutionäre Vaterlandsverteidigung`" für unzulässig, für "Verrat am Sozialismus und Internationalismus". Allein die sozialistische Revolution könne die Beendigung des Krieges garantieren; bis dahin gelte die alte internationalistische Parole: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land." Auf ihrer Basis solle schnellstmöglich eine dritte Internationale gegründet werden.

Als einer der Ersten erkennt Lenin, dass das Gelingen der Revolution von der bolschewistischen Bündnispolitik abhängt. Auf dem Ersten Gesamtrussischen Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten (Petrograd, 3. bis 24. Juni) stellen die Bolschewiki nicht mehr als zehn Prozent der Delegierten; noch weniger sind es auf dem Kongress der Bauerndeputierten, der kurz vorher getagt hat. Aber in einem bäuerlichen Land mit einer nur kleinen Industriearbeiterschaft ist die Bauernfrage für die Revolution entscheidend. Mit seiner Rede zur Agrarfrage (22. Mai) kann Lenin die Bauern nicht überzeugen. Er fordert - ganz im Sinne des sozialistischen Programms - die Kollektivierung der Landwirtschaft, während die armen Bauern eigenes Land wollen. (Das Dekret über den Grund und Boden, erlassen einen Tag nach dem siegreichen Oktoberaufstand, enthält dann das entscheidende Zugeständnis, das die Zustimmung der armen Bauern bringt: "Der Boden der einfachen Bauern und der einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation".)

Revolution ist Abgrenzung und Konsens

Nach der konterrevolutionären Gegenoffensive endet im Juli 1917 die Phase der Doppelherrschaft, Lenin flieht nach Finnland und schreibt dort in wenigen Wochen "Staat und Revolution". Das Fragment gebliebene Werk beansprucht, "die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution" zusammenzufassen. In der vorliegenden Skizze über Lenins Rolle als revolutionärer Realpolitiker kann es übersprungen werden; es erschien erstmals 1918 und hatte auf die Organisierung der Revolution keine unmittelbaren Auswirkungen - im Unterschied zu etlichen Aufsätzen und Briefen, in denen Lenin schon vor seiner Rückkehr nach Petrograd (7. Oktober) die Machtergreifung durch die Bolschewiki fordert. So in seinem Brief an das ZK und die Parteikomitees von Petrograd und Moskau (12.-14. September) und in einem weiteren Brief an das ZK ("Marxismus und Aufstand", 13./14. September): Der Aufstand müsse sich "auf den revolutionären Aufschwung des Volkes stützen" und an einem "Wendepunkt" unternommen werden, "wo die Aktivität der vordersten Reihen des Volkes am größten ist, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwachen, halben, unentschlossenen Freunde der Revolution am stärksten ist". Wenn diese Bedingungen gegeben seien - und Lenin hält sie für gegeben - dann sei "die Weigerung, den Aufstand als eine Kunst zu betrachten, Verrat am Marxismus und Verrat an der Revolution." In dem selben Brief finden

sich auch schon diverse praktische Hinweise, wie der Aufstand durchzuführen sei (Verhaftung der Regierung und des Generalstabs, Besetzung des Telegrafenamtes etc.).

Ende September schreibt Lenin seinen Brief "Die Krise ist herangereift", in dem er weiteres Abwarten als "vollendete Idiotie" bezeichnet: "Den Sowjetkongress ‚abwarten` ist Idiotie, denn der Kongress wird nichts ergeben, kann nichts ergeben!" Da er mit dieser Position in der Parteiführung nicht mehrheitsfähig ist, kündigt Lenin seinen Austritt aus dem ZK an, "um mir die Freiheit der Agitation in den unteren Parteiorganisationen und auf dem Parteitag vorzubehalten." Es folgen weitere Briefe an die Partei ("Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?" vom 1. Oktober, die "Ratschläge eines Außenstehenden" vom 8. Oktober u.a.).

Am 7. Oktober kommt Lenin heimlich in Petrograd an; am 10. Oktober beschließt das ZK die unmittelbare Vorbereitung des Aufstandes. Auch die endgültige Datierung des Aufstandes auf den 25. Oktober geht auf Lenins energische Intervention zurück. Für diesen Tag ist der Zweite Gesamtrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten einberufen. "Eine Verzögerung der Aktion bedeutet den Tod", schreibt Lenin, "es wäre verderblich oder ein rein formales Herangehen, wollten wir die unsichere Abstimmung am 25. Oktober abwarten..., das Volk hat das Recht und die Pflicht, in kritischen Augenblicken der Revolution seinen Vertretern, selbst seinen besten Vertretern, die Richtung zu weisen und nicht auf sie zu warten." Demokratisch ist das nicht, aber ehrlich - abgesehen von der Behauptung, "das Volk" sei die treibende Kraft des Aufstandes. Wie alle Revolutionen, so wird auch die des Oktober 1917 von einer Minderheit gemacht.

Von Lenin lernen, den "Leninismus" vergessen!

Die Minderheit der Bolschewiki (240.000 Mitglieder im August 1917) steht seit dem ersten Tag der später sogenannten "Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" vor dem Problem, die Zustimmung zu ihrem Vorstoß zu erkämpfen. Lenin beginnt damit, indem er im Namen des Revolutionären Militärkomitees von Petrograd das Sofortprogramm der Revolution in den denkbar einfachsten Worten zusammenfasst: "das sofortige Angebot eines demokratischen Friedens, die Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden, die Arbeiterkontrolle über die Produktion, die Bildung einer Sowjetregierung".

Über dieses Minimalprogramm und seine Träger schrieb Michael Jäger, Redakteur der Berliner Wochenzeitung Freitag, in ak 425: "Die Bolschewiki haben sich zur Machtübernahme... berechtigt gesehen, weil sie von sich wussten, dass sie als einzige Partei entschlossen waren, ‚Land und Frieden` zu bringen. Dahin ging der Wille der Bevölkerungsmehrheit, und nicht im mindesten hatte er etwas Kommunistisches an sich. Die Bolschewiki waren bereit, einen ganz und gar nicht kommunistischen Auftrag entgegenzunehmen." Jäger lobt ausdrücklich die bolschewistische Konsenspolitik, die Lenin nach der diktatorischen Phase des "Kriegskommunismus" sowohl in Gestalt der Neuen Ökonomischen Politik als auch bei der Gewinnung der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit durchsetzte: "Davon, dass die Bauern a priori seine ‚weit reichende Politik` mittrugen, ging er nicht aus. Die russische Katastrophe begann, als Stalin die Konsensmethode aufgab und zur Zwangskollektivierung schritt."

Der Weg in die Katastrophe führte über mehrere Zwischenschritte, die sich - aus antikommunistischer Sicht - allesamt zwingend aus dem "Sündenfall" vom Oktober 1917 ergeben. Dass Stalin auf Lenin folgte, ist unbestreitbar; dass er aus ihm folgte, ist eine oft wiederholte, aber nie bewiesene These. Dagegen spricht nicht nur Lenins Testament, in dem er vor der ungeheuren Machtfülle des Generalsekretärs Stalin warnte, sondern auch seine Wertschätzung des offenen Meinungsstreits. Oft genug selbst in der Minderheit, nahm er sich immer wieder das Recht, gegen die offizielle Parteilinie zu agitieren. Sein Verdikt gegen die Legitimität innerparteilicher Opposition ist bei genauerer Betrachtung weniger eindeutig, als es scheint: "Wir brauchen jetzt keine Opposition, Genossen, es ist nicht die Zeit danach!" rief er auf dem zehnten Parteitag aus, der im März 1921 tagte, während der Aufstand von Kronstadt die Existenz der Sowjetregierung bedrohte. In dieser "objektiven Lage" sei es unumgänglich, "mit Gewehren zu diskutieren". Der Parteitag verbot dann - im Namen der Einheit - die innerparteiliche Fraktionsbildung. Dieses Verbot wurde nie wieder aufgehoben, obwohl Lenin es - nimmt man seinen oben zitierten Satz wörtlich und betont das "jetzt" - als vorübergehende Maßnahme betrachtet haben könnte.

Was bleibt von Lenin - außer der Mumie, die immer noch die Touristen anlockt? Lenin war zweifellos ein politisches Genie, ein Meister der Abgrenzung und des Konsenses. Sein Erfolg beruht auf der Fähigkeit, an historisch entscheidenden Punkten die Machtfrage zu stellen. Zwar "machte" er nicht die Oktoberrevolution,

die das 20. Jahrhundert prägte, aber er hat doch entscheidenden Anteil an dem großen Aufbruch, der am 25. Oktober 1917 in Petrograd und Moskau begann. Von Lenin lernen heißt ... - nein, nicht "siegen" lernen, wohl aber Politik machen lernen. Die Stalinsche Definition des "Leninismus" ist offenkundig falsch: "Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution." Im Gegenteil: Es gibt keinen "Leninismus" (mehr), wohl aber das Beispiel Lenin: ein prinzipienfester und gleichzeitig taktisch flexibler Revolutionär, der den Marxismus nicht als Gebrauchsanweisung missverstand, sondern sein theoretisches Rüstzeug kreativ und undogmatisch in Politik umsetzte - getreu dem alten Motto von Marx "Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme."

Js.

39. Der Nachwelt zur Mahnung. Zwei neue Biografien des "noch nicht ganz toten" Lenin

Zwei neue Biografien über den "noch nicht ganz toten" Lenin

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:09

Die von der Person Lenins immer noch ausgehende Faszination wird auch durch die Tatsache deutlich, dass auf der letztjährigen Frankfurter Buchmesse von den renommierten Verlagen Piper und C.H. Beck zwei dickleibige Lenin-Biografien dem Publikum präsentiert wurden. Es handelt sich dabei um Übersetzungen der Bücher von Hélène Carrère d'Encausse bzw. Robert Service. Auch wenn die Verkaufszahlen kaum an die des "Schwarzbuchs des Kommunismus", ebenfalls bei Piper erschienen, heranreichen werden: Offensichtlich erhofft man sich in den beiden Münchner Verlagen mit Lenin gute Geschäfte.

Carrère d'Encausse bezieht in ihrem Buch von Anfang an eindeutig Position: gegen Lenin. Zwar will die Autorin dazu beitragen, "dass die Betrachtung Lenins von den Fesseln der ideologischen Leidenschaften befreit wird." (Vorwort) Aber schon auf der zweiten Seite des ersten Kapitels ergreift sie Partei für Zar Alexander II. und dessen "einschneidende Reformen", die allenthalben Hoffnungen erweckt hätten - "Extremisten sehen dies freilich anders und setzen statt auf Reformen auf Umsturz. Der Zar-Befreier (!!) wird von Terroristen aufs Korn genommen." Unter diesen befindet sich bekanntlich Lenins älterer Bruder Alexander. Nach dessen Hinrichtung wird die wohlsituierte Familie Uljanow sozial geächtet, Wladimir wird als "Bruder eines Terroristen" von der Universität gejagt. Tiefere Gründe für Lenins zunehmende Politisierung weiß die Autorin nicht; unter dem Einfluss seiner zwei Jahre älteren Freundin und späteren Ehefrau Nadeshda Krupskaja entdeckt er die Arbeiterklasse, lernt die "Gründerväter" des russischen Marxismus kennen, wird schließlich im Februar 1897 nach Sibirien, in "eine komfortable Verbannung", geschickt.

Zutiefst voreingenommen äußert sich Frau Carrère d'Encausse auch über Lenins strategische Schrift "Was tun?". In dem darin manifestierten "Streben nach Einheit" sieht die Autorin offensichtlich die theoretische Grundlage des Stalinismus: "Wie wäre diese ‚Einheit des Willens` anders herzustellen als durch Ausmerzung sämtlicher Partikularwillen, Irrtümer und Sonderwege, also durch Säuberung ..." Dass der Kommunismus eine "Utopie der Säuberung" gewesen sei, hatte schon der ehemalige KBW-Funktionär Gerd Koenen in seinem gleichnamigen Buch (Berlin 1998) behauptet. Den Erfolg Lenins und der Bolschewiki kann Frau Carrère d'Encausse nicht erklären. Wohl sieht sie in Lenin den einzigen politischen "Neuerer" unter den Diktatoren "eines Jahrhunderts, das vom Totalitarismus markiert wird"; einen "Neuerer" allerdings, der die im Februar 1917 gerade in Gang gekommene "Modernisierung" aufgehalten habe - ein bisschen konfus ist es schon, was die Autorin als "Schlussfolgerung" präsentiert.

Mehr Text für weniger Geld bietet die Lenin-Biografie von Robert Service, insbesondere mehr private Details. Die Art und Weise allerdings, wie der Autor den "Menschen" Lenin porträtiert, ging selbst dem Rezensenten der FAZ gegen den Strich: Service habe in Lenins Charakter eine "quasi angeborene Boshaftigkeit" entdeckt, könne aber die schlichte Frage nicht beantworten, warum er nicht "auf seiner Bosheit sitzen" blieb, sondern zum Führer der Oktoberrevolution und des Sowjetstaates werden konnte. (FAZ, 8.1.2001) Die politischen und sozialen Bedingungen, unter denen Lenin aufwuchs und agierte, werden in dem Buch nicht deutlich. Die große Bedeutung von "Was tun?", die Carrère d'Encausse immerhin ahnt, verschließt sich Service vollständig. Er ist so gefangen von Äußerlichkeiten ("ungehobelte Formulierungsweise"), dass er den Inhalt der Broschüre darüber vergisst und behauptet, darin befinde sich "kaum ein praktischer Ratschlag".

"Lenin kam wie der Blitz aus heiterem Himmel"

Ähnlich verständnislos ist sein Fazit über Lenins "Nachleben". "Lenin kam wie der Blitz aus heiterem Himmel", schreibt er allen Ernstes und gewinnt dessen Existenz immerhin ein Gutes ab - Lenin könnte als warnendes Beispiel dienen: "Zumindest beweisen sein außerordentliches Leben und seine Karriere, dass wir alle auf der Hut sein müssen. Nicht viele historische Persönlichkeiten haben diesen Effekt gezeitigt. Seien wir dafür dankbar." Damit endet das Buch.

Die LeserInnen beider neuen Bücher erfahren einiges über den "privaten" Lenin, das zwar tendenziös aufbereitet ist, aber auch das Gesamtbild seiner Persönlichkeit ergänzt - eine wichtige Gegenposition zur schauerlichen Lenin-Vergötzung durch die kommunistischen Parteien. Ist Lenin bei Service und Carrère d'Encausse ein frecher Bengel, dann ein Mann mit depressiven Phasen und psychosomatischen Krankheiten, so muss er in der Biografie des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Berlin/DDR 1971) unbedingt ein "unermüdlicher" Kämpfer sein, der schon als Kind "Raufereien hasste". Lenin als Musterknabe und Kampfmaschine - diese Darstellung ist genauso beleidigend wie das Bild eines lebenslänglich von "Zerstörungsdrang" (Service) Besessenen, der schon als Dreijähriger einem Papp-Pferdchen die Beine ausgerissen hatte ...

Js.

Hélène Carrère d'Encausse: Lenin; Piper Verlag (München) 2000;

539 Seiten, 79 DM

Robert Service: Lenin. Eine Biographie; Verlag C.H. Beck (München) 2000; 680 Seiten, 68,50 DM

40. Existenzialismus und Sozialismus. Neue Bücher aus dem Rotbuch-Verlag

Autor: ef. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak446/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:32

Kurz und prägnant Themen wie Existenzialismus und Sozialismus zu diskutieren ist das Verdienst der im Rotbuch-Verlag erschienenen Reihe "Rotbuch 3000". Die Reihe wendet sich sowohl an EinsteigerInnen, die sich einen Überblick über Wissensgebiete verschaffen wollen, als auch an diejenigen, die ihr Wissen wieder auffrischen wollen. Böse Zungen könnten behaupten, es handele sich bei dieser Reihe um Fast-Food-Happen für Lesefaule, die sich der Anstrengung des Begriffs nicht aussetzen wollen. Eine solche Einschätzung trifft für die Bücher von Thomas Seibert zu "Existenzialismus" und von Jost Müller zu "Sozialismus" auf keinen Fall zu. Besonders hervorzuheben ist, dass beide nicht nur den Mainstream behandeln, sondern auch Außenseiter- oder Minderheitenströmungen in ihre Analyse miteinbeziehen.

Der Existenzialismus eines Sartre beeinflusste ganze Nachkriegsgenerationen und war ein wichtiger Bestandteil der Revolten von 1968. Heute erscheint der Existenzialismus als völlig unbedeutend. Der zwanzigste Todestag von Sartre im letzten Jahr wurde hier zu Lande kaum noch wahr genommen. Dennoch ist Thomas Seibert zuzustimmen, wenn er feststellt, dass die vom Existenzialismus aufgeworfenen Fragen "weder gelöst noch überholt" sind, insbesondere Dostojewskis Frage: "Wenn Gott nicht existierte, wäre dann alles erlaubt?". Was bedeutet der Verlust religiöser und säkularer metaphysischer Wahrheiten etwa für die Vorstellungen von Engagement, Freiheit und Moral? Seibert zeichnet die Antworten der existenzialen Denker seit Max Stirner nach, der als erster Mitte des 19. Jahrhunderts seine "Sach auf Nichts gestellt" hatte. Weitere zentrale Personen des Existenzialismus sind Nietzsche, Heidegger und Sartre.

Ungelöste Fragen des Existenzialismus

Am spannendsten ist das Buch an den Stellen, bei denen Seibert aktuelle Probleme und Debatten aufgreift. So stellt er eine Verbindung zwischen dem Denken Sartres und dem der Dekonstruktivisten Deleuze, Derrida und Foucault her. Diese Verbindungslinie ist um so erstaunlicher, als der Streit zwischen Dekonstruktivisten/Postmodernen und Existenzialisten im Frankreich der 60er Jahre um das Verhältnis des Subjekts zur Struktur unversöhnlich geführt wurde. Die Antipoden dieser Auseinandersetzung waren dabei Sartre und Foucault. Indem Foucault das autonome Subjekt als Effekt von Machtdiskursen bestimmte, gerieten er und die anderen Postmodernen schnell in den Geruch des Neokonservativen.

Seibert stellt eine Annäherung zwischen den beiden Strömungen fest. Zum einen seien die Frontlinien schon immer verwickelter gewesen, als es den Beteiligten erschien. Aber auch der Siegeszug der Neokonservativen trug zur Annäherung bei. Provokativ behauptet etwa Derrida von sich selbst, der "letzte noch lebende Post-Sartreaner" zu sein. Hier weiterzudiskutieren ist ebenso notwendig und spannend wie an den Fragen des Verhältnisses vom "Selbst" zum "Anderen" und zur "Gemeinschaft", die Seibert am Beispiel der in Deutschland noch relativ unbekannten Emmanuel Lévinas und Jean-Luc Nancy behandelt. In Debatten um Rassismus und Nationalismus spielen diese Fragen oft eine entscheidende Rolle. Diese Theoretiker dem lesenden Publikum nahe gebracht zu haben, ist ein Verdienst dieses Buches.

"Das Wort Sozialismus zu definieren", so Müller, "heißt vor allem die Geschichte seiner Verwendungen sowie deren soziale Kontexte nachzuzeichnen." Diese Geschichte ist insbesondere eine Geschichte der Trennungen und Spaltungen, die zumeist unterschiedliche Staatsauffassungen zum Anlass hatten. Völlig zu Recht erkennt Müller in der verheerenden Tradition des Etatismus einen entscheidenden Grund für das Scheitern des Sozialismus. Diese Tradition liegt "wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden." Gerade deswegen wäre es meiner Ansicht nach notwendig gewesen, diese Tradition des Vertrauens auf den starken Staat und - im Gefolge Hegels - die Identifikation des Staates mit der substanzielllen Sittlichkeit stärker herauszuarbeiten. Vor allem die Vorstellungen Lassalles, der auf eine Kombination von preußischem Staat und sozialen Verbesserungen setzte, spielte hierbei eine entscheidende Rolle. Viele Sozialdemokraten sahen in der Kriegswirtschaft des 1. Weltkrieges ihre Vorstellungen von Sozialismus verwirklicht. Insofern ist auch die These Müllers, der Marxismus hätte sich nach 1890 gegenüber den Vorstellungen Lassalles in der Sozialdemokratie durchgesetzt, zumindest stark zu relativieren.

Was heißt Sozialismus?

Der Etatismus und die Vorstellungen einer sozialen Homogenisierung, bei denen ja immer auch das Allgemeine die Oberhand über das Besondere gewinnt, waren mit entscheidend dafür, dass die ursprüngliche fundamentale Zielsetzung des Sozialismus und Kommunismus umgekehrt werden konnte. Diese bestand darin, dass "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Entwicklung aller" (Marx) sei. In dieser Betonung des Allgemeinen, des Staates, der Klasse, waren, so der Autor, Unterdrückung und stalinistischer Terror zwar nicht zwingende Folge, aber auch nicht Zufall. Erst die neuen sozialen Bewegungen brechen mit traditionellen Vorstellungen von Staat und den naiven Vorstellungen einer homogenen Klasse, wie sie etwa Rätekommunisten propagierten. Durch die zunehmende Institutionalisierung haben jedoch auch die sozialen Bewegungen fast jeden Veränderungsimpuls verloren.

Es fällt schwer, unter diesen Bedingungen eine Perspektive entwickeln zu wollen. Voraussetzung für eine Perspektive ist für Müller, überhaupt erst einmal einen anderen als den herrschenden Blickwinkel einzunehmen. Zum anderen gilt es, sich von klassischen linken Mythen wie der Vorstellung der Eroberung der Staatsmacht als Bedingung für den Aufbau des Sozialismus als auch vom staatstragenden Reformismus der Sozialdemokratie inklusive ihrer modernisierten kommunitaristischen Formen zu verabschieden.

Trotz aller Einsprüche und Anfragen: die beiden Bücher von Thomas Seibert und Jost Müller sind mehr als nur gelungene Einführungen in die Themenfelder "Sozialismus" und "Existenzialismus". Sie greifen in produktiver und fundierter Art und Weise in aktuelle Debatten ein. Und was lässt sich schon Besseres über neue Bücher sagen?

ef.

Jost Müller, Sozialismus, Rotbuch-Verlag, Hamburg 2000, 14,90 DM

Thomas Seibert, Existenzialismus, Rotbuch-Verlag, Hamburg 2000, 14,90 DM

41. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak446/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:30

Wehrmachtsausstellung

Ende vergangenen Jahres veröffentlichte eine achtköpfige Kommission aus Fachhistorikern ihren Zwischenbericht über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Die Ausstellung, erarbeitet vom Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS), hatte seit 1995 für heftige Debatten gesorgt und war 1999 ausgesetzt worden, nachdem die Historiker Bogdan Musial und Krisztián Ungváry gegen die Ausstellungsmacher den Vorwurf der Fälschung erhoben hatten. Die Kritik an der Ausstellung, der Bericht der Kommission und die Neukonzeption der Ausstellung, die in diesem Jahr wieder gezeigt werden soll, sind Gegenstand einer ausführlichen Betrachtung in der Dezember-Ausgabe der antimilitarismus information (ami). Die Autoren zeichnen zunächst die sehr unterschiedlich motivierte Ablehnung der Ausstellung nach - eine "Gemengelage aus emotionalen Protesten alter Kameraden, ... aus didaktischer Kritik aus dem Elfenbeinturm und den Feuilletons ... und aus politischer Gegnerschaft des national-konservativen, revisionistischen und neofaschistischen Lagers". Im Bericht der Kommission wird die Grundaussage der Ausstellung als "der Sache nach richtig" verteidigt, "dass die Wehrmacht an allen Verbrechen des NS-Systems aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war". Von den insgesamt gezeigten 1.433 Fotos würden ganze 20 "nicht in eine Ausstellung über die Wehrmacht gehören". Die ami-Autoren begrüßen es zwar, dass die Ausstellung nun überarbeitet wird. Zu Recht aber problematisieren sie die Empfehlung der Kommission, "die Schlussfolgerungen" über die Bewertung der Wehrmacht "so weit wie möglich den Besuchern zu überlassen". Das Verdienst der Ausstellung habe gerade darin bestanden, die Auseinandersetzung um die Wehrmacht "auf die Straße getragen" zu haben, indem sie die Taten von 19 Millionen deutschen Männern thematisierte und so den "verzweifelten Glauben an unbescholtene Reste nationaler Identität" erschütterte.

antimilitarismus information, Heft 12, Dezember 2000; Hrsg. Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon und Fax: 030/25797342; e-mail: redaktion@ antimilitarismus-information.de; www.antimilitarismus-information.de;

66 Seiten, 3,50 DM

Demokrat Haider

In Herbert Auingers Buch "Haider - Nachrede auf einen bürgerlichen Politiker" geht es um "bürgerliche Normalität" in Europa. Der Skandalpolitiker Haider sei ein Produkt unserer Gesellschaft. Auinger weist insbesondere die Verlogenheit der "bürgerlichen" Haider-Kritik nach. Bei mancher Kritik an Haiders Rassismus gewinne man den Eindruck, der Kritiker beklage allein, dass der "gute Ton" verletzt werde: "Dass es etwa ein ‚Ausländerproblem` gibt, ist allgemein anerkannt, aber der Terminus ‚Überfremdung` für dieses ‚Problem` - verletzt den guten Ton in einer demokratischen politischen Kultur?" Allein Haiders "alternatives Geschichtsbewusstsein" hebe ihn von der Konkurrenz deutlich ab. Die Distanzierung der EU von der schwarz-blauen österreichischen Regierung habe aber machtpolitische Gründe. Damit solle Haiders Anspruch präventiv abgewehrt werden, die Gewichte in der Union zu Gunsten Österreichs neu zu verteilen: "Ein österreichischer 27%-Politiker, der in der EU den ‚Fuchs` mimen will, überschätzt sich und wird von den ‚Hühnern` auf einen ‚Westentaschen-Napoleon` reduziert." Problematisch wird Auingers Darstellung, wo er Haider "Verdienste um die politische Aufklärung" bescheinigt. Diese würden darin bestehen, den "angeblich unüberbrückbaren Gegensatz" zwischen Faschismus und Demokratie "aufzulockern und ihm das Trennende zu nehmen". Auinger überzieht auch, wenn er Haider gegen den Vorwurf in Schutz nimmt, er sei der "politische Ziehvater und Ideologe des rechtsextremen Terrors". Dass Haiders Tiraden mehr noch als die staatliche Politik Ermunterungen zum rassistischen Terror darstellen, liegt auf der Hand. Insofern stimmt auch die These von Hans-Henning Scharsach, der Auinger ausdrücklich widerspricht: "Das Jahr 1993 begann mit Haiders Anti-Ausländer-Volksbegehren und endete mit einer Briefbombenserie, die zum Auftakt weiteren Bombenterrors wurde. Der Zusammenhang muss nicht konstruiert werden. Er ist offensichtlich." Folgt man Auingers allzu gleichmacherischer Analyse, die aus Haider einen "normalen" Demokraten unter anderen, mit ihm konkurrierenden Demokraten macht, dann wären Anti-Haider-Aktionen eigentlich überflüssig, wenn nicht schädlich. Eine gefährliche Konsequenz seiner - in Teilen verdienstvollen - Anklage gegen die Verlogenheit bürgerlicher Haider-Kritik.

Herbert Auinger: Haider. Nachrede auf einen bürgerlichen Politiker; Promedia-Verlag (Wien) 2000; 240 Seiten, 34 DM

Politisches Denken im 20. Jahrhundert

Ein Buch, das älter ist als ein Jahr, gilt in der Regel als veraltet und hat kaum noch Chancen, besprochen zu werden. Dadurch werden aber auch Bücher Opfer des Aktualitätswahns, die dies nicht verdient haben. Zu diesen gehört auch das Buch Frank Deppes "Politisches Denken im 20. Jahrhundert". Wie lässt sich ein Jahrhundert verstehen, das "die größten Hoffnungen hervorrief und alle Illusionen und Ideale zerstörte" (Yehudi Menuhin), lautet Deppes Leitfrage. Die Umbrüche in der Zeit zwischen 1890 und 1917 spielen dabei eine große Rolle. Kompetent gibt er einen Überblick über die politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungen und ihrer, Denker. Beispielhaft behandelt er sechs Personen, in deren Werk und Leben sich die Entwicklungen der Zeit verdichten. Die Auswahl von Max Weber, der Neo-Machiavellisten Pareto und Sorel sowie von Lenin, dessen Imperialismus- und Bestechungstheorie m.E. nur ungenügend kritisiert wird, kann dabei nicht überraschen. Erfreulich ist die Behandlung von John Dewey als Vertreter des US-amerikanischen Pragmatismus - spöttisch gerne als der Habermas der USA bezeichnet -, und Sun Yat-sen als Repräsentant nationaler Befreiungsbewegungen. Mir ist kein Buch bekannt, das diese bedeutende Umbruchszeit so kompakt, umfassend und kompetent behandelt wie dieses. Wer es gelesen hat, weiß mehr vom 20. Jahrhundert. Dieses Fazit lässt sich auch dann ziehen, wenn man als glatten Minuspunkt festhalten muss, dass Frauen bei Deppe nur am Rande vorkommen.

Frank Deppe: Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge; VSA-Verlag (Hamburg) 1999, 400 Seiten, 39,80 DM

Chronik des Nazi-Terrors

Das Braunbuch hat verdienstvollerweise eine Chronologie des Nazi-Terrors und eine Auflistung der antisemitischen Verbrechen der letzten zehn Jahre erstellt. Die Listen sind umfangreich, aber keineswegs vollständig, da die Quellenlage schwierig ist. Die Dokumentation der von Nazis durchgeführten Morde, Überfälle, Brandanschläge, Grabschändungen und Körperverletzungen beruht weitgehend auf den Meldungen in der bürgerlichen Presse. Eine "umfassende selbstständige Recherche durch antinazistische Kräfte" fehle bisher, schreiben die AutorInnen. Neben den knappen Meldungen in der Gesamtchronik werden sieben herausragende Ereignisse genauer beleuchtet: Das einwöchige Pogrom gegen vietnamesische und mosambiquanische ArbeiterInnen in Hoyerswerda im September 1991, die Belagerung und versuchte Erstürmung eines Flüchtlingswohnheims in Mannheim-Schönau im Mai 1992, das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992, die Brandanschläge in Mölln (1992) und Solingen (1993), die Jagd auf afrikanische Flüchtlinge in Magdeburg im Mai 1994, der Brandanschlag in Lübeck (1996) sowie die antisemitischen Anschläge in Lübeck und Düsseldorf. Die AutorInnen schildern sehr genau den Ablauf der Ereignisse und dokumentieren auch die Politiker- und Medienstimmen. So zeigen sie, wie Teile der Medien im Vorfeld der Überfälle Ressentiments gegen MigrantInnen geschürt und hinterher bagatellisiert haben. Diese Dokumentation der Ereignisse ist wichtig und aufschlussreich. Leider ist die politische Einschätzung, wie die Zunahme des Nazi-Terrors entstanden ist, in weiten Teilen höchst undifferenziert. "Deutsche Imperialisten" - wer oder was das ist, wird nicht näher erläutert - haben nach Ansicht der Autoren in den letzten Jahrzehnten eine nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt. Ernsthaft wird behauptet, der heute existierende deutsche Imperialismus sei im Kern derselbe wie zu Zeiten des Ersten und des Zweiten Weltkrieges. Rassismus wird instrumentell begriffen: Diese "Ideologie" werde eingesetzt, um die "kapitalistisch-imperialistischen Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern". Sehr vereinfachend werden die Interessen der deutschen Politik, der Medien und der Wirtschaft homogenisiert und als inhaltlich übereinstimmend mit den zentralen Zielen der Nazi-Bewegung angesehen. Hier wäre eine detaillierte Analyse über das Zusammenspiel von Nazis, Teilen der Medien, der Arbeits- und Migrationspolitik, der Polizei und der Wirtschaft wünschenswert gewesen.

10 Jahre "Deutsche Einheit": Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf. Nazis, Staat und Medien - ein Braunbuch. Verlag Olga Benario und Herbert Braun (Offenbach) 2000, 223 Seiten, 25 DM

42. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak446/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:35

Fotosafari

Der Brandanschlag auf die Lübecker Flüchtlingsunterkunft, bei dem am 18.1.1996 zehn Menschen starben, ist bis heute - offiziell - nicht aufgeklärt. Trotz erdrückender Beweislast wurde bis heute keine Anklage gegen die vier deutschen Tatverdächtigen aus Grevesmühlen erhoben. Anlässlich des 5. Jahrestages des Anschlages lädt das "Mobile Ermittlungskomitee" zu der Fotosafari "Deutsche Brandstifter aller Art" ein. Mit einer Bus-Tour durch Lübeck und Grevesmühlen soll das Augenmerk auf ein besonderes Exemplar gerichtet werden: den deutschen Brandstifter, sein soziales Umfeld und die Institutionen, die ihn formen und fördern. Der Termin für das Vorbereitungstreffen sowie Busfahrkarten für 20 DM sind erhältlich in der Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55.

Hamburg, 20.1., Abfahrt um 8.45 Uhr ab S-Bahnhof Sternschanze

Trotzki ohne Mythen

Was bleibt von Trotzkis Wirken heute noch? Zum 60. Jahrestag der Ermordung des russischen Revolutionärs referiert dazu Robert Steigerwald. Wer noch Fragen hat, kann diese diskutieren in

Frankfurt a.M.-Bockenheim, 24.1.,

19.30 Uhr, Mühlgasse 13

(in den Räumen der DFG/VK)

Öko-Neoliberalismus

Das Institut für Ökologie veranstaltet ein Seminar zum Thema "Ökologie oder Markt?" Inhalt: Kritik an öko-neoliberalen Konzepten, an der Ökosteuer, Ökoaudit und anderen marktkonformen Umweltschutzstrategien; diskutiert werden soll die Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch anhand konkreter Beispiele ("Ökostrom von unten", BürgerInnen-Windanlagen etc.). Geplant ist auch ein Besuch der Messe "Grünes Geld" und eventuell Aktionen und Diskussionen vor Ort.

Berlin, 25.1. bis 28.1., Info und Anmeldung: Institut für Ökologie, Fachbereich Wirtschaft & Politik, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, Tel. 06401/903283

Freilassung

Die Bunte Hilfe Marburg lädt ein zur Veranstaltung "Sofortige und bedingungslose Freilassung der Gefangenen mit dem Vorwurf der RZ-Mitgliedschaft". VertreterInnen des Soli-Bündnisses aus Berlin schildern Hintergründe zu dem anstehenden Prozess gegen die vier Beschuldigten, der im Frühjahr 2001 in Berlin beginnen soll.

Marburg, 1.2., um 20 Uhr im KFZ, Schulstr. 2

Ökostrom

Hintergründe zu Ökostrom und Stromvermarktung, Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften und Energieanlagen in Gemeinschaftsbesitz erfährt man auf einem Seminar des BAOBAB-Infoladens.

Berlin, 2. bis 4.2., Info und Anmeldung: jeh@baobab.de

Lenin und die Wahrheit

"Gibt es eine Politik der Wahrheit - nach Lenin?", das fragt der slowenische Philosoph Slavoj Zizek auf einer Internationalen Konferenz unter diesem Motto. Mit ihm diskutieren zu unterschiedlichen Aspekten u.a. Daniel Bensaid und Kevin Anderson. Die "Politik der Wahrheit" wird gesucht in

Essen, 2. bis 4.2., Info und Anmeldung: Anne von der Heiden, Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestr. 31, 45128 Essen, Tel. 0201-7204-255/-154, Fax 0201-7204-111

http://www.kwinrw.de/lenin

Feministische Theorie

Über "Feministische Theorien im entwicklungspolitischen Diskurs" referiert Prof. Dr. Claudia von Braunmühl. Und zwar in

Hamburg, 7.2. um 19.30 Uhr in der Werkstatt 3, Nerstweg 32-34

Neoliberale Subjekte

"Strategien neoliberaler Hegemonie - Kritische Erneuerung emanzipatorischer Standpunkte" lautet der Titel einer Konferenz, die aus Anlass des Abschieds von Frigga Haug von der Hochschule für Wirtschaft und Politik stattfindet. Mit in- und ausländischen WissenschaftlerInnen und politischen Aktiven soll u.a. über mikroelektronische Produktionsweisen und Kämpfe um Arbeit, Frauenpolitik, Bildung sowie das Verhältnis Feminismus-Marxismus diskutiert werden.

Hamburg, 9.2.-11.2., Beginn am Fr. um 16 Uhr, Hörsaal der HWP,

Von-Melle-Park 9

Mehr Infos unter:

www.rosaluxemburgstiftung.de

Eichmann-Film

Der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem 1961 wurde vollständig auf Videofilm dokumentiert. Die Filmemacher Eyal Sivan und Rony Braumann haben mit dem Material den Film "Ein Spezialist" produziert. Zu sehen ist er in

Bonn, 18.2. um 16 Uhr, im Kult 41, Hochstadenring

Castor Alarm

Im März 2001 sollen nach dreijähriger Pause die beliebten Castor-Transporte mit gleich zwei Atommüllfuhren nach Ahaus und Gorleben wieder aufgenommen werden. NRW-Innenminister Behrens hat für den Zeitraum zwischen dem 1. und 12. März schon mal für die gesamte nordrhein-westfälische Polizei eine Urlaubssprerre verhängt. Dann soll Atommüll aus Neckarwestheim nach Ahaus rollen. In Gorleben steht zwischen dem 26. März und 6. April ein Rücktransport von hochradioaktiven Glaskokillen nach La Hague ins Haus. Wer mehr wissen möchte, kommt zur Veranstaltung des Anti-Atom Plenum Ruhrgebiet/Bergisches Land nach

Essen, 20.2., 20 Uhr, Zeche Karl,

Wilhelm-Nieswandt Allee 100

43. Quelldatei 42.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak446/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:42

Die neuen Werbepostkarten sind fertig. Bitte helft mit, die Postkarte zu vertreiben. Anruf, Mail, Fax oder Postkarte genügt, und wir senden Euch die gewünschte Menge

an Postkarten zu.

Außerdem gibt es nun das Update der ak-Sammlung auf CD-ROM. akArchiv.2 beinhaltet alle ak-Artikel zwischen Januar 1992 und Oktober 2000.

Folgende Konditionen gelten: Das Update von akArchiv.1 kostet 25 Mark, ak-AbonnentInnen zahlen 54 Mark, alle anderen 74 Mark.

Wer ak abonniert oder ein Abo verschenkt, erhält entweder die akArchiv.2 oder als Buchprämie wahlweise den Roman "La Negra" von Raul Zelik oder "Schöne, heile Welt? Biomedizin und Normierung des Menschen" - ganz nach Wunsch.

44. Dankeschön für 32.000!

60.000 DM für analyse & kritik !

CD-Datei: daten/aksuche/ak446/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:43

Jetzt wollen wir Eure letzten Deutschmark ...

denn nächstes Jahr gibt es nur noch Euros. Bevor die neue Währung im Zahlungsverkehr eingeführt wird, könnt Ihr also Euch und uns einen Gefallen tun. Ihr befreit Euch vom Ballast der alten Scheinchen und Münzen und wir recyceln die DM-Altlasten zu einer noch schöneren, analytischeren und kritischeren Zeitung, die Euch und uns erfreut.

Zugegebenermaßen könnt Ihr auch im nächsten Dezember noch einmal eine Jahresendspende in DM tätigen. Aber: Was, wenn es uns bis dahin gar nicht mehr gibt, weil Ihr jetzt zu knausrig wart? Also lieber auf der sicheren Seite sein und aktiv werden - natürlich nicht nur beim Leeren der Sparstrümpfe, sondern beispielsweise auch beim Kampf gegen Sparpolitik. Aber dabei bedenken: Am glaubwürdigsten ist man im politischen Kampf, wenn man mit gutem Beispiel vorangeht. Also: Bekämpft Eure eigene Sparpolitik und gebt das Geld einfach uns.

Dass Ihr das könnt, haben einige von Euch schon eindrucksvoll bewiesen. Bis jetzt sind knapp 32.000 DM auf unserem Konto eingegangen. Das ist über die Hälfte des Spendenziels, das wir erreichen müssen, um ak in Zukunft nicht nur weiter publizieren, sondern auch verbessern zu können. Vielen Dank, das war ein guter Anfang! Es fehlen nun nur noch schlappe 28.000 DM. Aber die bekommen wir zusammen, denn wir sind sicher, dass niemand unserer geschätzten Leserinnen und Leser als DM-NostalgikerIn gelten möchte, die oder der auf dem alten Schrott sitzen bleiben möchte.

Wir wollen das ja auch nicht. Deshalb könnten wir beispielsweise mal einen neuen Drucker gebrauchen, der unseren prähistorischen NEC Silentwriter 2 S60P ersetzt. Der hat nämlich einen chronisch unheilbaren Papierstau. Für eine Spende schicken wir Euch sogar eine Bescheinigung, die Ihr für Eure Steuererklärung nutzen könnt. So müsst Ihr weniger an den Fiskus zahlen. Dort ist Euer Geld bekanntlich in den falschen Händen, wie Ihr hoffentlich aus der ak -Lektüre entnommen habt. Daran - liebe Leserin und lieber Leser - sehen wir, dass Spenden an ak nicht nur Freude macht, sondern sogar nützlich ist.

Eure ak-Redaktion

Überweisungen an:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto: 13150204

BLZ: 20010020

Postbank Hamburg

Spendenergebnis bis zum 15.12.2000: Wir danken allen SpenderInnen!

Summe Eingang bis 15.12.00 9.699,00

G.B., Hamburg 1.000,00

U.B., Berlin 1.000,00

J.N., Hamburg 1.000,00

Ch.H., Zürich 500,00

C.F.W., Frankfurt/M 350,00

W.W., Berlin 200,00

H.J.G., Schwülper 50,00

Th.K., Hamburg 1.000,00

M.G., Nürnberg 1.000,00

N.N., Magdeburg 200,00

A.L., Elmshorn 200,00

F.G., Bad Herrenalb 100,00

J.H., Lichtenau 100,00

J.Ch.B., Bonn 50,00

I.T., Karlsruhe 50,00

N.+D.P., Saarbrücken 50,00

H.W.M., Aachen 200,00

St.M., Kaiserslautern 200,00

H.R., Dortmund 200,00

B.R., Hamburg 100,00

D.H.H., Hamburg 100,00

H.Sp., Wien 10,00

V.B., Hamburg 1.000,00

R.-R.St., Berlin 200,00

B.O.M., Stuttgart 200,00

V.L., Amsterdam 200,00

T.R., Marburg 100,00

R.G., Mainz 100,00

W.E., Oberderdingen 100,00

H.F., Nürnberg 700,00

J.S., Hamburg 500,00

W.Sch. Berlin 250,00

U.St., Nürnberg 150,00

G.B., Berlin 120,00

N.G., Nürnberg 100,00

B.T., Friedland 25,00

J.D., Annweiler 50,00

P.P., Hamburg 1.200,00

M.H., Berlin 835,00

B.Sch., Nürnberg 500,00

S.G., Tübingen 400,00

B.B.E.+M.E., Cospeda 250,00

B.W., Frankfurt 200,00

H.Sch., Alsbach-Hähnlein 50,00

H.E.W., Sankt Augustin 50,00

F.N., Pforzheim 2.000,00

St.St., Kalkreuth 1.000,00

W.A., Münster 250,00

R.B., Köln 100,00

W.L., Hamburg 90,00

R.C., Bonn 1.000,00

K.A., Hamburg 300,00

V.B., Bremen 200,00

J.B., Aschaffenburg 100,00

H.B., Frankfurt 100,00

B.I., Münster 100,00

I.A., Ronnenberg 50,00

H.U.P., Berlin 300,00

W.P., xx 200,00

A.P., Nürnberg 50,00

U.S., Berlin 100,00

R.R., St. Ingbert 100,00

H.F., Hamburg 300,00

U.K., Oldenburg 100,00

H.-J.K., Hermannsburg 50,00

H.Sch., Hamburg 35,00

K.B., Gomaringen 20,00

Th.R., Göttingen 280,00

R.M., Luxembourg 100,00

B.D., xx 20,00

A.Sch., Köln 50,00

H.H., Wardenburg 150,00

G.H.-K., Kist 320,00

Summe bis 12.01.2001 32.104,00

45. Außenpolitik im Dienste der Flüchtlingsabwehr

CD-Datei: daten/aksuche/ak446/antira.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:antira

Die Außenpolitik der EU gegenüber den ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und im Pazifik (den sog. AKP-Staaten) trägt die Züge eines neuen Kolonialismus. Das bevorzugte Mittel dieser Politik ist die schlichte Erpressung: Staaten, die in den Genuss von "Entwicklungshilfe" kommen wollen, müssen bei der Flüchtlingsabwehr kooperieren. Zwar scheiterte die EU auf der Konferenz von Cotonou (Benin) mit dem Versuch, die Verpflichtung zur "Rückübernahme" von Flüchtlingen zwingend in das neue "Partnerschaftsabkommen" aufzunehmen. Aber in mehr als 200 bilateralen "Rückübernahmeabkommen", die seit 1990 abgeschlossen wurden, verpflichten sich Mittelmeer-Anrainer und osteuropäische Staaten, an der Kettenabschiebung von Flüchtlingen und MigrantInnen bis in ihre Herkunftsländer mitzuwirken.

Was geschieht, wenn sie sich weigern, demonstrierte die BRD 1994 gegenüber Vietnam. Als die vietnamesische Regierung 40.000 ehemalige VertragsarbeiterInnen aus der DDR nicht zurücknehmen wollte, brach die Bundesregierung die entwicklungspolitischen Beziehungen ab. Auch unter Schröder, Fischer und Schily hat sich die Orientierung der deutschen Politik in dieser Frage nicht geändert: "Die Kooperation bei der Abschiebung müsse zum Maßstab der außenpolitischen Beziehungen gemacht werden", fasst der Spiegel einen entsprechenden "Maßnahmenkatalog" des Bundesinnenministeriums zusammen.

Dass die unter dem Stichwort "Green Card" geführte Debatte um begrenzte Einwanderung nicht im Widerspruch zu der immer mehr perfektionierten Ausgrenzungs- und Abschottungspraxis steht, arbeitet Harald Glöde heraus. Mark Holzberger analysiert die neuesten Vorschläge der EU-Kommission zur künftigen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Er sieht erste "Risse" in den europäischen Festungsmauern - z.B. in der Frage der Familienzusammenführung. Hier ist es Bundesinnenminister Schily, der sich jeglicher Liberalisierung widersetzt. Er will auch unbedingt an der Residenzpflicht für Flüchtlinge festhalten - einer krassen Menschenrechtsverletzung, gegen die MigrantInnen mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen protestieren.

Den "Mythen", die sich um das deutsche Asylrecht ranken, wird im Bericht der Bundesausländerbeauftragten widersprochen. Denn entgegen dem gezielt verbreiteten Märchen ist das deutsche Asylrecht weder einzigartig noch "das liberalste der Welt".

Seiten 5-10

46. Schnell gelebt, jung gestorben

CD-Datei: daten/aksuche/ak446/titel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:446:titel

Die internationalen Dotcoms sind die letzten wahren Hippies. Konsequent haben die Trendsetter der New Economy das alte Janis-Joplin-Motto "live fast, die young" umgesetzt. Im letzten Halbjahr stürzten die Aktien auf den "Neuen Märkten" ins Bodenlose. Nach der Goldgräberstimmung sterben die jung-dynamischen Trendsetter des Internet-Kapitalismus schneller als jede Kleidermode.

Ein Glück, könnte man sagen, trotz unzähliger Konkurse, Übernahmen und Massenentlassungen. Wer 50, 60 oder auch 80 und 100 Stunden in der Woche arbeitet, seine Matratze ins Büro verlegt und das ganze auch noch hip und cool findet, hat es nicht besser verdient. Eine Branche, in der Essen, Gespräche und Freizeit letztlich nur verschiedene Begriffe für Arbeit rund um die Uhr sind und wo darauf gewettet wird, welche Beziehung als nächstes in die Brüche geht, sollte lieber früher als später vom Erdboden verschwinden. Zumal die Spekulationsgewinne der Aktienzocker an den Dot-Bombern in den Internet-Firmen vorbeigegangen sind. In der Regel verdienen GrafikerInnen oder ProgrammiererInnen dort deutlich weniger als in der viel geschmähten "Old Economy".

So wie die Yuppies und Jung-Broker der Wall Street Ende der 80er Jahre ihr Debakel erlebten, erwischt es mit den "jungen Wilden" der Internet-Branche die Image-AvantgardistInnen der 90er Jahre. Dauerhafte und tief greifende ökonomische Konsequenzen hat dies aber nicht. Es ist ein Missverständnis, wenn man die jüngste Leitzinssenkung der US-Notenbank als Rettungsversuch für die angeschlagenen e-commerce-Firmen interpretiert. Allan Greenspan hat eher die "Fundamentals" der amerikanischen Konjunkturentwicklung im Auge als den abgestürzten Nasdaq-Index.

Die Internet-Branche ist ein Bereich, dessen Wohl und Wehe zwar Zocker und Lifestyle-AnalystInnen interessiert, nicht aber kühl rechnende und planende Unternehmen. Die Bedeutung der Branche liegt vielmehr in ihrer Ausstrahlung auf das Lebensgefühl und die Arbeitskultur abhängig Beschäftigter. Auch in dieser Beziehung tritt der Internet-Freak an die Stelle der coolen Jung-Broker vergangener Jahre. Doch wie viel materielle Wirklichkeit hinter dieser ideologischen Vorreiterfunktion steckt, ist die Frage. Natürlich wehrt sich kein Kapitalist und keine Geschäftsführung auf der Welt gegen die neue Erotik der Arbeit, lassen sich doch dadurch die eigenen Leute unter Druck setzen; aber ein wirkliches Modell für eine neue Kultur der Ausbeutung sind die hochgradig deregulierten Internet-Firmen kaum. Irgendwann ist die Hyper-Flexibilität nicht mehr kalkulierbar und geht zu Lasten strategischer Personal- und Produktplanung. Schnell leben und jung sterben ist etwas für junge ExistenzialistInnen und Hippies, nicht aber für die strategisch denkenden und handelnden Global Players des Kapitalismus.

Zu Arbeitsbedingungen und Lebensgefühl in den Internet-Startups Seite 22

Überlegungen zum Dotcom-Desaster an den Neuen Märkten Seite 23